



Grosser Stadtrat der Stadt Schaffhausen

PROTOKOLL

Sitzung Nr. 16/17/18
Dienstag, 25. November 2008
16:06 - 23:57 Uhr
Grossratssaal der Rathauslaube
Genehmigt am: 17.12.08 auf dem Zirkulationsweg

Vorsitz:	Thomas Hauser	FDP
Protokoll:	Gabriele Behring-Hirt	
Stimmenzähler:	Paul Dill Wilhelm Hefti	SVP SP
Anwesend:	Von total 50 Mitgliedern: Ratspräsident und 47 Mitglieder	
Entschuldigt:		
Ganze Sitzung:	1. Teil der Sitzung: Martin Egger Marianne Schwyn	FDP SP
Anfang der Sitzung:	Iren Eichenberger Katrín Hauser-Lauber Stefan Marti Edgar Zehnder	OeBS FDP SP SVP

BEHANDELTES TRAKTANDUM

PENDENTE GESCHÄFTE**EINGANG TITEL DES GESCHÄFTES**

11.04.07	SPK Parlamentsreform – Überwiesene Motion Peter Neukomm (SP): Aufwertung der Parlamentsarbeit	SPK
18.09.07	VdSR Gestaltung Freier Platz (<i>Rückweisung in die SPK 04.03.08, gemäss SPK Präsident vom 20.05.08: Abwarten Schlussbericht Rheinufergestaltungsprozess</i>)	SPK
14.01.08	VdSR Schulraumplanung 2008-2017	SPK
12./18.03.08	VdSR Gesamtstädtische Einführung geleiteter Schulen – Strukturreform Stadtschulrat	SPK
10.06.08	Bericht und Antrag Motion Erwin Sutter (EDU): „Finanzielle Hochrechnungen“	GPK
01.07.08	VdSR Weiterentwicklung der Altersbetreuung in der Stadt Schaffhausen	SPK
29.07.08	VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der „Bachstrasse“ und „Munothalde“	SPK
06.09.08	Postulat Peter Neukomm (SP): Sozial- und ökologisch nachhaltiges Beschaffungswesen	
16.09.08	VdSR Erhalt und Ausbau des Trolleybusnetzes	
16.09.08	Motion Marianne Schwyn (SP): Betreffend Mobilitätsberatung für Unternehmen und Private	
18.09.08	Postulat Simon Stocker (AL): Kulturpolitik mit Konzept	
23.09.08	VdSR Tempo-30-Zone im Quartier Gugerhalde/Trensch	GPK
17.10.08	Motion Roland Schöttle (parteilos): Rollen statt Rütteln	
21.10.08	VdSR Städtische Werke Schaffhausen (StWS), Verordnung über die Abgabe von Wasser 2009 (VW 09), Rahmentarifordnung Wasser 2009 (RTOW 09)	
21.10.08	VdSR Verordnung über die Siedlungsentwässerung (VOS), Verordnung über die Gebühren für Siedlungsentwässerungsanlagen (VOGS) sowie Tarifordnung für die Siedlungsentwässerung	
21.10.08	VdSR Parkleitsystem	
04.11.08	VdSR Schule für Haushalt und praktische Lebensgestaltung (SHPL), Beibehaltung der kostenoptimierten Freizeitkurse	GPK
11.11.08	Motion Urs Tanner (SP): Ausstieg der Stadt Schaffhausen aus der Atomenergie bis 2040	
11.11.08	Postulat Peter Möller (SP): Schwimmunterricht an den Stadt Schaffhauser Schulen	
14.11.08	VdSR Schaffung eines Fonds für die Attraktivierung und Entwicklung der Stadt Schaffhausen (Stadtentwicklungsfonds)	GPK
22.11.08	Postulat Christoph Lenz (AL): Vereine, die Jugendarbeit leisten, stärken	

2008 Kleine Anfragen:

12	Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP)	Teilnahme der Stadt Schaffhausen am Projekt des Bundesamtes für Sport „schweiz.bewegt“	01.07.08
15	Josef Eugster (SVP)	Entschädigung der Parlamentsmitglieder	26.08.08

		Grosser Stadtrat	
16	Dr. Raphaël Rohner (FDP)	Vergabep Praxis der Stadt bei öffentlichen Bauprojekten	21.10.08
17	Christa Flückiger (SP)	Ausserfamiliäre Kinderbetreuung für Schulkinder – ein vernachlässigtes Thema in der Stadt Schaffhausen?	28.10.08

BESCHLÜSSE UND ERLEDIGTE GESCHÄFTE

Traktandum 1 Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen

Der Grosse Stadtrat heisst in der Schlussabstimmung den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und die angepassten Anträge mit **30 : 14 Stimmen** wie folgt gut:

1. Der Voranschlag für das Jahr 2009 wird genehmigt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98% festgesetzt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.
3. Die Lohnsummentwicklung wird gemäss Art. 19 Abs. 2 Personalgesetz mit 3.5% festgelegt.
4. Folgende Ausgabe wird gemäss Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung
721.506.208 Anschaffung zentrale Abfallentsorgungsstellen Fr. 300'000.--

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2009 benötigten fremden Mittel zu beschaffen.
-

BEGRÜSSUNG

Der **Ratspräsident, Thomas Hauser (FDP)**, eröffnet die heutige Doppelsitzung Nr. 16/17/18 mit der Begrüssung der Ratskolleginnen und Ratskollegen, der Frau Stadträtin, des Herrn Stadtpräsidenten, der Herren Stadträte, der Medienberichterstatte sowie der Gäste auf der Tribüne und der neu gewählten Stadträtin Frau Jeanette Storrer.

Die Ratsmitglieder haben erhalten, bzw. auf ihren Pulten liegen auf:

- VdSR Schaffung eines Fonds für die Attraktivierung und Entwicklung der Stadt Schaffhausen (Stadtentwicklungsfonds) vom 14.11.08. Das Büro schlägt die Vorberatung dieses Geschäftes in der GPK vor. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

- Änderungsanträge der GPK vom 15.11.08 zu VdSR Bericht und Antrag zu Motion E. Sutter "Finanzielle Hochrechnung"
- SPK-Unterlagen zum Thema Parlamentsreform vom 10.09.08, Geschäftsordnung und Pflichtenheft Ratssekretariat
- Diverse Unterlagen zum Traktandum Budget 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, Zwischenbericht Projekt Optimierungspotential (OPTI) vom 02.09.08
- Antwort des Stadtrates vom 25.11.08 auf Kleine Anfrage Nr. 14 von Josef Eugster (SVP): Zivilschutzanlage „Gega“: Belegung, Betriebs- und Sanierungskosten
- Schaffhauser Kulturbrief, 6. Ausgabe 2008, im Zusammenhang mit dem Postulat von Simon Stocker (AL)

Der Ratspräsident wiederholt, dass die diesjährige Fraktionspräsidentenkonferenz am Dienstag, 16. Dezember 2008, 15.30 Uhr, im Kassazimmer der Rathauslaube, stattfinden wird. Haupttraktanden: Anpassung Fraktionsschlüssel gemäss neuer GO und neu gewähltem Parlament, Wahlen Büro und Kommissionen am 13.01.09.

Verhandlungsbereit gemeldetes Geschäft:

Der GPK-Präsident hat die VdSR Bericht und Antrag zu Motion E. Sutter „Finanzielle Hochrechnungen“ verhandlungsbereit gemeldet. Die Traktandierung ist auf die Ratssitzung vom 09.12.08 geplant.

Thomas Hauser (FDP), Ratspräsident, gratuliert Alfons Cadario (EVP) zu seinem heutigen Geburtstag.

PROTOKOLL

Das Protokoll Nr. 15 vom 11.11.08 wurde vom Büro auf dem Zirkulationsweg geprüft und genehmigt und liegt wie üblich bei der Ratssekretärin auf dem Kanzleisch zur Einsichtnahme auf. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

TRAKTANDENLISTE

Die Traktandenliste für die heutige Sitzung wurde rechtzeitig zugestellt. Es erfolgen keine Änderungsanträge.

Kurzbericht von Lotti Winzeler (OeBS) aus der SPK VdSR Verkauf und Abgabe im Baurecht von Teilflächen der städtischen Grundstücke GB Nr. 167, 796, 2800, 2801, 3453 und 4270 an der "Bachstrasse" und "Munothalde":

"Die SPK VdSR hat den Stadtrat beauftragt bei der Eidgenössischen Natur- und Heimatschutzkommission ein Gutachten einzuholen. Bis dieses Gutachten vorliegt, wird die SPK eine Pause einlegen, der Zeithorizont wird rund zwei bis drei Monate dauern. "

Traktandum 1 VdSR Voranschlag 2009 der Stadt Schaffhausen

Alfred Zollinger (SVP)**GPK-Bericht**

"Zum 8. und zugleich zum letzten Mal in meiner Amtszeit als GPK-Präsident darf ich Sie auf die heutige Budget-Sitzung einstimmen.

Ich gehe davon aus, dass sich alle Fraktionen ausgiebig mit der Botschaft des Stadtrates vom 16. September 2008 und den dazugehörigen Budgetunterlagen befassen haben. Deshalb werde ich mich auf die wesentlichsten Punkte beschränken.

Die vom Stadtrat und der GPK gestellten Nachträge und Anträge zum Budget 2009, datiert 12. November 2008, die ich noch speziell begründen werde, haben Sie Ende letzter Woche erhalten. Ebenso wurde Ihnen der Zwischenbericht OPTI zugestellt.

Gemäss der Botschaft des Stadtrates zum Voranschlag 2009 resultiert in der Laufenden Rechnung ein Aufwand-Überschuss, siehe Seite 7, von Fr. 394'000.-- und in der Investitionsrechnung, siehe Seite 8, ein Ausgaben-Überschuss von Fr. 23'738'600.--.

Das Budget basiert auf einer Lohnentwicklung von 2.5%, keine Leistungen an die Rentner und einem unveränderten Steuerfuss von 98%. Bei der Lohnentwicklung sowie beim Teuerungsausgleich für Rentner sind vom Stadtrat bewusst Unterschiede zum Kanton budgetiert worden. Der Stadtrat begründet dies mit einer wesentlich weniger komfortablen finanziellen Lage als der Kanton.

Die Schwerpunkte des Budgets 2009 betreffend die Laufende Rechnung sind auf den Seiten 5 und 6, die wesentlichsten Abweichungen gegenüber dem Budget 2008 auf den Seiten 7 und 8 aufgeführt. Die grösseren Investitionen finden Sie auf Seite 8 unten.

Aus den Kennzahlen geht hervor, dass sich der Selbstfinanzierungsgrad merklich verschlechtert hat, was vor allem auf die erhöhten Investitionen gegenüber dem Vorjahr zurückzuführen ist. Die Kennzahlen sind auf der Seite 6 der Botschaft aufgeführt. Wenn Sie allen Anträgen der GPK zustimmen, werden sich die Kennzahlen marginal verbessern.

Erstmals wird eine Schätzung für den Jahresabschluss des laufenden Jahres präsentiert, wo ein Ertragsüberschuss von Fr. 10'000.-- prognostiziert wird. Erlauben Sie mir die persönliche Bemerkung: „Oh Frau, lass mir den Glauben!“ Ich bin nämlich überzeugt, dass der neue Finanzreferent einmal mehr zusätzliche Abschreibungen vornehmen muss, um dieses Resultat zu erreichen.

Innerhalb der GPK wurde das Budget wie folgt behandelt:

Am 24. September 2008 stellte die Finanzreferentin das Budget 2009 vor. Zusätzlich anwesend waren die Herren Thomas Jaquet/ZV und Werner Bianchi/Controlling. Die Finanzreferentin wies speziell auf ein schwieriges Budget hin, was vor allem auf die ungewisse Konjunkturerwartung zurückzuführen ist. Erfreulicherweise zeigt sich die Schweizer Wirtschaft im Allgemeinen, die Schaffhauser Wirtschaft im Besonderen noch recht robust. Auch ist zu berücksichtigen, dass die Teilrevision des Steuergesetzes, das zurzeit im Kantonsrat behandelt wird, für die Stadt Schaffhausen je nach Ergebnis Fr. 4 – 6 Mio. Steuerausfälle zur Folge hat. Allerdings kann davon ausgegangen werden, dass durch neu zugezogene Firmen sowie die Lohnentwicklung bei den natürlichen Personen die Mindereinnahmen mehr oder

weniger kompensiert werden. Die Abschreibungen sind auf den Minimalsatz von 10% gemäss Gemeindegesetz angesetzt.

Die GPK trat mit 6 : 0 Stimmen, bei einer Abwesenheit, auf das Budget 2009 ein. Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, dass gewichtige Budgetsitzungen vor uns liegen.

Danach wurden zwei Dreiergruppen gebildet. Der Sprechende wirkte in beiden Gruppen mit. Die Fragenkataloge wurden erstellt und termingerecht eingereicht.

Am 31. Oktober 2008 fand die erste Beantwortungsrunde der gestellten Fragen statt, woran seitens der Verwaltung die Finanzreferentin und die Herren Thomas Jaquet und Werner Bianchi sowie Alfred Stamm/Leiter FIKO teilnahmen. Der weitaus grösste Teil der Fragen konnte zu unserer vollen Zufriedenheit beantwortet werden. Die noch offenen Fragen, die vor allem im Zusammenhang mit budgetierten Projekten standen, wurden zuhänden der Elefantenrunde weitergeleitet.

Diese fand am 12. November 2008 statt. Anwesend waren die Finanzreferentin, die Herren Thomas Jaquet und Werner Bianchi von der Verwaltung, Alfred Stamm/FIKO sowie temporär die übrigen Stadträte, die zu speziell referatsbezogenen Fragen Stellung nehmen mussten. Aufgrund der erhaltenen Antworten wurden verschiedene Änderungsanträge verabschiedet, die auf der Liste „Antrag des Stadtrates und der GPK/Nachträge zum Budget 2009“ aufgeführt sind. Nach Berücksichtigung aller Anträge ergibt sich bei der Laufenden Rechnung ein Aufwandüberschuss von Fr. 938'000.-- und bei der Investitionsrechnung ein Ausgabenüberschuss von Fr. 21'634'900.--.

In der Schlussabstimmung verabschiedete die GPK mit 5 : 0 Stimmen, bei zwei Enthaltungen, das Budget 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen mit den vorliegenden Anträgen zuhänden des Grossen Stadtrates.

Einige Anträge wurden gestellt, die in der GPK aber keine Mehrheit fanden, nämlich

Laufende Rechnung

2195 Allgemeines Erziehungswesen

317.010 Kulturelle Veranstaltungen für Schüler

Antrag auf Verdoppelung des Kulturfünflibers

Wurde abgelehnt mit 4 : 2 Stimmen, bei einer Enthaltung

095 Übrige Kulturförderung

365.103 Kulturförderung, freie Kulturschaffende

Antrag auf Erhöhung von Fr. 110'000.-- auf Fr. 130'000.--

Wurde abgelehnt mit 5 : 2 Stimmen

Investitionsrechnung

620 Strassenverkehrsanlagen inkl. Signalisation und Strassenbeleuchtung

501.603 Oberbauerneuerungen

Antrag auf Verzicht eines Kreisels beim Knoten Gräfler

Kosten Fr. 190'000.--

Wurde abgelehnt mit 4 : 3 Stimmen

Nach Streichung der Position 0280/366.209 Job-Ticket wurde ein Wiedererwägungsantrag gestellt für die Position 0280/366.201/Umweltbonus an MitarbeiterInnen. Mit der Begründung, dass der Kanton diesen Umweltbonus auch

nicht bezahlt, wurde der Antrag mit 4 : 3 Stimmen abgelehnt.

Zusätzlich wurde noch eine Diskussion im Zusammenhang mit den Hallen für Neue Kunst geführt. Im Leistungsvertrag (LV) wurde festgehalten, dass die Hallen für Neue Kunst die kostenlose Benutzung der Räumlichkeiten hat. Als "entgangener Mietzins" sind Fr. 320'000.-- in der LV aufgeführt. Es stellt sich die Frage, ob dieser "entgangene Mietzins" nicht bei der Kulturförderung belastet und bei den Liegenschaften des Finanzvermögens gutgeschrieben werden müsste. Ich weiss, dass ein Rechtsgutachten besteht, aber wie so oft ganz unter dem Motto "Zwei Juristen, drei Meinungen". Deshalb wäre es gut, wenn der Stadtrat bis zur Rechnung 2008 einen transparenten Bericht an den GrSR abgeben würde, damit dieses Thema endlich vom Tisch ist.

Ich bitte Sie nun die Botschaft des Stadtrates vom 16. September 2008 sowie die erhaltenen Blätter „Antrag des Stadtrates und der GPK/diverse Nachträge zum Budget 2009“, datiert vom 12. November 2008, zur Hand zu nehmen, damit ich die Anträge erläutern kann.

Als Ausgangslage dient die Botschaft des Stadtrates, die auf Seite 7 für die laufende Verwaltungsrechnung einen Aufwandüberschuss Fr. 394'000.--, und auf Seite 8 für die Investitionsrechnung einen Ausgabenüberschuss von Fr. 23'738'600.-- ausweist.

Diese beiden Zahlen finden Sie wieder auf der Liste der Stadtrat/GPK-Anträge, bezeichnet mit „Budget 2009 – Ergebnis Laufende Rechnung bisher/Aufwandüberschuss“ auf Blatt 1, beziehungsweise „Budget 2009 – Ergebnis Investitionsrechnung bisher/Aufwandüberschuss“ auf Blatt 3; danach sind jeweils die Änderungsanträge der GPK aufgeführt.

Allfällige Fragen und anderweitige Anträge sind jeweils unter der entsprechenden Kontoposition bei der Detailberatung des Budgets zu stellen. In der hintersten Kolonne, bezeichnet mit „Auswirkung Budget 2009“, werden mit Minus zusätzliche Einnahmen, beziehungsweise Minderausgaben und ohne Vorzeichen zusätzliche Ausgaben, beziehungsweise Mindereinnahmen bezeichnet.

GPK-Abstimmungsergebnisse werde ich nur erwähnen, sofern dem Antrag nicht einstimmig zugestimmt worden ist.

Laufende Rechnung (Blatt1) Ausgangslage

Aufwandüberschuss	Fr. 394'000.--
0120 Grosser Stadtrat	
300.102 Sitzungsgelder des Grossen Stadtrates	Fr. 7'500.--
300.103 Sitzungsgelder der GPK	Fr. 2'000.--
300.104 Sitzungsgelder diverse Kommissionen	Fr. 5'000.--
303.000 Sozialleistungen	Fr. 1'500.--
Total	Fr. 16'000.--

Auf Antrag des Büros GrSR werden die Sitzungsgelder von Fr. 80.-- auf Fr. 90.-- erhöht. Grundlage ist der Beschluss des GrSR vom 22. November 1988: „Erhöht sich der Landesindex um 10%, so erfolgt eine entsprechende Erhöhung des Sitzungsgeldes auf den kommenden 1. Januar (Berechnungsbasis des Landesindex der Konsumentenpreise am 31. Oktober 1988)“.

Alter Indexstand am 01.10.1999 145,8 Pkt.

Neuer Indexstand am 1.10.2008 161,7 Pkt.

Ergibt umgerechnet in 100% der Teuerung im berechneten Zeitraum von 10.91%. Ich halte klar fest, dass diese Erhöhung nichts mit der Vorlage „Parlamentsreform“ zu tun hat.

0200 Zentralverwaltung

434.100 Entschädigungen Dritter für Verwaltungsarbeiten – Fr. 86'600.--

Den Beschluss des Stadtrates entnehmen Sie der Beilage 1.

Mit den Versicherungsgesellschaften wurden Inhouse-Broking-Verträge abgeschlossen. Damit verpflichtet sich die Stadt Schaffhausen diverse Aufgaben zu übernehmen, erhält aber für diesen Mehraufwand die so genannte Broker-Courtage. Diese neue Aufgabe wird von der Zentralverwaltung übernommen. Dies ist ein realisierter Vorschlag aus dem OPTI-Projekt.

0220 Stadtkanzlei

410.200 Einbürgerungsgebühren Fr. 20'000.--

Reduzierung, da im 2008 mehr Gesuche behandelt werden konnten und daher nicht ins 2009 verschoben werden müssen.

0250 Verwaltung Hochbau

301.002 Besoldungen technisches Personal – Fr. 91'000.--

303.000 Sozialleistungen – Fr. 19'000.--

3100 Denkmalpflege und Heimatschutz

318.508 Inventar Altstadt

– Fr. 40'000.--

361.011 Kostenanteil der Stadt im Zusammenhang

mit der Zusammenführung mit dem Kanton

Fr. 150'000.--

Zusammenführung der kantonalen und der städtischen Denkmalpflege in eine „Denkmalpflege Schaffhausen“, wofür eine entsprechende Leistungsvereinbarung mit dem Kanton Schaffhausen abgeschlossen wird. Details können sie der Beilage 2 entnehmen.

0280 Allgemeiner Personalaufwand

301.200 Verwaltung, Lohnsummentwicklung Fr. 550'000.--

Nach Einführung des neuen Personalgesetzes wurden im Kanton und in der Stadt Arbeitsplatzbewertungen durchgeführt, welche eine entsprechende Gleichbewertung gewährleisten. Sämtliche städtische Verordnungen wurden angeglichen, ein weiterer Grund für eine Anpassung an den kantonalen Vorschlag von 3,5 %. Diese Erhöhung wurde mit 6 : 1 Stimmen angenommen. Aber gleichzeitig wurde auch darauf hingewiesen, dass „nur städtische“ Privilegien abgeschafft werden sollen. Wir empfehlen dem Stadtrat frühzeitig Kontakt mit dem Kanton aufzunehmen, damit in Zukunft Lohnsummenentwicklungen diskutiert werden können.

302.200 Lehrkräfte

Fr. 190'000.--

Fehler beim Budgetieren, da Lehrpersonen kantonale Angestellte sind und deshalb die Vorgaben des Kantons von 3.5% eingehalten werden müssen.

303.003 Anteil Sozialleistungen

Fr. 153'900.--

Auswirkung der Erhöhung von 2.5% auf 3.5 %.

309.001 Personalentwicklung

– Fr. 50'000.--

Diese Kürzung wurde mit 4 : 3 Stimmen angenommen und etwas über dem

Vorjahresniveau festgelegt. Die Mittel für die Personalentwicklung sollen gezielt eingesetzt werden. Dazu kommt, gemäss Begründung des Personaldienstes, dass anhand einer Vorgesetzten-Umfrage im 4. Quartal 2008 der Bedarf für eine Führungsschulung mit bestehenden Führungskräften erhoben wird, und es durchaus sein könnte, dass ein sehr geringer Bedarf besteht und der dafür budgetierte Betrag nur minimal gebraucht wird.

310.200 Drucksachen, Publikationen

– Fr. 10'000.--

Kann reduziert werden, da zu hoch budgetiert. Der verbleibende Betrag ist für eine Mitarbeiter-Eintrittsmappe vorgesehen, die einen einheitlichen Auftritt im Sinne des neuen Geschäftsberichtes sicherstellt.

366.209 Job-Ticket

– Fr. 180'000.--

Mit 4 : 2 Stimmen, bei einer Enthaltung, hat die GPK diese Position gestrichen. Dieses Privileg steht nur dem städtischen Personal zur Verfügung, d.h. der Kanton hat eine solche Vergünstigung nicht budgetiert. Wir haben bei der Lohnerhöhung auf 3.5% A gesagt, also müssen wir hier auch B sagen. Stadt und Kanton sollen ihren Mitarbeitern die gleichen Bedingungen anbieten. Es gibt andere Möglichkeiten, dass städtische Mitarbeiter ihr Mobilitätsverhalten ändern.

0290 Übriger allgemeine Aufwand

318.222 Kantonale GIS-Fachstelle

– Fr. 17'000.--

Die Betriebskosten wurden auf Fr. 3.-- pro Einwohner und Jahr festgelegt. Deshalb diese Reduktion, da mit Fr. 3.50 budgetiert wurde.

0300 Leistungen für Pensionierte

307.001 Teuerungszulage an Rentenbezüger

Fr. 110'000.--

Einmaliger Teuerungsausgleich von 1% auf Renten, analog Kanton. Dabei handelt es sich um eine einmalige Auszahlung, das heisst nicht um eine Rentenerhöhung. Zustimmung erfolgte mit 6 : 0, bei einer Enthaltung.

1030 Vormundschaftsbehörde

318.000 Entschädigung für Dienstleistungen Dritter

Fr. 7'500.--

Dieser Betrag wurde irrtümlich auf Konto 5891 365.523 Beiträge an den Zweidihei-Verein budgetiert.

1130 Schaffhauser Polizei

351.001 Entschädigung, Anteil Stadt

– Fr. 31'600.--

Teuerung wurde zu hoch budgetiert. Deshalb kann diese Reduktion vorgenommen werden. Die Beiträge der einzelnen Gemeinden wurden im Amtsblatt für den Kanton Schaffhausen, Nr. 43 vom 24.10.2008, veröffentlicht.

2000 Kindergärten

302.000 Besoldungsanteile

– Fr. 40'000.--

303.000 Sozialleistungen

– Fr. 8'300.--

Zu hoch budgetiert. Deshalb Übertrag der beiden Positionen auf 0280 302.200 bzw. 303.003. Bitte ändern Sie auf Ihrer Liste beim Text zu Konto 2000 303.000 „Sozialleistungen, Budgetverschiebung zugunsten 0280 302.200 auf 0280 303.003 ab.

3010 Museum

301.013 Löhne Besucherservice

– Fr. 38'000.--

303.000 Sozialleistungen

– Fr. 7'900.--

Grundlage für diese Reduktion ist eine aktuelle Hochrechnung per Ende Oktober 2008.

434.200 Einnahmen Eintritte – Fr. 10'000.--

Aufgrund der Hochrechnung per Ende September 2008 kann diese Erhöhung vorgenommen werden.

3480 Beiträge im Sportbereich

364.000 KSS, Beitrag gemäss Leistungsvereinbarung Fr. 165'000.--

In Beilage 3 wird auf die Leistungsvereinbarungen mit der KSS hingewiesen.

In der LV betreffend Betriebsbeitrag, neu Fr. 1'335'000.-- indexiert gemäss Stadtratsantrag, sind die folgenden Eckdaten enthalten:

Vereinbarungsdauer:

3 Jahre, d.h. 01.01.09 – 31.12.2011, beziehungsweise Abschluss der Jahresrechnung 2011.

Vereinbarungsrahmen:

Die LV definiert Grundleistungen, d.h. Leistungen der öffentlichen Hand mit Defizitbeitrag und Zusatzleistungen, wofür die KSS keine Beiträge von der Stadt erhält.

Grundleistungen:

„Die KSS betreibt, pflegt und unterhält das Hallenbad, das Freibad, das SIG-Winterdach, die Kunsteisbahn und die Curlinghalle und garantiert die Betriebssicherheit. Die KSS nimmt im weitesten Sinn soziale Aufgaben wahr, indem sie den Benutzerinnen und Benutzern eine sinnvolle Freizeigbeschäftigung anbietet.“

Zusatzleistungen:

„Die KSS betreibt die Restaurationsbetriebe, Restaurant Time Out und die Hallenbad-Cafeteria, die Wellnessanlage Aisuma sowie den Badeshop. Die KSS organisiert und veranstaltet Anlässe wie z.B. ein Candlelight Dinner im Hallenbad, Eisdisco etc.“

Zielvorgaben:

Die KSS formuliert ihre wichtigsten Ziele und stellt deren Messung sicher.

Als Mussziele sind vorgegeben:

- Öffnungszeitraum Eisbahn, Freibad, Hallenbad
- Transparenz von Leistungen/verrechnete Leistungen (inklusive Leistungsvereinbarungen mit Vereinen, Tarife)
- Transparenz betreffend Werbung und Sponsoring

Planung und Berichterstattung:

„Der Ergebnisausweis erfolgt so, dass die Ergebnisse der Grund- und Zusatzleistungen nachvollziehbar sind“.

Umweltanliegen:

Darin sind Vorgaben hinsichtlich Lichtbelastung, Lärmbelästigung und Umgang mit Energie und Wasser enthalten.

Marketingmassnahmen:

„Die KSS ist in der Vermietung der Werbeflächen frei. Ausgenommen davon sind Werbung für Alkohol oder Tabak“.

Ergebnisüberschüsse, Verluste Gesamtrechnung:

„Über den Zeitraum der Vereinbarung ist ein ausgeglichenes Rechnungsergebnis anzustreben. Im Zeitraum der Vereinbarung erwirtschaftete Überschüsse, die nur aus Zusatzleistungen möglich sind, werden von der KSS auf einem speziellen Ausgleichskonto oder als Vortrag auf die neue Rechnung ausgewiesen. Ausserordentliche Investitionen werden ausserhalb dieser Leistungsvereinbarung entschieden. Aussergewöhnliche Investitionen haben einen Projektcharakter, werden durch den Hochbau begleitet und betragen mindestens Fr. 50'000.--, das heisst. unter der erwähnten Summe wird jeweils das Ausgleichskonto belastet“.

Eine zweite Leistungsvereinbarung, ebenfalls auf 3 Jahre, wurde im Zusammenhang mit dem Konto 2195 Allgemeines Erziehungswesen, 317.007 Eintritte für Kunsteisbahn, Hallenbad und Schwimmbad, abgeschlossen.

Diese Leistungsvereinbarung erlaubt es den städtischen Schulklassen, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrpersonen, im Rahmen des Unterrichts die Anlage der KSS, das heisst Hallenbad, Freibad, Kunsteisbahn sowie Curlinghalle zu besuchen, beziehungsweise zu benützen. Der jährliche Beitrag beträgt wie bisher Fr. 80'000.-- und ist nicht indexiert. Diese Leistungsvereinbarung musste wegen der zu berücksichtigenden Mehrwertsteuer separat abgeschlossen werden.

365.308 Stiftung Sporthalle Schaffhausen

einmaliger Defizitbeitrag

Fr. 30'000.--

365.308

– Fr. 30'000.--

und aus der Investitionsrechnung

350 Übrige Freizeitgestaltung

565.004 Stiftung Sporthalle Schaffhausen, Beitrag Dachsanierung Fr. 250'000.--

565.004

– Fr. 250'000.--

In Beilage 4 sind die beiden Anträge des Stadtrates enthalten, einerseits unter Punkt 2 Fr. 30'000.--, einmaliger Defizitbeitrag zugunsten des Breitensports an die Stiftung Sporthalle Schweizersbild und andererseits unter Punkt 3 maximal Fr. 250'000.-- an die Stiftung Schweizersbild für die Dachsanierung der Schweizersbildhalle, wobei sich dieser Betrag um allfällige Beiträge des Kantons an diese Sanierung reduziert.

Die Dachsanierung sei dringend und soll deshalb im Sommer 09 durchgeführt werden. Die Verhandlungen mit dem Kanton sollen am Laufen sein, die Höhe einer allfälligen finanziellen Beteiligung sei jedoch noch offen.

Die GPK plädiert einstimmig, dass aus Transparenzgründen und „Halle Schweizersbild, wie weiter?“ so rasch wie möglich eine Vorlage auszuarbeiten ist, die die Zukunft finanziell und allenfalls auf neuen rechtlichen Grundlagen klar regelt. Dazu kommt, dass es bei einem Baurecht grundsätzlich nicht Aufgabe der Stadt ist Sanierungsbeiträge zu leisten. Ein einmaliger Sanierungsbeitrag an die Dachsanierung zulasten der Rechnung 2008 über Fr. 30'000.-- wurde mittels Nachtragskredit vom Stadtrat erst kürzlich beschlossen. Nicht Salomitaktik ist gefragt, sondern eine klare und transparente Vorlage. Hütet Euch am Morgarten, denn ein nächstes „rinnendes“ Baurechts-Dach kommt bestimmt, und schaffen Sie kein Präjudiz.

5403 Kinderkrippe Forsthaus

311.400 Mobiliar, Geräte

Fr. 1'400.--

314.300 Unterhalt der Gebäude und Anlagen – Fr. 1'400.--
Kontoverschiebung, da die Anschaffung der Gartenmöbel auf dem falschen Konto budgetiert wurde.

5480 Quartier- und Jugendarbeit
460.000 Bundesbeiträge – Fr. 10'000.--
Der Bund hat die Beteiligung von Fr. 40'000.-- zugesagt. Somit kann diese Erhöhung vorgenommen werden.

5702 Künzle-Heim und Huus Emmersberg
427.004 Mietzinse für Alterwohnungen Fr. 46'000.--
Siehe Beilage 5:
Reduktion der Mietzinse in den Alterswohnungen des Künzle-Heims um 10% ab dem 1. Oktober 2008 bis zur Fertigstellung des Rohbaus, weil diese während des Umbaus nicht auf den Geissberg gezügelt sind.

5891 Allgemeine Sozialhilfe
365.523 Beiträge an den Zweidihei-Verein – Fr. 7'500.--
Betrag wurde auf dem falschen Konto budgetiert, Neu-Budgetierung auf Konto 1030 318.000, wie bereits erwähnt.

6510 Nah- und Regionalverkehr
363.001 Verkehrsbetriebe, Defizitdeckung – Fr. 120'000.--
Dazu haben Sie die Beilage 6 erhalten, siehe Kommentar zu Personalaufwand und Sachaufwand. Per Saldo macht die Verbesserung Fr. 150'000.-- aus, wovon der Anteil der Stadt Schaffhausen Fr. 120'000.-- beträgt.

7201 Kehricht- und Sperrgutabfuhr
318.000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter – Fr. 15'000.--
Geplant wäre ein sogenannter Abfallunterricht für die Schüler vom Kindergarten bis zur Ausschulung durch geschultes Personal der „PUSCH“ (Praktischer Umweltschutz Schweiz). Das Angebot ist freiwillig. Aber der Abfallunterricht ist bereits heute im Lehrplan enthalten. Der Stadtschulrat ist das entscheidende Gremium bezüglich Durchführung und der Besuch für Schüler ist obligatorisch. Deshalb brauchen wir nicht noch eine freiwillige Schulung, sondern die Vorgaben des Lehrplanes müssen umgesetzt werden. Die GPK hat mit 4 : 3 Stimmen diesen Betrag gestrichen.

8190 Investitionen Forstbetrieb
313.318 Materialkosten anderer Investitionen – Fr. 100'000.--
480.032 Entnahme aus dem Forstreservfonds Fr. 100'000.--
Diese Beträge wurden in die Investitionsrechnung verschoben.

8300 Tourismus
365.906 Beitrag an Schaffhausen Tourismus Fr. 35'000.--
und
Investitionsrechnung
830 Tourismus
509.006 Schweiz Tourismus, Projekt Upgrade Stadt SH
als A-Partner bei Swiss Cities 2009-2011 – Fr. 248'700.--

Diese beiden Positionen hängen zusammen. SH-Tourismus ist bisher C-Partner bei der Swiss Cities und ist selbstverständlich erfreut über die Initiative des Stadtrates und schätzt das ausgesprochene Vertrauen sehr. Ein Aufstieg direkt in die A-Liga ist

zurzeit ein zu grosser Schritt, denn noch stehen die dafür benötigten Infrastrukturen, wie Hotelzimmer, Seminarräume etc. nicht in genügender Anzahl zur Verfügung. Nach Rücksprache mit Schaffhausen Tourismus wurde beschlossen vorerst den Aufstieg in die B-Liga vorzunehmen. Damit sind wir auf gleicher Höhe wie z.B. Bellinzona, Fribourg, Locarno, Lugano, Montreux-Vevey, Sion-Sierre und Solothurn. Angestrebt wird in einigen Jahren die A-Klasse und SH-Tourismus hofft dann auf die Unterstützung des Parlamentes zählen zu können. Der Betrag von Fr. 35'000.-- entspricht dem Jahresbeitrag für die B-Partnerschaft. Dafür können die Fr. 248'700.-- in der Investitionsrechnung gestrichen werden.

365.919 Beiträge zur Förderung der Einkaufs- und Tourismusstadt

Schaffhausen

– Fr. 50'000.--

Im Jahr 2008 waren ein Schaufensterwettbewerb, Bepflanzung intensivieren und Möblierung auf öffentlichem Grund vorgesehen. Die dafür eingesetzte Arbeitsgruppe ist zu keinem Resultat gelangt und die im Stadtratsbeschluss vom Februar 2008 genehmigten Beiträge können per Rückstellung auf das Jahre 2009 übernommen werden. Deshalb kann dieser Betrag gestrichen werden.

8400 Handel, Industrie, Gewerbe

365.908 Beiträge an Wirtschaftsverbände

Fr. 500.--

Siehe Beilage 7: Wiederkehrender Betrag an die Weihnachtsbeleuchtung in der Stadthausgasse, zurückzuführen auf die stadteigene Liegenschaft Stadthausgasse 10.

4401 Spitex

461.100 Kantonsbeiträge

– Fr. 1'111'900.--

4900 Allgem. Gesundheitswesen

461.100 Kantonsbeiträge

Fr. 2'055'500.--

5708 Beiträge an nichtstädtische Altersheime

461.100 Kantonsbeiträge

– Fr. 1'011'000.--

ergibt per Saldo Mehreinnahmen auf 5708 461.100 von – Fr. 67'400.--

Diese Budgetverschiebung sowie alle nachfolgenden wurden gemäss Weisung des Amtes für Justiz vom 16. Oktober 2008 vorgenommen. Die nachfolgenden Änderungen weisen Aufwand-/Ertragsgleichheit auf.

Nach diesen Änderungen beträgt der

Aufwandüberschuss der Laufenden Rechnung:

Fr. 938'600.--

Nachträglich ist noch die folgende Budgetverschiebung eingetroffen, die aber betragsmässig keine Auswirkungen hat:

5704 Altersheim Wiesli

312.000 Energie, Heizmaterial, Wasser

– Fr. 15'000.--

318.000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter

Fr. 15'000.--

Die Kehrriichtmarken wurden auf dem falschen Konto budgetiert.

Abschliessend weise ich darauf hin, dass aufgrund der Lohnveränderungen bei einzelnen Finanzstellen in der laufenden Rechnung ein Saldoausgleich zu erfolgen hat, wodurch sich das Budget um mehrere tausend Franken verändern kann.

Investitionsrechnung (Blatt 3)

Ausgangslage Aufwandüberschuss
sollte Ausgabenüberschuss heissen

Fr. 23'738'600.--

200 Kindergärten

503.207 Basisstufe, Eignungsabklärung

– Fr. 20'000.--

Der Kindergarten Hemmental wird per 01.01.09 von der Stadt übernommen. Im Hinblick auf die Einführung der Basisstufe muss der Kindergarten auf die Tauglichkeit hin überprüft werden, da die wenigen vorhandenen Unterlagen auf den aktuellen Stand gebracht werden müssen. Die GPK ist der Auffassung, dass diese Überprüfung durch das Hochbauamt auszuführen ist und hat deshalb diesen Betrag gestrichen.

506.014 Informatikanschaffungen für die Kindergärten

– Fr. 57'000.--

Die Fragebogen zum obligatorischen Beurteilungssystem „Beurteilen und Fördern“, die den veralteten Test bezüglich Schulreife von Kindergartenkindern ersetzen, können problemlos und erst noch schneller von Hand ausgefüllt werden. Da es sich um unnötige bürokratische Forderungen an die Kindergärten handelt, wurde dieser Betrag gestrichen.

210 Schulhäuser Primarschule

503.222 Schulraumplanung Breite/Steig, Projektierung

– Fr. 150'000.--

Der Kredit für die Projektierung soll in die Vorlage Schulraumplanung eingebaut werden. Deshalb wurde dieser Betrag gestrichen.

503.236 Schulhaus Breite, Innensanierung

– Fr. 50'000.--

Aussensanierung (alt 503.224) und Innensanierung (neu 503.236) waren gemäss Programm getrennt. Mit dem Budget 2009 wurde das Konto Aussensanierung in Gesamtsanierung umbenannt. Die Abklärungen Innensanierung können mit dem Kredit des Budgets 2008 abgedeckt werden. Deshalb kann dieser Betrag gestrichen werden.

341 Sportplätze

500.309 Munotsportanlage, Verbesserung Publikums- und
Wettkampfinfrastruktur

– Fr. 88'000.--

Siehe Beilage 8: Da auf den Bau eines Gebäudes für die Zielmessvorrichtung und den Platzspeaker verzichtet wird, kann diese Position entsprechend gekürzt werden.

Die Gründe für die beiden Positionen 350/565.004 betreffend Stiftung Sporthalle Schaffhausen habe ich bereits in der laufenden Rechnung bekannt gegeben.

390 Kirchen

503.394 Steig, Umbauarbeiten

Fr. 10'000.--

Erhöhung des Gesamtbetrages um Fr. 10'000.--.

790 Planung

503.747 Entwicklungsprojekt Altstadt gemäss
Neuer Regionalpolitik (NRP)

– Fr. 60'000.--

581.005

Fr. 60'000.--

Budgetverschiebung, wurde auf falscher Finanzposition budgetiert.

819 Forstbetrieb

503.810 Brennholz-Lagerhalle beim Forststützpunkt Engeweiher Fr. 100'000.--

Dieser Betrag wurde von der laufenden Rechnung in die Investitionsrechnung verschoben. Grund: Höhe des Betrages.

662.311 Entnahme aus dem Forstreservfonds

– Fr. 100'000.--

Entspricht dem Betrag auf Konto 819 503.810 zum Ausgleich.

942 Liegenschaften des Finanzvermögens

703.126 Wasserquelle, Gesamtsanierung

– Fr. 1'500'000.--

Hier handelt es sich nicht um die Streichung einer Wasserquelle, wie vom Lokalradio letzte Woche bekannt gegeben wurde (!), sondern um die Liegenschaft „Wasserquelle“, wo früher das Konkurs- und Betreibungsamt der Stadt Schaffhausen untergebracht war.

Die Liegenschaft wurde diverse Male zur Abgabe im Baurecht ausgeschrieben, jedoch ohne Erfolg. Der vom Amt für Grundstückschätzung ermittelte Wert der Liegenschaft bedingt eine grössere Verkaufsfläche im Erdgeschoss sowie eine Erschliessung der Gewölbekeller. Dies steht im Gegensatz zur Absicht der Denkmalpflege.

Inzwischen hat das städtische Hochbauamt ein eigenes Projekt ausgearbeitet. Das Ladengeschoss im Erdgeschoss soll bleiben wie bisher; geplant sind im weiteren zwei Wohnungen in den unteren Stockwerken und eine Maisonette-Wohnung im obersten Teil sowie ein Lift, der von der „Wasserquelle“ wie auch allenfalls von der benachbarten Liegenschaft benutzt werden kann. Gespräche mit den anderen Liegenschaftsbesitzern sind aber noch keine geführt worden. Die optimalste Nutzung wäre allerdings ein Projekt mit einer Familienwohnung im Obergeschoss sowie einer Anwalts- oder Arztpraxis in den unteren Stockwerken. Diese Variante muss aber im Vorfeld detailliert abgeklärt werden.

Das Hochbauamt soll nochmals über die Bücher gehen und verschiedene Varianten wie Eigennutzung bis zum Verkauf der Liegenschaft prüfen und in einer Vorlage präsentieren. Aus diesem Grunde hat die GPK mit 4 : 3 Stimmen den Betrag gestrichen.

Nach diesen Änderungen beträgt der**Ausgabenüberschuss der Investitionsrechnung**

Fr. 21'634'900.--

Spezialfinanzierungen

Betragsmässig wurden keine Änderungen vorgenommen. Beide Nachträge haben mit der Umbuchung Forststützpunkt Engeweiher von der Laufenden Rechnung in die Investitionsrechnung zu tun. Der Aufwandüberschuss beträgt deshalb nach wie vor Fr. 51'800.--.

Spezialverwaltungen**MKD Pflumm**

Laufende Rechnung

94.331.300 Abschreibung der Investitionskosten

Fr. 290'000.--

Diese Abschreibungen wurden irrtümlicherweise nicht budgetiert. Dadurch vermindert sich der Ertragsüberschuss von Fr. 666'500.-- auf Fr. 376'500.--.

Investitionsrechnung

94.500.110 Bau Erweiterungsetappen E2b und E3b

– Fr. 2'900'000.--

Dieser Betrag wurde bereits im Jahre 2008 budgetiert und ist irrtümlicherweise nochmals im Voranschlag 2009 enthalten.

Nach dieser Änderung beträgt der Saldo der Investitionsrechnung Fr. 0.--

Verkehrsbetriebe Schaffhausen

Über die Änderungen (Personalkosten und Dieselölpreis) habe ich Sie bereits in der laufenden Rechnung informiert. Per Saldo reduziert sich der Beitrag der Stadt Schaffhausen um Fr. 120'000.--.

Sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen:

Ich empfehle Ihnen auf das vorliegende Budget 2009 inklusive den Anträgen gemäss Liste vom 12. November 2008 einzutreten und den beantragten Stadtrats-/GPK-Anträgen zuzustimmen. Diese Anträge haben Sie heute erhalten.

Zum Schluss danke ich allen am Budget beteiligten Personen herzlich, sei es für die Abgabe zusätzlich verlangter Unterlagen, die Beantwortung der GPK-Fragen oder das Zusammentragen aller Zahlen. Dabei denke ich vor allem an die Finanzreferentin SR Veronika Heller, Thomas Jaquet, Alfred Stamm und Werner Bianchi, die einmal mehr viele Frage- und Antwortstunden im Kreise der GPK verbringen „durften“, was selbstverständlich auch für die übrigen Mitglieder der Exekutive Gültigkeit hat. Im Dank eingeschlossen ist auch unsere Ratssekretärin, Frau Gaby Behring, für die prompte und ausführliche Erstellung der diversen Protokolle. Meinen Kolleginnen und Kollegen von der GPK danke ich für ihre Unterstützung, ihren Einsatz, das Verständnis und Ausharren bei den langen Sitzungen und die engagierten, aber sachlichen Diskussionen.

Nach acht Jahren als GPK-Präsident wird meine GPK-Amtszeit Ende Jahr zu Ende gehen. Somit ist das das letzte, und rückblickend betrachtet auch das schwierigste Budget, das ich Ihnen heute präsentieren durfte. Ich hoffe, dass ich Sie jeweils bei Rechnung und Budget ausführlich informierte, damit deren Behandlungen im Rat so effizient wie möglich durchgeführt werden konnten. Darauf zähle ich auch heute. “

Ratspräsident Thomas Hauser (FDP) begrüsst Thomas Jaquet, Leiter Zentralverwaltung, der heute als begnadeter und ausgezeichneter Hobbykoch der richtige Mann als Küchenchef in diesem Zahlensalat ist.

Rainer Schmidig (EVP)**OeBS/EVP-Fraktionserklärung**

”Der GPK-Präsident hat Ihnen den Voranschlag und die Arbeit der GPK ausführlich erläutert. Besten Dank. Ebenfalls bedanken möchte ich mich bei der Verwaltung und beim Stadtrat für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen.

Die OeBS/EVP-Fraktion ist vom vorliegenden Voranschlag nicht gerade begeistert, sieht er doch ein deutliches Defizit in der laufenden Rechnung vor und auch der tiefe Selbstfinanzierungsgrad ist alles andere als befriedigend. So werden die unproduktiven Schuldzinsen also wieder zunehmen.

Offenbar gelingt es dem Stadtrat nicht, im noch guten Umfeld die Ausgaben in

diversen Bereichen in den Griff zu bekommen. Wir denken dabei an die mit massiven zusätzlichen Ausgaben verbundene Abspaltung des Personaldienstes oder die immer weiter steigenden Kosten im EDV-Bereich. Dies war ja auch ein Thema an der Kantonsratssitzung, wobei sich zeigte, dass der WoV-Betrieb KSD offenbar immer mehr zum Selbstläufer wird, der sich der Kontrolle durch die Parlamente zu entziehen vermag.

Im Personalbereich unterstützen wir den Entscheid der GPK, die Lohnsumme für die städtischen Angestellten um 3.5% zu erhöhen. Hinter den Zahlen stehen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die täglich für die Stadt und auch für uns zuverlässig ihre Arbeit verrichten. Für ihren Einsatz dankt ihnen die OeBS/EVP-Fraktion an dieser Stelle ganz herzlich.

Dieser Rat hat bei der Beratung der Personalverordnung deutlich gemacht, dass er im Personalbereich keine Differenzen zum Kanton wünscht. Also gilt das nach dem Entscheid des Kantonsrates von gestern nun auch hier. Dass damit im gleichen Umgang in der GPK das Projekt „Job-Tickets“ auf der Strecke blieb, wird von unserer Fraktion bedauert, findet aber im Zusammenhang mit dem Entscheid zur Lohnentwicklung auch vereinzelt Verständnis. Vielleicht könnte ja bei solchen Pilotprojekten einmal der Kanton vorangehen und die Einführungskosten übernehmen.

Kein Verständnis hat unsere Fraktion bei der jetzigen Finanzlage der Stadt und den noch zu verkraftenden Auswirkungen der Steuergesetzrevision für eine mögliche Senkung des Steuerfusses. Dazu braucht es zuerst eine intensive Vorarbeit durch den neuen Stadtrat im Zusammenhang mit dem Projekt „OPTI“.

Die **OeBS/EVP-Fraktion** wird auf das Budget eintreten und ihm in der vorliegenden Fassung voraussichtlich auch zustimmen. Allerdings behalten wir uns vor, zu einzelnen Punkten noch Fragen und allenfalls auch Anträge zu stellen. „

Werner Schöni (SVP)

SVP/JSVP/EDU-Fraktionserklärung

„Lieber Herr Präsident, schenk uns doch einen Beamer, damit wir das nächste Mal diese Zahlenschlacht besser erfassen und begreifen können.

Wie in den Vorjahren hat auch dieses Budget in unserer Fraktion keine Begeisterungstürme ausgelöst. Die Wirtschaftsprognosen zeigen auf Sturm und trotzdem sind wir überzeugt, dass das Jahr 2009 nochmals ein steuerlich gutes Jahr werden wird.

Das Budget 09 ist aus unserer Sicht pessimistisch ausgefallen. Unter dem Strich schreiben wir rote Zahlen, dies trotz einer reduzierten Budgetierung bei den Personalkosten und bei den Renten gegenüber dem Kanton. Unter diesen Umständen müsste eine Steuerreduktion möglich sein. Wir haben uns seinerzeit beim Personalreglement für gleiche Lohnbänder und Grundlagen für die Arbeitsplatzbewertung sowohl beim Kanton wie auch bei der Stadt eingesetzt.

Wir wollen nicht nur A sagen, sondern auch B; das heisst, wir sind jetzt auch für die gleichen Ansätze wie sie der Kanton beschlossen hat. Wir wehren uns aber gegen einseitige Begünstigungen wie dies beim Job Ticket der Fall wäre.

Wir werden auf das Budget eintreten, den GPK-Anträgen zustimmen und uns in der

Detailberatung melden. Es ist mit weiteren Anträgen, insbesondere einem Steuersenkungsantrag, zu rechnen.

Abschliessend danke ich im Namen der Fraktion der GPK und allen Beteiligten für die grosse und umfassende Arbeit und den guten Bericht des GPK-Präsidenten. “

Walter Hotz (FDP)

FDP/jfsh-Fraktionserklärung

”Man muss nicht ein neunmalkluger Akademiker, Ökonom oder Finanzexperte sein, um ein Budget im privaten Bereich, im geschäftlichen Bereich oder eben, wie es heute Abend unsere Pflicht ist, das der städtischen Überverwaltung, sprich der öffentlichen Hand, lesen zu können. Es kommt nämlich wie in jedem Haushalt darauf an, wie viel eingenommen und wie viel ausgegeben wird, gemäss der nach wie vor alt bewährten Milchbüchleinrechnung.

Die FDP/jfsh-Fraktion, zusammen mit den Mitgliedern der SVP/JSVP/EDU-Fraktion, teilweise in früheren Jahren - als sie noch politisch rechts denkende Mitglieder in ihren Reihen hatten - auch mit der Unterstützung der CVP, predigen seit Jahren und unterstreichen es auch immer wieder mit entsprechenden politischen Vorstössen. Ich denke hier insbesondere an die Motion vom 25. Juni 2001 „Gesunde und attraktive Finanzen“ und an die Kleine Anfrage vom 10. September 2002 Umsetzung betreffend der Motion, nach meinem Dafürhalten einer des wichtigsten Vorstösse der letzten Jahre, jedoch bis heute vom Stadtrat nicht umgesetzt – für mich persönlich eine der sträflichsten Nachlässigkeiten des verantwortlichen gesamten Stadtrates. Die Quittung, beziehungsweise die Zeche wird die städtische Bevölkerung in Zukunft bezahlen müssen; ich komme darauf noch zurück.

Ich denke an die jüngeren politischen Vorstösse wie: Motion E. Sutter: „Finanzielle Hochrechnungen“ vom 21. Juni 2005, an die Interpellation „Massnahmen und zukünftige Wirtschaftspolitik der Stadt Schaffhausen nach Wegfall Lex Bonny“ vom 04.12.07, an die Kleine Anfrage „Finanzielle Führung der städtischen Verwaltung/Umsetzung der Personalgesetzrevision/Rekrutierung von Personal/Besetzung von Kaderstellen“ vom 08.04.08, an das Postulat „Controlling Prozesse betreffend periodischer Überprüfung von Gesetzen, Vorschriften, Regelungen, Gebühren und der Bürokratie“ vom 01.07.08.

Alle Vorstösse haben immer das gleiche Ziel, wonach sich die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten haben und nicht umgekehrt. Die städtische Verwaltung und ihre Helfer in der Regierung halten dies offenbar für so trivial, dass man sich seit Jahren dem Gegenteil verschrieben hat. Und so wirtschaftet und lebt die städtische Überverwaltung frisch fröhlich ohne Kenntnisnahme der bürgerlichen Vorstösse und ohne Willen der Ratsmehrheit seit Jahren über ihre Verhältnisse.

Waren die Einnahmen im Jahr 1997 rund Fr. 180 Mio., so haben wir im Budget eine Steigerung auf rund Fr. 210 Mio. Im gleichen Zeitraum hatten wir einen Aufwand im Jahr 1997 von rund Fr. 183 Mio., so sind die budgetierten Ausgaben für das Jahr 2009 rund Fr. 210 Mio. Man kann natürlich argumentieren, dass sich die Ausgaben in den letzten Jahren um Fr. 3 Mio. verbessert haben. Meine Fraktion bestreitet nicht, dass die Stadt das Geld mehrheitlich für sinnvolle Zwecke verwendet. Aber es gibt halt nichts an der Tatsache zu rütteln, dass schlussendlich immer der Steuerzahler für den gesamten Aufwand aufzukommen hat – das gilt für die Investitionen, wie auch für die Schulden; meine Damen und Herren, gerade bei den Schulden.

Wir können auf Seite 10 der Botschaft des Stadtrates lesen, dass die Umschuldung angesichts des Finanzierungsfehlbetrages unumgänglich sein wird, was soviel bedeutet wie: Die neuen Schulden von heute werden die Steuern von morgen sein.

Es muss eigentlich - und gerade in Anbetracht der wirtschaftlichen Grosswetterlage – jeden Finanzpolitiker alarmieren, und zwar die Tatsache der enormen Schuldenlast von über Fr. 133 Mio., was zu einer jährlichen Zinslast bei den mittel- und langfristigen Schulden von rund Fr. 3,7 Mio. (gemäss Jahresrechnung 2007) führt. Budgetierte Zinslast für das Jahr 2009: Ungefähr Fr. 4,4 Mio. Zum Vergleich die Zahlen aus der Jahresrechnung 1997: Mittel und langfristige Schuldenlast: Fr. 114 Mio. Daraus sieht man, dass innerhalb von nur 10 Jahren die Schuldenlast um ungefähr Fr. 19,5 Mio. angestiegen und nicht rückläufig ist.

Die Stadt hat in den letzten Jahren sehr gute Bedingungen angetroffen, um in ihre Standortqualität zu investieren. Die grossartigen, hohen Steuereinnahmen dank der privaten Wirtschaft, die Ausschüttung der Gewinne aus den Goldverkäufen und der neue Finanzausgleich schufen ein ausgezeichnetes Klima.

Wir sind der Meinung, dass das Rezept von Steuersenkungen sich auf die Verbesserung der Standortqualität am raschesten auswirkt. Wenn Sie nämlich die Aufstellung vom 19. September 2008 „Entwicklung der Steuereinnahmen“ studieren, so erhalten Sie den Beweis dafür, dass je tiefer der Steuerfuss, desto höher die Steuereinnahmen sind. Tiefere Steuern werden für die Zukunft unserer Stadt zu einer positiven und breit abgestützten wirtschaftlichen Entwicklung führen. Dies wird wohl niemand in diesem Saal bestreiten.

Meine Fraktion wird deshalb einen Antrag für eine Steuerfussreduktion stellen. Ohne eine Steuersenkung im Jahr 2009 wird die Stadt Schaffhausen im Standortwettbewerb mit den anderen Gemeinden weiter Boden verlieren. Der Indikator zeigt aber auch die Grenzen diese Instruments: Steuersenkungen muss sich die Stadt leisten können. „Sie sind nur ein Erfolgsrezept, wenn der Finanzhaushalt der Stadt stimmt“; das heisst, wie ich es eingangs gesagt habe, die Ausgaben dürfen die Einnahmen nicht überschreiten.

Der Stadtrat hat es im Budget 2009 versäumt an Kostensenkungen zu denken. Er hat sich gegenüber der eigenen Verwaltung nicht durchsetzen können. Meine Fraktion will nicht, dass die Stadt sich zu Tode spart; wir wollen aber, dass der städtische Verwaltungsapparat zum Mass halten gezwungen wird.

Wir werden auf das Budget 2009 eintreten und bei den einzelnen Positionen zusätzliche Fragen und Anträge stellen. “

Kurt Zubler (SP)

SP/AL-Fraktionserklärung

„Mein Dank geht an Alfred Zollinger, der Ihnen die wichtigen Resultate wie immer im Detail und kenntnisreich präsentiert und auch transparent gemacht hat, wo und weshalb wir in der GPK Hand angelegt haben. Wie Sie ebenfalls aufgrund der teilweise knappen GPK-Abstimmungsergebnisse erahnen, wird die eine oder andere Änderung in der Detailberatung wieder aufgenommen werden, weshalb ich an dieser Stelle auf eine kleinteilige Ausführung verzichte. Gerne möchte ich Ihnen einige Schwerpunkte unserer Fraktionsmeinung präsentieren.“

Es handelt sich um das letzte Budget des Rates in dieser Zusammensetzung, es ist

kein grosser Wurf, aber seriöses Handwerk; es sind keine unnötigen Investitionen enthalten, aber auch keine Zukunftsvisionen und kein Abbruchprogramm. Trotzdem - und dies bedauern wir - haben wir eine knappe Million budgetiertes Defizit. Immerhin wissen wir aus vergangenen Jahren, dass eine Million im Streubereich der Budgetgenauigkeit liegt, also müssen wir deshalb nicht in Panik verfallen.

Wichtig erscheint uns, dass die GPK nicht nur beim Personal, sondern auch bei den Rentnerinnen und Rentnern mit dem Kanton gleich zieht. Wie schon gesagt, wird damit das gemeinsam erarbeitete und befolgte Personalreglement auf dem gleichen Niveau weiter geführt. Das Personal der beiden Körperschaften wurde gleich eingestuft und eine gemeinsame Weiterentwicklung macht deshalb auch Sinn.

Ebenso wichtig erscheint es uns, gerade in der aktuellen Situation, die Kaufkraft des Personals zu erhalten und zu stärken, vor allem auch in den in Zukunft zu erwartenden weniger rosigen Zeiten. Dies ermöglicht dem Personal gewisse Ausgaben tätigen zu können, was wiederum für die Wirtschaft ein Antriebsmotor ist und verhindert, dass diese in einen Teufelskreis gerät und sich selbst "abwürgt". Die Stadt ist nicht alleine, der Kanton macht ebenfalls mit und auch in der Privatwirtschaft fand eine gute Lohnrunde statt.

Wir freuen uns ebenfalls, dass die GPK mit klarer Mehrheit keine Steuerfussenkung wie in den Vorjahren beschlossen hat. Eine Steuerfussenkung mit grossem Einfluss auf die Gemeinden wurde vor kurzem im Kanton beschlossen; Stadt und Kanton zusammen haben während der letzten wirtschaftlich guten Jahre die Gelegenheit für Steuerfussenkungen wahrgenommen.

Das Budget 09 ist nicht nur das letzte Budget des alten Rates, es ist auch das letzte Budget der alten Gewissheiten. Man muss kein Pessimist sein, um nicht klar zu erkennen, dass alte Überzeugungen auf dem Prüfstand stehen. Das Urvertrauen in den Finanzplatz, in die Giganten UBS und Credit Suisse ist endültig Vergangenheit. Der Satz "La crise n'existe pas" war ein "Schmarren" im Moment, wo er geschrieben wurde, und viel Gesagtes in den letzten Monaten verwandelte sich innert Tagen oder Stunden nicht nur in Makulatur, sondern in baren Unsinn.

Es handelt sich um Gewissheiten, an welche gewisse Personenkreise in diesem Rat in fast religiösem Eifer glaubten und vielleicht noch heute glauben; andere - dazu zähle ich mich - haben die neoliberalen Blasen und das auch heute noch vernehmbare Gurgeln einiger Unverbesserlicher stets mit Kritik und Misstrauen verfolgt oder kommentiert; aber – und so gestehe ich ein - doch letztlich auch auf eben diese Gewissheiten im Stillen gebaut oder gehofft. Dies, meine Damen und Herren, könnte nun vorbei sein, und wir tun gut daran, dies auch heute zu bedenken und zu respektieren.

Jugendliche oder altvordere und reichlich angekündigte Abenteuer im Bereich des Steuerfusses betrachten wir angesichts dieser Tatsachen als falsch bis verantwortungsfrei; dies insbesondere in mittel- und langfristiger Sicht. Eine Fokussierung allein auf das Jahr 2009 wäre falsch und fatal, da wir - sollten Ihre Prognosen denn überhaupt zutreffen - wohl für längere Zeit zum letzten Mal Reserven für schwierige Zeiten aufbauen könnten. Jegliche Anträge auf Steuersenkung werden wir aus diesen Gründen vehement bekämpfen.

Die **SP/AL-Fraktion** tritt auf den Vorschlag ein, wird aber in der Detailberatung noch Fragen und Anträge stellen.

Abschliessend noch ein grosser Dank an Alfred Zollinger, der uns nun ein viertes Mal umsichtig durch die Zahlenwüste des Budgets und den Irrgarten der Kontis geführt hat. Steten Mutes hat er das vereinzelte Grauen vor den schauerhaften Abgründen der Ausgaben und allzu überschwengliche Freude an sprudelnden Einnahmen beruhigt.

Gemeinsam sind wir schliesslich nach langen Stunden des Schrecknisses dem Voranschlag entkommen; just - als wir jäh meinten, diesem unwiderruflich und auf ewig ausgeliefert zu sein - fanden wir glücklich den Ausgang aus dem zu später Stunde zugesperrten Altersheim.

Danke auch dem engagierten Personal, den engagierten Mitarbeitenden der städtischen Verwaltung, insbesondere denjenigen, die uns im Budgetprozess begleitet haben, der Finanzkontrolle und dem ebenfalls sehr engagierten und meist geduldgigen Stadtrat. “

Theresia Derksen (CVP)

Votum

”Ich danke dem GPK-Präsidenten Alfred Zollinger für die gute Vorstellung des Budgets; er und die GPK haben gute Arbeit geleistet.

Vor zwei Jahren hatten wir eine Steuersenkung befürwortet, letztes Jahr auf einen leichten Rückgang des Wirtschaftswachstums hingewiesen, und heute stehen wir vor einer drohenden Wirtschaftskrise. So schnell kann sich die Welt, können sich die wirtschaftlichen Gegebenheiten ändern.

Den Vorschlag der GPK, die Lohnsummenentwicklung dem Kanton anzupassen, können wir unterstützen, obwohl das städtische Budget nicht so rosig wie beim Kanton aussieht.

Wir gehen davon aus, dass sich die Schweiz dem Konjunkturabschwung nicht gänzlich entziehen kann, es aber auch keine Rezession geben wird. Die pessimistischen Erwartungen werden sich nicht im gleichen Ausmass in den Wirtschaftsdaten niederschlagen - so hoffen wir jedenfalls.

Insbesondere der private Konsum kann eine Konjunkturlokomotive sein, und damit sie genug Zugkraft hat, lohnt sich eine Investition in die Lohnentwicklung. Es ist auch ein psychologischer Faktor, denn der Konsum beginnt im Kopf. Zudem dürfen auch die Arbeitnehmenden in der Privatwirtschaft mit einem Teuerungsausgleich und einer Lohnentwicklung nach oben rechnen, und da sollen die städtischen Angestellten auch mit ihrem Anteil rechnen dürfen.

Die CVP ist überzeugt, dass nur eine finanziell gesunde Stadt auch eine soziale Stadt sein kann. Wir haben uns überlegt, ob die Teuerungszulage an Rentenbezüger nötig ist. Bereits heute sind in der Schweiz nicht mehr die älteren Mitmenschen, sondern die jungen Familien dem grössten Armutsrisiko ausgesetzt. Statistiken belegen, dass mit steigendem Alter das Durchschnittsvermögen ansteigt und parallel dazu der Anteil an Haushaltungen ohne Vermögen abnimmt. Die demografische Entwicklung wird in Zukunft die Solidarität in umgekehrter Richtung nötig machen, die Älteren werden mit den Jüngeren teilen müssen. Wir müssen aufpassen, dass aus dem Generationenvertrag nicht ein Generationenkonflikt wird.

Den Entscheid der GPK, den Rentenbezüger eine einmalige Teuerungszulage zu gewähren, unterstützen wir nun heute aber doch, in der Hoffnung, dass auch unsere

Rentner zu einer stabilen Konjunktur beitragen können.

Leider lässt das städtische Budget unserer Ansicht nach keine kurzfristige Steuersenkung zu. Mittelfristig sollten weitere Steuersenkungen aber angepeilt werden. Die Entscheidungsinstanzen im Projekt Optimierungspotenzial sind gefordert. Es steht nun aber ein Konjunkturabschwung vor der Tür. Es braucht deshalb unbedingt die nötigen Mittel, damit wichtige Investitionen gemacht werden können und damit unser Gewerbe gestützt werden kann. Nur positive Perspektiven erlauben uns gesunde Finanzen. Tiefe Steuern allein sind kein Standortvorteil. Eine gute Wohnqualität, Möglichkeiten an Freizeitaktivitäten, ein gutes kulturelles und schulisches Angebot, eine gute Verkehrsanbindung, auch die Dienstleistungsqualität der öffentlichen Verwaltung sind Kriterien für die Wahl eines Wohn- und Wirtschaftsstandortes.

Wie gesagt: Ziel muss es sein, die Steuern zu senken - aber man muss dies auch verantworten können. Solange Vorschläge für sinnvolle Sparmassnahmen fehlen und wenn die wirtschaftlichen Gegebenheiten nicht genügend Mittel garantieren, muss von weiteren Steuersenkungen im jetzigen Zeitpunkt abgesehen werden.

Die CVP wird auf die Vorlage eintreten und voraussichtlich alle Anträge der GPK unterstützen. "

Urs Tanner (SP)

Votum

"Muss es unbedingt sein, dass die Budgetdebatte vor den Wahlen stattfindet? Die einen sind froh, die anderen weniger. Sie haben es sicherlich bemerkt, wahrscheinlich verlängert der Wahlkampf die heutige Sitzung. Vielleicht können wir in vier Jahren - sofern wir noch dabei sind - die Termine umkehren, damit die Budgetsitzung wieder weniger lang dauert.

Ich möchte kurz danken und etwas zu den Themen Lohn und Steuerfuss hinzufügen.

Ich danke der GPK für die extreme Arbeit und Alfred Zollinger, der als sechster Stadtrat das Vakuum im SVP-freien Stadtrat während der letzten vier Jahre doch meistens gemildert hat. Der GPK-Präsident hat 8 Jahre ganz gute Arbeit geleistet, vielen Dank. Mein Dank geht auch an SR Veronika Heller, sie hat wie immer gutes Handwerk geliefert und stand als Frau und Sozialdemokratin oft im doppelten Gegenwind. Du wirst nächstes Jahr wohl kaum auf der Tribüne sitzen, wie die zukünftige Stadträtin im nächsten Jahr. Wir gönnen dir etwas Schöneres im Jahr 2009.

Die Lohnerhöhung des Stadtrates ist generös und volkswirtschaftlich richtig. Ich bin leider nicht Stadtangestellter, ich hätte auch gerne etwas mehr Lohn. Viele Branchen erhöhen die Löhne, wie beispielsweise die Elektroinstallationsbranche mit 3.6%, das Isoliergewerbe mit 3.9% und Gebrüder Sulzer AG in Winterthur mit 4%.

Mit den Banken können wir leider nicht ganz mithalten, so habe ich der aktuellsten Weltwoche - nicht wirklich eine linke Tageszeitung - entnommen, dass sich das Wachstum der Personalkosten pro Jahr seit 1998 bei der UBS AG auf 4.2%, bei der Credit Suisse auf 7.8% und Julius Bär auf 5.2% beläuft. So viel Geld haben wir nicht.

Bleiben wir als gute und konkurrenzfähige Arbeitgeber also bei unseren 3.5%, die Teuerung frisst genug weg. Der Bund macht es vor, wir wollen nicht gute Leute

verlieren, wir müssen faire Löhne bezahlen.

Beim Thema Steuerfuss lässt der Wahlkampf grüssen - jede Partei hängt das heraus, was sie will und anstrebt; das ist aus Gründen der Transparenz auch richtig, man muss es vor der Budgetdiskussion einfach wissen.

Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass die CVP eher zur Mitte Links neigt und verstehe die Steuerfussturbos aus der SVP wirklich nicht. Ich gehe davon aus, dass die in der GPK vertretenen SVP-Mitglieder beim GPK-Vorschlag bleiben, trotz des heutigen Artikels in den Schaffhauser Nachrichten.

Die Voodoo-Ökonomie der Dauersteuersenker verstehe ich nicht, da bin ich zuwenig intelligent; sie ist schwierig nachzuvollziehen. Teile der Privatwirtschaft machen auf Bundesebene die hohle Hand, und Sie werken weiter an einem absurden Staatsabbau. Ihr Mantra "Steuern senken, Steuern senken, Steuern senken" ist zutiefst falsch; die CVP hat dies ausgeführt.

Sagen Sie doch Ihrer Wählerschaft ehrlich, was Sie wollen, Sie wollen das Steuersubstrat dauerhaft senken; aber Sie müssen auch sagen, was das heisst, nämlich tiefere Löhne, schlechtere Staatsleistungen und weniger Investitionen. Das lokale Gewerbe wird es Ihnen danken, da können Sie sicher sein.

Seien Sie vernünftig, und bleiben Sie beim aktuellen Steuerfuss. Wie von Kurt Zubler bereits erwähnt, bleiben wir dabei. Ich freue mich auf einen langen schönen Abend mit Ihnen. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP)

Votum

"Ratskollegin Esther Bänziger sagte üblicherweise jeweils: "Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber ich sage jetzt trotzdem etwas".

Urs Tanner hat mich mit seinen Aussagen provoziert. Es geht in keiner Weise um eine Voodoo-Ökonomie. Wir diskutieren über einen Staatsvoranschlag. Selbstverständlich haben Sie Recht, dass wir uns im Rahmen der letzten Gefechte vor den Wahlen positionieren. Es erscheint mir trotzdem auch anlässlich des letzten Budgets dieser Legislatur opportun, wenn wir nicht nur über Budgeterhöhungen, allenfalls über entsprechende noch zu stellende Anträge sprechen, sondern dass man auch die Frage des Steuerfusses sachlich angeht.

Wir haben bereits im Vorfeld der Presseberichterstattung zur heutigen Debatte darauf hingewiesen, dass die FDP/jfsh-Fraktion die Meinung vertritt, dass eine moderate Steuerfussenkung heute Abend zur Diskussion stehen sollte und auch kann; eine Steuerfussenkung, die sich aufgrund der Entwicklung in den letzten Jahre nachhaltig vertretbar auszeichnet.

Seit 2001 haben wir eine Reduktion von 112% auf 98% vorgenommen und eine Rechnung präsentiert erhalten, die weitaus über dem lag, was man als "im Rahmen des Unsicherheitsfaktors des Budgets liegend" betrachten kann. Wir haben uns immer für sachlich und sauber begründete Anträge hinsichtlich Steuerfussenkung eingesetzt, und werden dies auch heute Abend tun, selbst wenn unser GPK-Vertreter heute Abend vielleicht den Zweihänder geschwungen hat. Wir wollen etwas Substanziertes - kein Auf und Ab, das im nächsten Jahr wieder korrigiert werden muss - wie bereits in den letzten Jahren, das können wir jederzeit nachweisen. "

SR Veronika Heller**Stellungnahme SR**

"Ich werde mich so kurz wie möglich fassen. Die Botschaft zum Budget 09 haben Sie erhalten und kennen diese auswendig, den akkuraten Bericht des GPK-Präsidenten haben Sie ebenfalls gehört. Ich danke ihm, dass dieser so gewissenhaft und ausführlich erfolgt ist. Mein Dank geht auch an die Mitglieder der GPK; Sie haben uns zwar tagelang beschäftigt, aber das Klima war weniger aggressiv wie auch schon.

Kurzer Rückblick:

Seit 1985 bin ich in diesem Saal dabei - soweit gehe ich nicht zurück, obwohl ich kürzlich auf die Unterlagen für das Budget 1991 gestossen bin, wo schweizweit gesagt wurde "Les cantons sont fauchés", die Inflation hatte zugeschlagen, die Teuerung raste durch das Land, und alle fragten sich, wie das wohl weiter geht.

1995 hatten wir einen FDP-Finanzreferenten, der sich mit dem FDP-GPK-Präsidenten und mir tapfer gegen das Steuerfussreferendum gewehrt hat - mit Erfolg. 2002 fand ein weiteres Steuerfussreferendum statt, aber auch diesmal folgte das Volk Stadtrat und Parlament. Beim Budgetreferendum im Jahr 2005 wiederholte sich das Ganze zum dritten Mal. Alle drei Volksabstimmungen haben Stadtrat und Volk für sich entscheiden können.

Heute haben wir eine Finanzkrise; es stellt sich die Frage, seit wann hätte man dies wissen können - so man es denn hätte wissen wollen. Le Monde diplomatique hat im Oktober 06 über „Une économie d'apprentis sorciers“ (Ökonomie der Zauberlehrlinge) geschrieben. Urs Widmer hat im Mai dieses Jahres „... Die Sprache der Ökonomie ist ein potemkinsches Dorf auf falschen Eindeutigkeiten“ genannt, und ich möchte Sie heute Abend nicht lange aufhalten mit dem "Schwarzen Schwan" von Nasib Taleb. Er hat eine wichtige Aussage zu den 10 nicht nur in Krisenzeiten geltenden Grundregeln in der Wirtschaft gemacht: "Es ist keine gute Idee eine Prognose von jemandem zu übernehmen, der eine Krawatte trägt". Und da ich nie Krawatten trage, dürfen Sie mir jetzt glauben, was ich zu sagen habe; heute sind die Krawattenträger schön auf beide Seiten verteilt - vor 20 Jahren sah dies noch etwas anders aus.

Wir stehen heute vor einer Volksinitiative der Jungen FDP; man kann sich fragen, ob - sofern Jeanette Storrer Finanzreferentin geworden wäre - diese Initiative auch lanciert worden wäre.

Gerne wiederhole ich das nochmals, was einige von Ihnen nicht richtig wissen wollen: Der SR trägt die Verantwortung für seine Entscheide, das Parlament trägt die Verantwortung für seine Entscheide und, last but not least, das Volk trägt die Verantwortung für seine Entscheide. Ob das allen passt oder nicht, spielt keine Rolle. Es spielt auch keine Rolle, ob ich das sage oder nicht – es ist so, denn das Volk hat das so geregelt. Punkt.

Kennzahlen zur Orientierung haben Sie einige in der Botschaft, Sie haben sie vor allem in jeder Jahresrechnung. Ein paar andere Erkenntnisse, über die Jahre hinweg, möchte ich Ihnen nicht vorenthalten, abgesehen davon, dass ich in den letzten Tagen erfahren habe, dass die Volkswirtschaft ziemlich zusammengebrochen ist und heute erfahren musste, dass in Schaffhausen 20% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre ohne Arbeit sind, in Zürich sind es 16% und in Süddeutschland (Baden-Württemberg) nur 10%. Diese Tatsache gibt zu denken.

Des Weiteren gibt zu denken, dass verschiedene Partner in Industrie und Gewerbe, die wir bisher als gute Partner für konstruktive Lösungen erlebten, sich heute als knallharte Verhandler erweisen, die ihren Willen sehr präzise formulieren und mit einem Wegzug drohen, falls dieser nicht erfüllt wird. Diese Verhandlungsart hat nichts mit der Steuerbelastung zu tun.

Zum Steuerfuss:

Bezüglich Personalkostenentwicklung und angeblicher Privilegien der städtischen Angestellten wollen Sie mit dem Kanton gleichziehen; dies wurde heute Abend mehrfach dargelegt. Rückblickend hatte der Kanton seit 1982 immer einen wesentlich höheren Steuerfuss wie die Stadt Schaffhausen, lange Jahre war die Differenz 8%, dann einmal 7 und 6%, danach hat sie sich reduziert, im letzten Jahr belief sie sich noch auf einen Punkt, dieses Jahr sind es wiederum 14 Punkte. Wenn Sie dies zusammenzählen – und zwar ohne Spitalzusatz - hat der Kanton seit dem Jahr 1993 Fr. 40 Mio. mehr Steuereinnahmen von den Steuerpflichtigen der Stadt Schaffhausen eingenommen.

Wenn Sie dies in Relation stellen und sich überlegen, weshalb der Kantonsrat gestern bei ausgezeichneter Finanzlage den Steuerfuss nicht in Frage stellte, sondern bei 112% belies, muss er wohl seine guten Gründe dafür gehabt haben.

Zu den Personalkosten:

1993 beliefen sich die Personalkosten im Vergleich zu den Steuereinnahmen auf 82,8%, beim Budget 2008 waren es 82,3% und im Budget 2009 - wir haben mit 2,5% gerechnet - 82,4%.

Am höchsten waren die Personalkosten im Vergleich zu den Steuereinnahmen mit 87,8% im Jahre 1997; aufgrund der Rezession der frühen 90er-Jahre und bei einem zweijährigen Veranlagungszyklus bei den Steuern fehlten uns plötzlich Fr. 7 Mio. Steuereinnahmen.

Wie auch immer Sie heute bezüglich der Erhöhung der Lohnsumme entscheiden, dem Stadtrat können Sie jedoch nicht vorwerfen, die Personalkosten seien aus dem Ruder gelaufen, dafür fehlt jegliche sachliche Grundlage.

Im Übrigen erinnere ich Sie daran, dass es Ihr Parlament war, das beim Budget 2005 den Antrag des Stadtrates, die Personalkosten um 1% zu senken, abgelehnt hatte. Über die ganze Legislatur gesehen würde das einer Verbesserung der Finanzlage von an die Fr. 4 Mio. ausmachen.

Zu den Personalkosten empfahl uns der GPK-Präsident, wir sollten frühzeitig mit dem Kanton Kontakt aufnehmen. Das haben wir mehrmals getan und immer die gleiche Antwort erhalten: "Wir sind noch nicht soweit", bis es dann in der Zeitung stand. Versucht haben wir es.

Zu den Schulden:

Obwohl Walter Hotz in der GPK ist, hat er wohl doch etwas nicht mitbekommen. Alles ist detailliert ausgewiesen. In den letzten drei Jahren haben die positiven Jahresabschlüsse ermöglicht, die ungedeckte Schuld von Fr. 65,7 auf Fr. 47,1 Mio. um insgesamt Fr. 18,6 Mio. zu senken. Die Behauptung, bei der ungedeckten Schuld sei nichts passiert, entbehrt jeder Grundlage - ausser man weiss nicht, wovon man spricht.

Zu den Abschreibungen, beziehungsweise Abschreibungsbedarf:

Gemäss Gemeindegesetz muss die Stadt, wie jede andere Gemeinde im Kanton auch, 10% der Investitionen linear abschreiben. Im Jahre 2000 betrug der Abschreibungsbedarf Fr. 90,5 Mio., Ende 2007 war dieser Betrag auf Fr. 67,1 Mio. gesunken. Auch hier haben wir mehr geschafft.

Die Wahlen des GrSR am nächsten Wochenende sowie die Reduktion der Sitze des Parlaments auf 35, beziehungsweise 36 Sitze werden heute die Eine oder den Anderen dazu veranlassen, trotz eisiger Temperaturen noch etwas „zum Fenster hinaus“ zu reden. Das Parlament ist ja auch zum Reden da.

Die Finanzlage der Stadt ist nicht rosig, vor allem nicht im Lichte der ständig steigenden Anforderungen. Das Eigenkapital ist immer noch nur halb so hoch wie es sein sollte. Aber der Haushalt der Stadt ist den letzten 12 Jahren nicht aus dem Gleichgewicht geraten, vor allem, aber nicht nur, weil die Wirtschaft in den letzten paar Jahren relativ gut lief. In den Jahren von 1997 bis 2000 mussten allerdings die Auswirkungen der Rezession von anfangs der 90er-Jahre zuerst aufgefangen werden.

Es freut den Stadtrat ungemein, dass uns die Junge FDP – so die Medienmeldung stimmte – bescheinigt, „kei Pfiife“ zu sein.

Den Haushalt im Gleichgewicht halten, das ist nicht nur gesetzlicher Auftrag; ein Auftrag, der an sich völlig unspektakulär daher kommt. Das Gleichgewicht ist aber eine sehr instabile Angelegenheit. Geht es verloren – die internationalen Finanzmärkte lassen grüssen – so sind sehr grosse Anstrengungen nötig, um es wieder zu erlangen.

Der Stadtrat hofft, es werde gelingen, das Haushaltsgleichgewicht, trotz allerhand Gelüsten nach nochmaliger Reduktion des Steuerfusses, auch in der nächsten Legislaturperiode zu halten. Durch die Teilrevision des Steuergesetzes mit der Entlastung des Mittelstandes und der Reduktion der Vermögenssteuer werden der Stadt rund Fr. 4,2 Mio. fehlen, welche durch Neuansiedlungen erst wieder aufgefangen werden müssen.

Im Namen des Stadtrates stelle ich Ihnen den Antrag, auf das Budget 2009 einzutreten. Den meisten Anträgen der GPK kann der Stadtrat ebenfalls zustimmen, insbesondere der Lohnsummenentwicklung von 3.5% und dem einmaligen Teuerungsausgleich für die Pensionierten von 1%; dort, wo dies nicht der Fall ist, wird sich der Stadtrat zu Wort melden. In der Detailberatung wird der Stadtrat sein Bestes tun, um die aufgeworfenen Fragen – die uns zum Teil allerdings erst gestern und heute Vormittag gestellt worden sind – zu beantworten. “

Roland Schöttle (parteilos)**Votum**

”Frau Finanzreferentin, ich träume von einer autonomen städtischen Politik und nicht von einer, die sich hinter den Ereignissen im Kanton versteckt. Kommunikation kann man suchen, aber nicht finden. Kommunikation muss gelingen, wenn sie Erfolg haben soll. Ich hoffe, dass es dem neuen Stadtrat in Zukunft besser gelingt mit dem Kanton zu kommunizieren und bin überzeugt, dass noch viel Erfolgspotenzial möglich ist.

Es ist viel von Steuerfussenkungen gesprochen worden, dafür und dagegen. Ich bin

ganz klar für eine Steuerfusssenkung, eingesparte Steuerfranken als Folge einer Steurfussreduktion sind Mittel, die in den Konsum fliessen können, auch von Seiten der städtischen Beamten. Alle können profitieren.

Es ist falsch, die Steuern hoch zu halten, in der Meinung, dass mit diesem Geld investiert werden kann. Investitionen können heute - wie selten bisher - günstig bei den Geldgebern, sprich Banken, erhalten werden, und lösen dort Geldflüsse aus, nach denen man sich im Moment sehnt.

Eine Steuersenkung ist tatsächlich ein Mittel, um die Wirtschaft anzukurbeln. Schuldzinsen sind auch Investitionswerkzeuge und Teile einer Investition. Klug und erfolgreich zu investieren ist eine wohl ausgewogene Mischung zwischen Einsatz von Eigen- und wohlüberlegten Fremdmitteln. In diesem Sinn werde ich jedem Antrag auf Steuersenkung zustimmen. “

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt wurde. **EINTRETEN** ist somit beschlossen.

An dieser Stelle wird die Ratssitzung für eine einstündige Pause unterbrochen.

DETAILBERATUNG LAUFENDE RECHNUNG

Die **1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, III. Laufende Rechnung, Seite 13 bis 100.

Wortmeldungen zur Laufenden Rechnung:

Martin Roost (parteilos):

Seite 15, 0200 301.000 Besoldungen

Seite 18, 0205 301.000 Besoldungen

“Wie Sie dem Voranschlag 2009 entnehmen, wurden die Bereiche Finanzen und Personal im letzten Jahr getrennt und neu organisiert. Rechnet man die Gesamtkosten der beiden neuen Bereiche Finanzen und Personal zusammen, ergeben sich Mehrkosten zum letzten Budget von rund Fr. 500'000.--. In den Kommentaren zum Budget 2009 finde ich aber überhaupt keine brauchbare Information zu diesen Mehrausgaben. Also suchte ich im Budget 2008 nach einem Kommentar, Zitat: *Einsparungen infolge Neuorganisation konnten 2006 realisiert werden. Infolge Übernahme neuer Aufgaben (beispielsweise Einführung einer Kostenleistungsrechnung) musste die Stelle eines Betriebsbuchhalters geschaffen werden. 2008 soll im Personaldienst eine Praktikantin oder ein Praktikant beschäftigt werden.* Aber auch hier finde ich keine brauchbaren Hinweise. Mit einer zusätzlichen Lohnsumme von Fr. 320'000.-- beschäftigt man mindestens 4 gut qualifizierte Mitarbeiter. Liebe Frau Stadträtin, mich verwundert es schon, dass für diesen Mehraufwand uns die nötigen Grundinformationen vorenthalten werden. Verstehen Sie meine Verwunderung? Könnten Sie mir zu dieser massiven Lohnzunahme eine einigermaßen verständliche Erklärung abgeben?”

SR Veronika Heller:

“Es ist richtig, dass wir zu Beginn des Jahres 2008 den Personal- und den Finanzdienst getrennt haben, und zwar aus verschiedenen Gründen: Vor einigen Monaten entschloss sich dieser Rat WoV abzulehnen, was uns über eine längere Zeit beschäftigt hat. Viele Instrumente müssen neu eingerichtet werden, was bereits

zu einer relativ hohen Personalbelastung geführt hat, aber auch in Zukunft noch führen wird. Die Umsetzung der Einführung des neuen Personalgesetzes mit seinen Reglementen und Verordnungen ist deshalb in Verzug geraten.

Gleichzeitig und gemeinsam mit dem Kanton wurde ein neues Projekt zur Einführung der neuen Lohnapplikation gestartet, welche auf bestem Weg ist und in Kürze abgeschlossen sein wird. Weitere Details erfahren Sie vom Kanton, sobald die betroffenen Firmen, die sich beworben haben, informiert sind und eine entsprechende Veröffentlichung möglich ist. Der Kanton wird im nächsten Jahr einen externen Projektleiter einstellen, der Personaldienst der Stadt besetzt die Projektleitung intern.

Die GPK ist über die Personalkostenentwicklung in den nächsten 5 Jahren (das heisst 2008 bis 2011) informiert; zurzeit stehen wir bei 8,9 Stellenprozente für das laufende Jahr, nächstes Jahr werden es 9,9 sein (Grund für die Budgeterhöhung) und in den Jahre 2010 und 2011 findet eine erneute Reduktion auf 8,3 Stellenprozente statt. Mit dem neuen Personalgesetz wurden ebenfalls zusätzliche Personaldienstleistungen entwickelt; die fachliche Weiterbildung gewährleistet ein gutes Angebot für alle Abteilungen.

Im Kanton wird diese Aufgabe in aller Regel von den Dienststellen übernommen. Ich nenne Ihnen dazu folgendes Beispiel: Verfassen von Arbeitszeugnissen. Dieser Bereich hat sich verändert und weiter entwickelt; Sie wissen vielleicht, dass man sehr viel "zwischen den Zeilen lesen müssen kann". Wir sind als Arbeitgeber dazu verpflichtet, dass die Mitarbeitenden der Stadt auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben; wie vorher bereits ausgeführt, haben rund 20% der Jugendlichen und jungen Erwachsenen bis 25 Jahre keine Stelle. Ungefähr 1,8 Stellen werden in den nächsten 2 Jahren intern besetzt, der Kanton budgetiert für das Jahr 2009 einen externen Projektleiter mit einem Betrag von Fr. 200'000.--, was gestern im Kantonsrat genehmigt wurde. Mehrpensen und -kosten entstehen ebenfalls aufgrund der Einführung der Kosten-/Leistungsrechnung, der Koordination mit der Informatik und in den Bereichen Personal und Finanzen mit den Zeit- und Leistungserfassungssystemen. Es zeigt sich auch hier deutlich, dass in jeder Verwaltungsführung entsprechend unvermeidbare Schnittstellen entstehen; ein Grund mehr, warum die Kosten vorübergehend höher sind als ursprünglich vorgesehen. "

Bernhard Egli (OeBS):

"Es handelt sich hier um eine "grosse Kiste" mit einer halben Million, und ich rege an, dass die GPK über den Kostenverlauf regelmässig informiert wird. Um zu verhindern, dass das Parlament erst bei Vorliegen eines Endberichtes involviert wird, sollten die GPK-Vertreter möglichst laufend über jeden Projektschritt informiert werden und ihren Informationsstand den Fraktionen weitergeben. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

"Bernhard Egli hat bereits erwähnt, dass es sich hier um eine wirklich "grosse Kiste" handelt, die nicht zuletzt mit der Einführung und Umsetzung des neuen Personalrechts im Zusammenhang steht; es entstehen Schnittstellen, die sorgfältig analysiert werden müssen. Es ist meines Erachtens zu überprüfen, ob nicht nur eine regelmässige Information durch die GPK-Mitglieder in den Fraktionen stattfinden soll, sondern sogar eine Zusammenlegung der Personalabteilungen von Kanton und Stadt, zumal viele Projekte gemeinsam mit dem Kanton laufen. Der Stadtrat könnte einen solchen Vorschlag ausarbeiten und damit Kosten optimieren. Der neue

Finanzreferent runzelt bereits die Stirn, ich habe lediglich eine Überprüfung angeregt; es geht nicht darum, die Qualität der Arbeit in Zweifel zu ziehen, sondern um das Optimierungspotenzial, zumal der zur Sprache stehende Betrag nicht als "quantité négligiable" zu bezeichnen ist. Ich bitte Sie, sich diesen Vorschlag zu notieren und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. "

Christoph Lenz (AL):

Seite 23, 0280 309.001 Personalentwicklung

"Die GPK hat diese Position um Fr. 50'000.-- reduziert. Ich möchte Ihnen beliebt machen, auf den Betrag von Fr. 208'000.-- zurückzukommen, der in der GPK von einer hauchdünnen Mehrheit umgestossen und um Fr. 50'000.-- reduziert wurde. Ich gebe zu, dass auch ich über die Personalkostenzunahme von 25% verwundert war, habe aber danach mit Wohlwollen zur Kenntnis genommen, dass die Stadt offensichtlich in die Personalentwicklung ihrer Mitarbeitenden investieren will. Ich finde, es ist ein Gebot der Stunde und der Zeit, das Personal weiterzubilden, selbst wenn dies nicht in direktem Zusammenhang mit dem bei der Stadt auszuübenden Job steht. Darüber entstand in der GPK eine rege Diskussion. In den vergangenen Jahren wurden einige Weiterbildungsprojekte durch Interreg-Programme teilweise subventioniert, welche aber im kommenden Jahr auslaufen, sodass die Stadt selbst für die Personalentwicklung sorgen muss. Damit werden die Fr. 56'000.-- im Budget 2009 begründet.

Grundsätzlich werden für Weiterbildungen mit den Mitarbeitenden verbindliche Verpflichtungen vereinbart; es kommt auch vor, dass der Arbeitnehmer für seinen zukünftigen Job und dessen Anforderungsprofil erst noch "fit" gemacht werden muss. Wer der Weiterbildungsvereinbarung nicht nachkommt und diese innert 24 Monaten bricht, wird zu einer entsprechenden Kostenrückerstattung verpflichtet. Wenn die Stadt schon Fr. 21 Mio. in die Verbesserung der städtischen Infrastruktur investiert, ist der zusätzliche Betrag von Fr. 50'000.-- in die Weiterbildung des städtischen Personals durchaus angebracht. Im Vergleich mit privatwirtschaftlichen Dienstleistungen ist der Anteil der Weiterbildungskosten an den Gesamtpersonalkosten immer noch verschwindend gering und geradezu lächerlich. Ich stelle den Antrag, auf den Betrag von Fr. 208'000.-- gemäss stadträtlichem Vorschlag zurückzukommen. "

Alfred Zollinger (SVP), GPK-Präsident:

"Ich möchte beliebt machen beim Antrag der GPK zu bleiben. Die Mittel für die Personalentwicklung sollen gezielt eingesetzt werden, es soll also auch eine *gezielte Förderung* betrieben werden. Die Stadt bietet wie der Kanton Englischkurse an. Ich vertrete die Meinung, dass Englischkenntnisse für Mitarbeitende der Stadt nicht nötig sind. Wenn bestimmte Kenntnisse im Zusammenhang mit der Ausübung eines Jobs benötigt werden, spricht absolut nichts gegen eine Weiterbildung. Wir haben kein Geld für "nice-to-have". Wenn mit einer Umfrage unter den Mitarbeitenden nach Weiterbildungskursen unter dem Motto "Was hätten Sie gerne" gefragt wird, dann ist dies für mich keine Weiterbildung. Ich bin für *gezielte Weiterbildung*, aber das vorgeschlagene Gieskannensystem ist sicher nicht der richtige Weg. Bitte bleiben Sie beim GPK-Antrag, der immerhin Fr. 6'000.-- höher wie 2008 ist. Mit den gesprochenen Mitteln sollen in 2009 Erfahrungen gesammelt und in einem Jahr darüber informiert werden, und dann sehen wir weiter. "

Abstimmung:

Der von Christoph Lenz (AL) gestellte Antrag wird mit 26 : 23 Stimmen abgelehnt.

Kurt Zubler (SP):

Seite 23, 0280 366.209 Job Ticket

"Heute Abend wurden bereits mehrfach die Stichwörter Vergünstigung und Begünstigung und keine Bevorzugung des städtischen Personals gegenüber dem Kanton erwähnt. Dies ist eine falsche Argumentation, weil die Einführung des Job Tickets auf ganz anderen Überlegungen basiert. Als wichtigste Grundgedanken stehen einige zentrale Herausforderungen der Zukunft, denen wir uns auch als kleines städtisches Parlament zu stellen haben. Sie kennen diese alle, sie heissen:

- Klimawandel bremsen
- Verknappung der nicht erneuerbaren Energieträger: Der Peakoil wird kommen, ob dieser Zeitraum in 10, 20 oder 40 Jahren erreicht sein wird, ist bezogen auf die Zeit vor und hoffentlich auch nach uns die Frage eines Augenzwinkerns.
- Verschleuderung des sehr limitierten Erdöls, das unzähligen Produkten aller Lebensbereiche als unverzichtbarer Rohstoff zugrunde liegt, so zum Beispiel in der Medizin und in der Hightechproduktion, aber auch im Bauwesen, in der Landwirtschaft und vielen Alltagsgütern. Damit von diesem wertvollen, aber sehr limitierten Rohstoff noch lange Generationen zehren können, müssen wir auf vielen Ebenen handeln.

Um diese langfristigen Ziele zu erreichen, braucht es ein radikal verändertes Mobilitätsverhalten. Ein anderes Mobilitätsverhalten ist aber auch nötig, um den zunehmenden Platzbedarf einzudämmen. Gerade in der Altstadt und im altstadtnahen Umfeld ist der Raum ein knappes Gut. Es liegt daher auch im Interesse des Gewerbes, das beschränkte Parkplatzangebot - wenn immer möglich - nicht mit dauerparkierten Autos von Arbeitnehmenden zu belegen.

Interessanterweise funktioniert das Job Ticket nicht auf der doch so verpönten Verordnung von Verboten, Einschränkungen oder Gebühren, sondern als klassisches Anreizinstrument, das zum gewünschten Verhalten verlocken soll. Damit ist das Job Ticket auch im Grundgedanken, in der Idee eine Massnahme, die uns über die Parteigrenzen oder eben Ideologien hinaus Freude bereiten sollte.

Mit dem Job Ticket soll also - ganz im Sinne des lokalen Handelns - ein Verhalten gefördert werden, das im Interesse der Umwelt und der Zukunft unseres Planeten liegt, gleichzeitig aber auch den konkreten Nutzen einer Verkehrsentlastung und einer attraktiven Altstadt mit sich bringt.

Zudem werden mit der Einführung des Job Tickets positive Nebeneffekte erreicht:

- Die Verkehrsbetriebe erhalten willkommenen Schub, bei ihren Plänen entsprechende Angebote auch bei Privatunternehmen einzuführen, mit positivem Effekt für die Umwelt und die Stadtkasse.
- Bei erfolgreicher Einführung des Job Tickets fliessen zusätzliche Einnahmen an die Verkehrsbetriebe und damit in die Stadtkasse.

Daraus folgt, dass bei einer Gesamtbetrachtung auch bezüglich der Kosten nicht einseitig vom hier zu besprechenden Budgetposten auszugehen ist. Das Job Ticket beinhaltet nämlich konkret, dass die Mitarbeitenden einen Gutschein von Fr. 200.-- erhalten, wenn sie ein Jahresabonnement des öffentlichen Verkehrs erstehen.

Wenn wir nun davon ausgehen, dass ein grosser Teil der Gutscheine zugunsten des Abonnements der städtischen Verkehrsbetriebe eingelöst werden, so geht ein

grosser Teil der Fr. 180'000.-- von der Stadtkasse in die Stadtkasse. Selbstverständlich werden damit bei bisherigen Abonnentinnen und Abonnenten die entsprechenden Fr. 200.-- wegfallen, weil aber gleichzeitig ein Umsteigeeffekt zu erwarten ist, werden über die neuen Jahresabonnemente (im VBSH-Netz derzeit Fr.540.--) zusätzliche Einnahmen generiert. Nimmt man somit alles in allem, so liegt der Nettaufwand sicher tiefer als die budgetierten Fr. 180'000.--.

Da diesem Betrag andererseits ein hoher gesamtgesellschaftlicher Nutzen gegenübersteht, bitte ich Sie, den Betrag wieder ins Budget aufzunehmen. Wir zeigen damit, dass wir uns nicht nur den Fragen der Zeit, sondern auch jenen der Zukunft verantwortungsvoll annehmen. “

Bernhard Egli (OeBS):

”Ich kann meinen Vorredner voll, aber nicht ganz unterstützen. Auch uns tut es weh, dass die GPK das Job Ticket wieder gestrichen hat, weil die Idee sehr gut ist. Auf der anderen Seite ist uns die Gleichbehandlung des kantonalen und des städtischen Personals ein Anliegen, weshalb wir schweren Herzens auf das Job Ticket verzichtet haben. Wir schlagen Ihnen eine andere gute Idee vor. Statt jene, die nicht mit dem Auto kommen, zu belohnen, könnte man sie bestrafen, indem die Stadt die Parkplatzgebühren erhöht. Die Stadtregierung könnte die Initiative ergreifen, damit beim Kanton zur Gewährleistung der Gleichbehandlung der Mitarbeitenden die Gebühren ebenfalls erhöht werden, was sogar einen positiven Effekt in der kantonalen Kasse auslösen würde. Diese Erhöhung liegt in der Kompetenz des Stadtrates und tut der Umwelt etwa gleich gut. “

Werner Schöni (SVP):

”Ich schliesse mich dem Votum von Bernhard Egli an. “

SR Veronika Heller:

”Ich stelle Ihnen im Namen des Stadtrates Antrag, das Job Ticket wieder aufzunehmen. Wir haben vielleicht einen Fehler gemacht und die Vorlage zum Voraus schon soweit vorbereitet, dass nach erfolgter Budgetdebatte auch die klare Genehmigung des Finanzrahmens durch das Parlament für die abschliessende Fertigstellung hätte eingesetzt werden können. Kurt Zubler hat den Hintergrund des Job Tickets bereits detailliert kommentiert, es ist aber auf kantonaler Ebene der Massnahmenplan betreffend Lufthygiene zu erfüllen, und wir haben die Grundlagen für die kantonale und städtische Energiepolitik, das Agglomerationsprogramm “Schaffhausen plus” und das städtische Gesamtverkehrskonzept, das Grundlage für einen Teil Siedlung und Verkehr des Agglomerationsprogramms des Bundes ist, und dort wiederum ist das Projekt Car sharing eingebettet, das wir verwaltungsintern umsetzen können und dem Job Ticket im Budget entspricht.

Wir möchten, dass der Arbeitsweg möglichst energiesparend und umweltschonend zurückgelegt wird, die Rabattierung auf die für den Arbeitsweg nötigen Fahrausweise beschränken und alle Mitarbeitenden der Stadt Schaffhausen und der Städtischen Werke - ausgenommen VBSH - mit einer Mindestarbeitszeit von 50% in den Genuss dieses Job Tickets kommen lassen. Der Kanton will das Gleiche, einfach erst ein Jahr später. Irgendeinen Spielraum sollten Sie dem Stadtrat noch zugestehen. Seit 30 Jahren diskutieren wir staatspolitisch auf falschen Ebenen. Es wäre vielleicht gut, wenn die kommunale und kantonale Ebene grundsätzlich auf der dafür *vorgesehenen* Ebene betrachtet würde, Änderungen können nur mit einer Verfassungsänderung stattfinden. Einstweilen ist dies nicht der Fall - und somit bleiben zwei getrennte Ebenen bestehen.

Der Kanton hat das Personalleitbild, welches im Personalgesetz vorgeschrieben ist, zuerst entwickelt. Weil er sein Gesetz ein Jahr früher wie von der zeitlichen Staffelung vorgesehen in Kraft gesetzt hat, fand dies in Abstimmung mit der Stadt statt, die bekanntlich ein Jahr später ebenfalls gleichzog. Hier beim Job Ticket ist es nun die Stadt, die zuerst die Initiative ergreift. Nächstes Jahr kommen auch die Lehrerinnen und Lehrer in Genuss des Job Tickets.

Vor dem Hintergrund Ihrer immer wieder geäußerten Kritik bezüglich Höhe der Personalkosten macht es hier nicht zuletzt auch Sinn, wenn eine Verwaltung von der anderen profitieren kann, anstatt ellenlange schwierige Koordinationssitzungen abzuhalten. Ich kann Ihnen versichern, dass solche Sitzungen manchmal durchaus sehr gute Resultate erzielen, aber unheimlich zeitaufwändig sind.

Wir gehen davon aus, dass rund Zweidrittel der städtischen Mitarbeitenden vom Job Ticket Gebrauch machen werden, was einem Aufwand von rund Fr. 150'000.-- entspricht. Auf diese Incentives legt der Stadtrat besonderen Wert - und ich hoffe auf Unterstützung seitens des Stadtpräsidenten - weil sie zu einer verbesserten Personalbindung und folglich zu geringeren Rekrutierungskosten - ich habe die GPK über die massiv verteuerten Inseratekosten aufgeklärt - sowie zur Förderung von Motivation und Leistungsbereitschaft beitragen.

Ich erkenne allerdings auch das Problem für Sie - denn wenn Sie schon die Lohnsummenentwicklung erhöhen, müssen doch auch Einsparungen gemacht werden können. Für mich gibt es auch andere wichtige Aspekte als nur die Besoldung. Fr. 30'000.-- sind zur Förderung des Langsamverkehrs eingesetzt. Wir gehen davon aus, dass Fussgänger oder Velofahrer kein Abonnement kaufen müssen, aber trotzdem in den Genuss des Job Tickets kommen können.

Ich bitte Sie, diesen Betrag ins Budget aufzunehmen, ansonsten verschiebt sich das Thema einfach um ein Jahr, und wir müssen mit dem Kanton schwierige Koordinationsverhandlungen führen, die dann aber bereits ohne mich stattfinden. "

Christoph Lenz (AL):

"Ich appelliere an die OeBS, die sich den "öV" auf das Banner geschrieben hat, sie möge auf den Vorschlag des Stadtrates zurückkommen und dem klugen Ansinnen des Stadtrates als ökologisch bewegte Partei zustimmen. "

Alfred Zollinger (SVP), GPK-Präsident:

"Stimmen Sie bitte dem Antrag der GPK zu. Bernhard Egli hat bereits die Gründe aufgeführt. Ich bin froh über die Aussage der Finanzreferentin, der Kanton ziehe nächstes Jahr nach. Oft wird die schwierige Koordination mit dem Kanton ins Feld geführt. Aber ich sage Ihnen, meine Damen und Herren hier vorne, wie man in den Wald hineinruft, so tönt es zurück. Vielleicht muss man die Koordination bei sich selbst suchen und die Schwierigkeiten nicht immer auf die anderen schieben.

Ich möchte festhalten, dass wir in der Position 0280 auch Beiträge für REKA-Schecks haben, die wir bewusst nicht verändert haben. Wenn ich den Betrag von Fr.180'000.-- umrechne, sind dies Fr. 900'000.-- nominal REKA-Schecks für die Mitarbeitenden (wie beim Kanton auch). Auch damit kann man ein Umweltabonnement kaufen. Bei einem mit dem Kanton koordinierten Vorgehen öffnen auch wir die Türe. "

Rainer Schmidig (EVP):

"Dass die Mitarbeitenden den richtigen Lohn erhalten, hat für mich erste Priorität. Dort sollten wir darauf achten, dass die Teuerung möglichst ausgeglichen wird. Alles, was zusätzlich ist, ist wirklich etwas, das „oben drauf“ gegeben werden kann.

Wir haben versucht, die Arbeit beim Kanton und bei der Stadt attraktiver zu gestalten; es entstanden viele neue Ideen, wie beispielsweise neue Bürostühle oder REKA-Schecks. Wenn jetzt neue Ideen wie das Job Ticket entstehen, für das ich sehr viel Sympathie habe, müssten andere alte Angebote überdacht und abgeschafft werden. Die REKA-Schecks können für den verbilligten Kauf von Benzin benutzt werden, was wahrscheinlich nicht der Sinn ist, den wir verfolgen wollen. Zusammen mit dem Kanton bin ich sofort bereit für das Job Ticket zu stimmen. "

Christoph Schlatter (SP):

"Eine Frage, die wir heute Abend nicht beantworten werden: Wofür steht das "ö" in der OeBS? Wenn die Ökologie im Zentrum steht, kann man nicht gegen das Job Ticket stimmen. Ich verstehe mich als gewählter Vertreter der Stadt Schaffhausen, welche eine autonome Gemeinde mit einem autonomen Parlament ist. Ich habe kein Verständnis, dass wir uns geradezu sklavisch nach dem Kanton ausrichten. Dann würde ich vorschlagen, dass Sie die Fusion mit dem Kanton beantragen und somit werden solche Debatten in Zukunft hinfällig.

Ich plädiere dafür, dass wir als autonome Gemeinde fortschrittlich denken und etwas wagen, was uns vom Kanton unterscheidet, und das ist unter anderem die Einführung des Job Tickets. Über die ökonomischen Gründe habe ich mich bereits ausgelassen, ich würde es als Armutszeugnis bezeichnen, wenn wir als autonome Gemeinde nicht einmal selbständig über ein Job Ticket entscheiden können. "

Peter Neukomm (SP):

"Ich spreche zu gewissen Personenkreisen, welche von Ungleichbehandlung des Personals sprechen. Es geht nicht um die Frage der Gleichbehandlung, sondern darum, ob es ein ökologisch sinnvolles Anreizsystem ist, um die Mitarbeitenden zu einem ökologischen Verhalten zu motivieren. Kommen wir zur Überzeugung, dass dem so ist, gibt es keinen Grund, das Job Ticket ein Jahr zu verschieben; entweder akzeptieren wir das Job Ticket als sinnvolles Anreizsystem, und dann stimmen wir auch ein Jahr vor der Einführung beim Kanton zu, weil es sinnvoll ist, oder wir entscheiden uns dagegen. Die Argumentation, der Kanton komme erst in einem Jahr, ist vor dem Hintergrund des gesamten Ökologiebereichs absurd. Überlegen Sie es sich bitte nochmals genau. "

SR Peter Kämpfer:

"Ich möchte Ihnen einige zusätzliche Hintergrundinformationen geben: Das Konzept wurde mit dem Kanton gemeinsam erarbeitet, es gibt aber verschiedene Punkte, wo wir mit dem Kanton nicht zeitgleich sind.

Das Job Ticket ist eine Einzelmassnahme aus dem Mobilitätskonzept, damit sich unsere Mitarbeitenden sowohl von der Stadt wie auch vom Kanton möglichst ökologisch verhalten und für ihren Weg zur Arbeit - aber auch für Wege während der Arbeit innerhalb der Stadt oder des Kantons - prioritär den öffentlichen Verkehr benutzen. Die Aufwände für das Job Ticket sollten durch verminderte Spesenausgaben kompensiert werden. Für Mitarbeitende, die ein Flex Tax haben, müssen wir keine anderen Fahrkarten bezahlen. Dies ist ein wichtiger Bestandteil des Konzeptes. Die Einführung findet nicht zeitgleich mit dem Kanton statt, inhaltlich

stimmen wir jedoch überein und sind deckungsgleich. Der Regierungsrat hat das Konzept bereits bewilligt.

Bezüglich Parkgebühren ist der Kanton uns ein Jahr voraus - hauptsächlich wegen der Lehrpersonen, die kantonale Angestellte sind - die Gebühren sind dort höher wie bei uns. In einem Jahr wird auch die Stadt sich auf das Kantonsniveau anpassen. Ich kann Sie also beruhigen, die Konzepte und Massnahmen sind bei Kanton und Stadt identisch. Es wäre daher sinnvoll, das Job Ticket in der Stadt durchzuziehen und bitte Sie um Ihr Einverständnis für das neue Mobilitätskonzept, das wir umsetzen müssen. Dazu gehört nicht nur der Kreditbeitrag, sondern auch eine Schulung und Information unseres Personals. “

Stadtpräsident Marcel Wenger:

”Inhaltlich stimme ich den Äusserungen derjenigen zu, die das Job Ticket als sinnvollen Ansatz bezeichnen. In der Position Gesamtlohnentwicklung haben wir einen Sprung von Fr. 1,4 Mio. auf 1,95 Mio. gemacht und eine sinnvolle Lösung 2008 kann auch eine solche für das Jahr 2009, beziehungsweise 2010 sein. Wir müssen mit der Porzellankiste vorsichtig umgehen und uns gut überlegen, wenn wir die Kürzungsvorschläge der GPK auf einem ganz anderen finanziellen “Korsett”, nämlich Fr. 500'000.- Mehraufwand bei den allgemeinen Personalkosten, in Betracht ziehen. Ich wäre der Erste, der das Job Ticket aus den gleichen Gründen, wie von SR Veronika Heller und SR Peter Käppler aufgeführt, annehmen möchte. Aber halten Sie sich vor Augen, was dies finanziell heisst. Mir ist der freie Entscheid des Menschen, der im Jahr 2009 freiwillig mit dem öV umweltschonend zur Arbeit geht, viel wert. “

Bernhard Egli (OeBS):

”Offenbar muss ich jetzt erklären, was das “ö” bei OeBS heisst; aber das mache ich nicht, weil ich als Parlamentarier meinem Gewissen und meiner Wählerschaft verantwortlich bin, und ich behaupte frech, hier nicht erklären zu müssen, wieso und welche ökologische Politik ich betreibe.

Wenn Sie zugehört haben, wissen Sie jetzt, weshalb wir schweren Herzens auf das Job Ticket verzichten, weil wir die Aufstockung von 2.5% auf 3.5% nicht gefährden wollen, da sie uns wichtig ist. Ich habe für die Ökologie ein Angebot gemacht und weiss nicht, warum SR Veronika Heller dazu nichts gesagt hat. Statt eines Job Tickets könnten wir die Parkplätze verteuern, und es tönt wie ein Witz, was hier passiert. Wir sind ein Jahr voraus mit dem Job Ticket und der Kanton ein Jahr hinterher mit den höheren Parkgebühren. Vom Stadthaus zum Rathaus geht der Stadtrat Richtung Osten und nach einer Weltumrundung gelangt er dann zum Regierungsgebäude. Wieso kann keine Koordination stattfinden, wenn man 100 Meter auseinander wohnt? Ich habe ein Angebot gemacht und der SR kann in eigener Kompetenz die Parkgebühren erhöhen. Überdies liegt eine Vorlage seit fast einem halben Jahr parat, Sie haben es kurz angetönt. Bitte machen Sie doch nicht “das Kalb” mit uns. “

Werner Schöni (SVP):

”Während der letzten paar Minuten habe ich den Glauben an dieses Parlament wieder gewonnen. Ich möchte wissen, was Sie gesagt hätten, wenn wir uns massiv für die ursprünglich vorgeschlagenen 2.5% eingesetzt hätten. Wir haben uns mit der Einführung des Personalreglements für eine Gleichbehandlung eingesetzt, und dafür stehen wir auf der ganzen Linie ein. Das Vorgehen gemäss Darstellung von Rainer Schmidig, würde sicher auch von unserer Fraktion mitgetragen.

Erlauben Sie mir einen Erklärungsversuch für "ö" wie ökologisch: Ich war vor kurzem in den Ferien und bin sehr froh, wieder zurück in Schaffhausen zu sein und weiss inzwischen genau, was ökologisch heisst; ich brauchte mindestens 3 Tage, um mich zu regenerieren. Aus dieser Sicht möchte ich abschliessend bemerken, dass es hier nicht so schlecht ist wie immer dargestellt wird. Lassen Sie uns die Gleichbehandlung wie vorgeschlagen belassen, überprüfen wir die von Rainer Schmidig und Bernhard Egli gemachten Vorschläge und sorgen für eine gleichzeitige Umsetzung in Stadt und Kanton. Das muss möglich sein. "

Lotti Winzeler (OeBS):

"Bernhard Egli sagte, er wolle das "ö" nicht kommentieren - ich möchte dazu nur soviel sagen, unter "ö" verstehe ich "öppis" Selbstverständliches, und ich denke, dass es selbstverständlich für uns ist, den öffentlichen Verkehr zu unterstützen. Auch wenn wir dem heute gestellten Antrag nicht zustimmen, heisst das nicht, dass wir nicht ökologisch denken. "

Urs Tanner (SP):

"Sie müssen keine Angst haben, dass ich Ihnen das "S" von SP erklären will. Ich verstehe es zwar auch nicht immer. Ich bitte den bis 31.12.08 gewählten Stadtrat in dieser Frage geeint und kollegial aufzutreten. "

Abstimmung:

Der von Kurt Zubler (SP) gestellte Antrag wird mit 31 : 17 Stimmen abgelehnt.

Christoph Lenz (AL):

Seite 23, 0280 366.201 Umweltbonus

"Nachdem Sie das Job Ticket gestrichen haben, bitte ich Sie nun, auf Seite 23 die Position 366.201 Umweltbonus an Mitarbeitende zu studieren. Sie werden feststellen, dass das Job Ticket die Fortsetzung dieses Umweltbonus ist, respektive hätte es diesen ersetzen sollen. Da die Gleichbehandlung inzwischen zum Modewort erhoben wurde, möchte ich Ihnen gerne diese Gleichbehandlung des Personals 2009 mit dem Personal 2008 beliebt machen und stelle Antrag auf Wiederaufnahme von Fr. 20'000.-- Umweltbonus ins Budget. "

Alfred Zollinger (SVP), GPK-Präsident:

"Wenn das Personal 2008 mit dem Personal 2009 gleichgestellt werden soll wie soeben von Christoph Lenz gefordert, müssen wir aber auch die Lohnsummenentwicklung von 3.5% rückgängig machen. Es geht nicht nur um den läppischen Betrag von Fr. 20'000.--, sondern um das Prinzip. Die GPK hat mit 4 : 3 Stimmen diesen Antrag abgelehnt, und ich bitte darum, dies zu belassen und den Antrag Lenz abzulehnen. "

Abstimmung:

Der von Christoph Lenz (AL) gestellte Antrag wird mit 25 : 20 Stimmen abgelehnt.

Stefan Marti (SP):

Seite 37, 2195 317.008 Projektwochen, Projekte

"Dieser Posten von Fr. 24'300.-- setzt sich zusammen aus einem Anteil Schulhauskredit für Schulhausprojekte von Fr. 15'000.-- und zwei anderen Positionen, die für meinen Antrag keine Rolle spielen. Diese Fr. 15'000.-- für Schulhausprojekte werden pro Jahr für Projektwochen auf die städtischen Schulen

verteilt. Das ergab beispielsweise im Jahr 2007 einen Betrag von Fr. 92.59 pro Klasse oder bei einer Klasse von rund 20 Kindern einen Betrag von Fr. 4.63 pro Schüler. Jetzt machen Sie doch einmal eine Projektwoche mit Fr. 4.63 pro Schüler. Stellen Sie sich nur schon einen Ausflug nach Winterthur ins Technorama vor. An der Sekundarschule am Bach organisieren wir aus diesen Gründen nur alle 3 Jahre eine Projektwoche. Dann hat man immerhin schon Fr. 15.-- pro Schüler. Die Gesamtkosten unserer letzten Projektwoche im Juni 2008 beliefen sich aber auf gut Fr. 11'000.--. Das entspricht also gut Zweidrittel des für alle städtischen Schulen vorgesehenen Betrages. Wir waren auf Elternbeiträge von Fr. 6'000.-- oder knapp Fr. 40.-- pro Schüler angewiesen. Frau Regierungsrätin Rosmarie Widmer-Gysel hat gesagt, bei den Schulleitungen und beim Bildungsgesetz dürfe man nicht "schmürzelen". Ich bitte Sie auch bei den Schülern und den Schulen nicht zu "schmürzelen" und beantrage die Position 317.008 um Fr. 30'000.-- auf Fr. 54'300.-- zu erhöhen. "

SR Urs Hunziker:

"Projektwochen werden seit Jahren mit dem gleichen Betrag budgetiert, früher waren diese höher; aber wir haben festgestellt, dass die bereitgestellten Beträge nicht abgeholt wurden. In aller Regel nehmen die Schulen drei Beträge zusammen, das heisst dies wird als Durchschnitt pro Jahr budgetiert.

Für weitere Projekte sind Fr. 7'000.-- reserviert, die ebenfalls auf speziellen Antrag eingesetzt werden können. Weshalb die Sekundarschule am Bach keine Erhöhung des Betrages beantragt hat, ist mir schleierhaft - oder der Antrag ist nicht bis zu mir gelangt. Ich weise betreffend Besuch des Technoramas daraufhin, dass wir unter der Position 2195 317.006 eine massive Erhöhung des Budgetbetrages von Fr. 26'600.-- auf Fr. 57'000.-- vorgesehen haben, welcher für Exkursionen, wie beispielsweise Besuch des Technoramas, wenn sie im Zusammenhang mit dem Lehrplan stehen, eingesetzt werden kann. Ich beantrage Ihnen den Betrag zu belassen und in einem Jahr die Situation erneut zu überprüfen. "

Stefan Marti (SP) zieht den Antrag zurück.

Christoph Lenz (AL):

Seite 37, 2195 317.010 Kulturelle Veranstaltungen für Schüler

"Unter diesem Konto ist der "Kulturfünfliber" verbucht, der jedem Schaffhauser Schüler pro Jahr zusteht und dient zur Vergünstigung des Besuchs einer kulturellen Veranstaltung im Klassenverband (Jugendtheater, Konzert). Es ist ein sinnvoller Betrag, der für eine frühe kulturelle Bildung eingesetzt wird; wir alle wissen, wie wichtig dies heute ist. Allerdings dünkt mich ein Zustupf von fünf Franken bei den heutigen Eintrittspreisen bis Fr. 25.-- zu niedrig; ausserdem vergünstigt der Kulturfünfliber nur die erste Veranstaltung im Jahr, alle weitere müssen vollumfänglich von den nicht immer auf Rosen gebetteten Erziehungsberechtigten berappt werden. Sie entnehmen der Rechnung 2007, dass das Interesse der Lehrkräfte am Kulturfünfliber sehr gross ist und möchte Ihnen deshalb beliebt machen, diesen Fünfliber zu einer Kulturzehnernote zu verdoppeln und den im Budget eingesetzten Betrag von fr. 39'700.-- auf Fr. 79'400.-- zu erhöhen. "

SR Urs Hunziker:

"Wir haben bereits in der GPK darüber diskutiert, der Betrag ist tatsächlich antiquiert. Bevor Sie entscheiden, möchte ich darauf aufmerksam machen, dass wir den Betrag in einem anderen kulturellen Bereich erhöht haben, nämlich unter 2195 317.010 fand

eine Erhöhung um Fr. 9'000.-- gegenüber dem Vorjahr statt; dieser Betrag ist intern reserviert für museumspädagogische Veranstaltungen. Es werden aber auch weitere Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche organisiert, die aus anderen Kontis finanziert werden. Eine Verdoppelung des Kulturfünflibers auf eine Kulturzehnernote ergibt einen Betrag von Fr. 18'000.--. „

Christoph Lenz (AL) formuliert seinen Antrag wie folgt um:
Erhöhung des Betrages auf Fr. 58'000.--, anstatt Fr. 79'400.--.

Abstimmung:

Der von Christoph Lenz (AL) gestellte Antrag wird mit 26 : 18 Stimmen abgelehnt.

Erwin Sutter (EDU):

Seite 40, 3010 Museum

„Was ich anschliessend sage, richtet sich in keiner Weise gegen die Leistungen des Museums, noch gegen die Angestellten. Ich möchte einfach kommentieren, was finanziell im Museum in den letzten Jahren passiert ist.

Die Ausgaben des Museums wachsen seit 15 Jahren deutlich stärker wie die Gesamteinnahmen der Stadt. Allein seit 2007 wird ein Zuwachs bei den Ausgaben um plus 20% budgetiert - im Vergleich dazu sinken die Einnahmen der Stadt um 1%. Im Zehnjahresvergleich ist das Ausgabenwachstum sogar 63% (nicht teuerungskorrigiert) - die Einnahmen der Stadt nahmen in dieser Zeit um lediglich 22% zu. Woher kommt der neue Zuwachs im Budget 2009?

Position 301.000 Besoldungen	+ Fr. 73'000.--
Position 310.014 Löhne temporäre Mitarbeitende	+ Fr. 121'000.--

Letztere reduzieren sich dank erhöhten Beiträgen Dritter (469.000) um Fr. 60'000.--, sodass sich bei den Löhnen temporärer Mitarbeitenden aber immer noch ein Plus von Fr. 61'000.-- ergibt, die von der Stadt aufgebracht werden müssen.

Dazu kommen noch einige weitere happige Brocken wie 303.000 Sozialleistungen (Fr. 79'000.--), 315.000 Informatik (Fr. 45'000.--) und 318.650 Unterhaltsabonnement für Anlagen (Fr. 49'000.--).

Die Besucherzahlen sind auf der anderen Seite alles andere als zunehmend, auch wenn natürlich die Umbauten zu berücksichtigen sind. Trotzdem zeigt der allgemeine Trend ein stagnierendes Bild oder im Vergleich zu 2001 könnte auch von einem deutlichen Rückgang bei den Besucherzahlen gesprochen werden.

Wie sieht die Situation bei den Einnahmen aus? Ursprünglich wollte der Stadtrat nur Fr. 70'000.-- budgetieren, immerhin ist dieser Betrag von der GPK sanft auf Fr. 80'000.-- erhöht worden. Die Eintrittspreise beim Museum betragen zurzeit regulär Fr. 9.--, Schüler und Studierende, AHV/IV sowie Gruppen ab 15 Personen Fr. 5.--, Kinder und Jugendliche bis 16 Jahre haben freien Eintritt.

Bei einer Annahme von Fr. 20'000.-- zahlende Eintritte - wie aus meiner Statistik der Besucherzahlen hervorgeht, eine eher pessimistische Annahme - müssten eigentlich Eintrittsgelder zwischen Fr. 100'000.-- und Fr. 180'000.-- resultieren; insbesondere, da auch das Werbebudget um 50% erhöht wird (von Fr. 80'000.-- auf Fr. 120'000.--, Position 310.205).

Wenn ein Betrieb laufend höhere Verluste schreibt, die Einnahmen stagnieren oder sogar abnehmen, muss gehandelt werden, insbesondere, da das Museum 6 Tage in der Woche von 11 Uhr bis 17 Uhr geöffnet ist - nur am Montag ist geschlossen. Zu diesen Öffnungszeiten muss der Stadtrat sich bei den vorliegenden Zahlen schon Gedanken machen oder verschliesst er sich jeglicher marktwirtschaftlicher Logik nur um der schönen Künste willen? Meines Erachtens muss dieses beschleunigte Ausgabenwachstum gestoppt werden.

Mein Antrag lautet daher, insgesamt den Betrag von Position 3010, Nettoaufwand um Fr. 100'000.-- zu reduzieren; wo genau diese Einsparungen vorgenommen werden (bei einem Gesamtbudget von Fr. 2,824 Mio.), soll der operativen Führung überlassen sein, sei es beispielsweise bei den Personalkosten oder den Öffnungszeiten. "

SR Thomas Feurer:

"Ich sehe mich heute Abend das erste Mal mit einem solchen "Überfall" konfrontiert; wir diskutieren seit Monaten über das Gesamtbudget, und ich hatte bisher keinerlei Hinweise darauf, dass wir beim Museum Probleme haben. Mit einer Graphik - die ich leider von meinem Platz aus nicht gesehen habe - wird nun suggeriert, dass im Museum etwas nicht in Ordnung sei. Erwin Sutter hätte sehr wohl einen Termin mit mir vereinbaren können, um gemeinsam mit dem Museumsdirektor das Thema zu erörtern. Das heutige Vorgehen verwundert mich.

Das Museum gibt tatsächlich mehr aus, es ist aber auch eine Tatsache, dass das Museum im Quervergleich einer der Betriebe ist, welcher die höchsten Drittgelder generiert, und diese sind nicht nur unter den Einnahmen verbucht. Ich erinnere daran, dass wir bei der jetzigen Renovation - die das Volk mit grossem Mehr abgesegnet hat, weil es offensichtlich ein gutes Museum will - eine Kofinanzierung von Fr. 5 Mio. haben. Die Sturzenegger Stiftung hat davor rund Fr. 42 Mio. investiert; dies verlangt auch von unserer Seite ein gewisse "Augenhöhe". Wir könnten uns ein Museum von dieser Qualität niemals alleine leisten. Die Finanzen stammen nicht nur aus dem Portemonnaie des städtischen Steuerzahlers, sondern wir erhalten - neben der Sturzenegger Stiftung - auch beträchtliche Zusatzleistung weiterer Partnervereine, die sich enorm für dieses kulturelle Highlight der Stadt Schaffhausen einsetzen.

Die Besucherzahlen waren im Jahr 2001 sehr hoch, weil uns damals eine Spezialausstellung sehr hohe Besucherzahlen bescherte. Im vorletzten Jahr waren die Zahlen ebenfalls hoch. Fluktuationen sind natürlich immer wieder möglich. Für dieses Jahr kann ich Sie informieren, dass schon per Ende September die budgetierten Publikumszahlen erreicht wurden.

Es wurde von Renovationen gesprochen; das Museum ist während der nächsten Jahre permanent zu rund einem Drittel geschlossen. Wir sanieren einen Museumsbereich, der seit 1938 nicht mehr renoviert wurde. Das Geld dafür - und dies gilt vor allem für die grossen Tranchen der Sturzenegger Stiftung - wird primär im Schaffhauser Gewerbe - sofern überhaupt eine Mitbewerbung möglich ist - investiert und ist damit ein wirtschaftlich wichtiger Faktor.

Ich bitte Sie in der Gesamtschau nicht einfach die Momentaufnahme bezüglich Besucherzahlen und der Höhe der Ausgaben als Damoklesschwert über dem Museum zu betrachten. Ich werde selbstverständlich mit Erwin Sutter und den Verantwortlichen die jetzt von mir genannten Zahlen offen legen und bin der

Meinung, dass dies alles bereits in den Budgetprozess hätte einfließen können, um heute Abend die richtige Argumentation zur Hand zu haben. “

Peter Möller (SP):

”Ich schliesse mich den Ausführungen von SR Thomas Feurer vollumfänglich an. Meines Erachtens ist es im Rahmen der Budgetdebatte nicht möglich den von Erwin Sutter formulieren Antrag zu stellen, denn dieser Rat muss darüber entscheiden, welche Budgetzahlen bei den einzelnen Positionen festgelegt werden.

Ich gehe davon aus, dass Sie auch nicht bereit sind, carte blanche zu geben, um den Betrag für Wechselausstellungen von Fr. 145'000.-- auf Fr. 45'000.-- zu kürzen oder den allgemeinen Gebäudeunterhalt auf einen Drittel herunterzufahren. So geht das nicht - ausser, es würde sich beim Museum um einen WoV-Betrieb handeln, aber wir haben WoV nicht. Wollen Sie einen ähnlichen Antrag stellen, muss dieser auf prozentuale Kürzung sämtlicher Positionen lauten. Ob dies Ihrer Intention entspricht, weiss ich nicht. Der Antrag ist deshalb in der von Ihnen gestellten Form meines Erachtens nicht möglich. “

Roland Schöttle (parteilos):

”Eigentlich müsste man Erwin Sutter dankbar für den Hinweis auf einen Schwerpunkt der Ausgaben der Stadt Schaffhausen sein. Er macht gleichzeitig auch einen Hinweis auf einen Schwerpunkt bezüglich Tätigkeit der Stadt Schaffhausen. Wenn ich das Museum heute betrachte und die Angebote, die ausserhalb der normalen Veranstaltung laufen, muss ich sagen, was hier geboten wird, ist grossartig. Aber der Mahnfinger wird bestimmt erkannt und die Verantwortlichen, welche die Stiftungsgelder investieren, tragen eine grosse Verantwortung und halten sich diesen Hinweis bestimmt jetzt schon immer vor Augen.

Ich empfehle Erwin Sutter, den Antrag zurückzuziehen, da er ein völlig falsches Signal abgeben würde, vor allem bei einer Ausmehrung. Ist der Antragsteller dazu nicht bereit, empfehle ich dem Rat nicht auf diesen Antrag einzutreten. Schaffhausen ist eine Kulturstadt, und unser Museum ist ein Schwergewicht als Beitrag an diese Kulturstadt “.

Erwin Sutter (EDU):

”Ich ziehe den Antrag zurück. Es ging mir nie darum, das Museum zu schliessen. Auch mir ist bekannt, dass die Sturzenegger Stiftung einen grossen Beitrag leistet und die Stadt nachziehen muss. Meine Absicht war einzig und allein den Mahnfinger zu erheben, da die Kosten überproportional gegenüber den laufenden städtischen Einnahmen liegen. Ich bin der Meinung, dass wir auch bei den Kulturausgaben längerfristig nicht überborden können. Wir müssen im Gleichgewicht bleiben. Wahrscheinlich kann der Betrag von Fr. 100'000.-- im nächsten Jahr problemlos gespart werden. “

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

”Ich bin froh, dass Erwin Sutter seinen Antrag zurückgezogen hat. Wir sprechen immer von Standortvorteilen - das Museum ist einer davon. Es wäre falsch, dieses Museum, das sich inhaltlich neu ausrichtet, unter hervorragender Führung steht und ein erhebliches Potenzial hat, zu bestrafen. Nicht nur die Ausgaben sind vielleicht überproportional gestiegen, sondern auch das Angebot hat sich massiv verbessert. Wir müssen die Vernunft walten lassen. Ich unterstütze ausserdem Peter Möller bezüglich der finanzrechtlichen Aspekte, und ich bitte Sie, diese zu beherzigen. Wir können nicht generell eine Summe oder einen Prozentsatz streichen - wir müssen

Anträge zu einzelnen Konten in einzelnen Positionen stellen. “

Susanne Günter (FDP):

Seite 44, 3100 Denkmalpflege und Heimatschutz

”Roland Schöttle hat heute Abend das Thema Kommunikation erwähnt. Ich glaube, dass es endlich einmal möglich wurde, Abteilungen mit gleichen Aufgaben zusammenzuführen, hat mit Kommunikation wirklich etwas zu tun. Ich gratuliere den Initianten auf kantonaler Ebene, Dr. Reto Dubach, und auf städtischer SR Peter Kämppler zu diesem Schritt. Die Zusammenführung fördert das gemeinsame Gespräch und die Nutzung von Synergien, Doppelspurigkeiten werden damit verhindert. Dies ist ein sehr gutes Beispiel, das zur Nachahmung nur zu empfehlen ist, denn es gibt viele Möglichkeiten in Kanton, Stadt und Verwaltung. “

Martin Roost (parteilos):

Seite 3100 300.108 Stadtbildkommission

”Mir fällt auf, dass in dieser Position ein sehr hohes Sitzungsgeld budgetiert ist, was mich zu einer Frage an den SR veranlasst. Ist der Sitzungsgeldansatz für die Mitglieder der Stadtbildkommission gleich hoch wie das für den Grossen Stadtrat übliche Sitzungsgeld? Grundsätzlich interessiert mich die Frage, ob Sitzungsgelder für Fachkommissionen in der Stadt einheitlich geregelt sind. Es wäre ja möglich, dass das “orwellsche Prinzip” angewendet wird: Alle sind gleich, doch einige sind gleicher als die anderen. “

SR Peter Kämppler:

”Auch in der Kleinen Anfrage von Josef Eugster - die noch nicht beantwortet ist - wird dieses Thema aufgenommen. Grundsätzlich sind die Sitzungsgelder entsprechend den Ansätzen des Grossen Stadtrates für Mitglieder aus dem Grossen Stadtrat oder für Personen, die in diesem Dienst stehen, gleich. Für die Mitglieder der Verwaltung gibt es selbstverständlich kein Sitzungsgeld, wenn die Sitzungen während der Arbeitszeit stattfinden. Bei der Stadtbildkommission haben wir eine Spezialität: Die beigezogenen Experten werden nach SIA-Tarifen bezahlt. Das ist auch der Grund für den von Martin Roost erwähnten hohen Betrag der Sitzungsgelder. Die Stadtbildkommission wird aufgrund der geltenden Bauordnung bestellt (vor allem für Bauprojekte innerhalb der Altstadt, die relativ wenige Bauvorschriften kennt oder für Bauprojekte in Quartierschutzgebieten). “

Bernhard Egli (OeBS):

”Ich war Mitglied einer Expertenkommission der Stadt - bin allerdings heute nicht mehr Mitglied - und finde es unfair, dass Experten in einer städtischen Kommission Einsitz haben; die einen erhalten Fr. 80.-- pro Halbtage und die anderen werden nach SIA-Tarifen entlohnt - auch Fachexperten, die gemäss SIA normalerweise per Rechnung zahlen.

Scheinbar gibt es Kommissionen, die mehr Wert sind oder es gilt nicht das orwellsche Prinzip, sondern das Motto: “Je grösser das Maul des Experten, desto mehr wird gestopft”. Ich verlange vom Stadtrat, dass er einheitliche Tarife einführt und *alle* Experten gleich bezahlt werden, unabhängig welcher es ist und woher dieser stammt.

Wenn eine Kommission - wie beispielsweise die Stadtbildkommission - aus 9 Mitgliedern und vielleicht noch einem Vertreter des Altstadtvereins besteht, so erhält letzterer keine Bezahlung, ebenso wenig jemand aus der Verwaltung - er bezieht ja

einen Lohn - aber der Experte von Zürich erhält Fr. 500.--. Damit habe ich grosse Mühe. Ich habe selbst Folgendes beim Granatenbaumgut erlebt, wo ich als Wettbewerber auftrat und kein Kommissionsmitglied war. Verschiedene Architekten haben reklamiert und sind zurückgetreten, weil sie nicht mehr Stimmrecht wie Pädagogen oder Ökologen erhielten; sie wollten als Architekten das dreifache Stimmrecht in einer 9er Kommission. So etwas akzeptiere ich in der Stadt nicht. “

Roland Schötte (parteilos):

”Ich muss wieder auf das Thema mit dem Buchstaben “ö” zurückkommen, „ö“fter muss dieser Missbrauch publik gemacht werden, der hier betrieben wird. Das sind Ungerechtigkeiten, und ich spreche ebenfalls aus eigener Erfahrung. Ich wurde in eine Expertenkommission eingeladen, aber als “normaler Mensch” mit Lohnausfall aus meiner beruflichen Tätigkeit, und musste sogar so genannte Experten über die Gegebenheiten in Schaffhausen aufklären; aber diese Experten liessen sich gemäss SIA-Tarif bezahlen, und ich erhielt für eine Doppelsitzung Fr. 80.-- Sitzungsgeld. Dies muss wirklich “ööö” öfters gesagt werden. “

Urs Tanner (SP):

”Heute in zwei Wochen wird die Parlamentsreform debattiert, die neue Geschäftsordnung ist wirklich eine “grosse Kiste”. Strafen Sie bitte nicht die Arbeit des SR über das Budget. Ich mache beliebt, dass wir nach der Diskussion über die neue Geschäftsordnung vom neuen Stadtrat im Jahr 2009 eine Vorlage erwarten, welche die städtischen Kommissionen einheitlich regelt. “

SR Peter Käppler:

”Es bestehen gewisse Ungerechtigkeiten und der Stadtrat wird das gesamte Gefüge im nächsten Jahr überprüfen. Das Problem ist bereits erkannt. Heute kann ich Ihnen aber keine Lösung präsentieren, nehme Ihr Anliegen aber entgegen. “

Christoph Lenz (AL):

Seite 44, 3095 365.103 Übrige Kulturförderung

”Ich wollte den Kulturposten, Position 3095 Übrige Kulturförderung, pauschal um Fr. 100'000.-- aufblasen. Die Bemerkung von Erwin Sutter, man müsse sich die Überbordung im Kulturbereich wehren, hat mich dazu veranlasst, mich zu mässigen. Ich stelle jetzt lediglich Antrag auf Erhöhung von Fr. 20'000.--, Position 365.103 Kulturförderung für freie Kulturschaffende.

Bereits letztes und vorletztes Jahr stand ich hier vorne und habe das Gleiche gefordert. Nun stehe ich wieder vor Ihnen, weil ich jetzt neue Gründe gefunden habe. Im Jahr 2000 wurde unser Sitzungsgeld letztmals angepasst, im gleichen Jahr wurden diese Beiträge auf Fr. 110'000.-- erhöht. Jetzt - nach 8 Jahren - erhöhen wir unser Sitzungsgeld um 12,5%, weil der Index der aufgelaufenen Teuerung dies ermöglicht. Dieser Index der aufgelaufenen Teuerung gilt auch für Kulturschaffende, auch sie bezahlen die Teuerung. Ich mache Ihnen eine Erhöhung von Fr. 20'000.-- beliebt; gemäss telefonischer Auskunft nehmen die Anträge jedes Jahr beträchtlich zu, und dies bei einem Instrument, das auch bürgerlichen Kreisen sehr gelegen kommen sollte. Bei den freien Beiträgen wird nicht mit der Giesskanne Geld ausgeschüttet, sondern nur dort, wo Projekte realisiert werden können wie beispielsweise Theater, Konzerte und CD-Aufnahmen. “

Alfred Zollinger (SVP):

”Das Motto scheint “Steter Tropfen höhlt den Stein” zu sein. Wir haben darüber

bereits in der GPK diskutiert, auch schon letztes und vorletztes Jahr. Ich bitte Sie beim festgesetzten Betrag von Fr. 110'000.-- zu bleiben. "

Abstimmung:

Der von Christoph Lenz (AL) gestellte Antrag wird mit Stichentscheid des Präsidenten Thomas Hauser (FDP) mit 24 : 23 Stimmen abgelehnt.

Alfred Zollinger (SVP):

Seite 44, 3095 365.105 Beitrag an Hallen für Neue Kunst

"Ich werde den eingesetzten Betrag von Fr. 60'000.-- nicht streichen. Wir haben in der GPK folgenden Zusatz entschieden: *"Die Auszahlung erfolgt erst nach vorliegender Rechnungsstellung und deren positiver Abnahme durch die FIKO"*. Dazu möchte ich wie folgt ergänzen: Die FIKO hat mit einem kleinen Vorbehalt die Rechnung 2007 zur Genehmigung empfohlen. Deshalb hat sich die GPK für den soeben erwähnten Zusatz entschieden. Wir sind überzeugt, dass der Vorbehalt der FIKO in der Rechnung 2008 beseitigt ist und diese auch rechtzeitig vorliegen wird. Aus diesem Grund bitte ich Sie dem Zusatz zuzustimmen. "

Stadtpräsident Marcel Wenger:

"Ich habe diese Auflage der GPK per Brief an die Stiftung weitergeleitet und hoffe, dass sich die finanzielle Situation der Stiftung auch aufgrund der nachhaltigen - und ebenfalls genehmigten - Unterstützung durch den Kanton stabiler als im Jahr 2007 präsentieren wird. Ich hoffe, dass die Stiftung bereits früh ein Erreichen dieser Zielsetzung signalisieren wird. Ob die formelle Vorlage einer revidierten Rechnung Ende Januar, beziehungsweise Anfang Februar zum Zeitpunkt der Überweisung des Betrages allerdings bereits möglich ist, entzieht sich meiner Kenntnis. "

Roland Schöttle (parteilos):

Seite 48, 3420 434.011 Gebühren für Bootsliegplätze

"Die bisherige Jahresgebühr betrug Fr. 240.--, die neue Jahresgebühr beläuft sich gemäss einladendem Brief an alle Bootsbesitzer auf Fr. 480.--, was bei 278 Plätzen einem Aufschlag von Fr. 66'720.-- entspricht. Eine solche Gebührenerhöhung ist Zeugnis einer unseriös alimentierten Gebührenpolitik. Entweder hat der Stadtrat bisher geschlafen und eine nicht seriös definierte und nicht marktgerechte Gebührenerhebung vorgenommen, dann ist er dafür zu rügen, weil er die möglichen Erträge der Stadt (in diesem Bereich) nicht pflichtgemäss generiert hat, oder aber er neigt einfach dazu, den Weg des geringsten Widerstandes zu wählen, um Erträge zu generieren; und dies auf dem Buckel einer erpressbaren Minderheit, wenn er sagt, wir holen dort Geld, wo sich die Leute nicht wehren können, weil sie nämlich mit ihrem Boot in einem Vertragsverhältnis zur Stadt stehen, das sicher nicht einfach aufgelöst werden kann.

Bootsbesitzer in Schaffhausen sind auf den Rhein angewiesen. Es gibt keine Alternative. Darum sind sie tatsächlich erpressbar, weil sie als einzelne nicht Nein sagen können, sondern die Kröte schlucken müssen. Und solches Verhalten ist offensichtlich unseriös und stellt wirklich ein schlechtes Geschäftsgebahren dar.

Wenn man einen Vertragspartner zu einer Vertragsänderung nötigt oder ihn so unter Zugzwang stellt, dass er nicht anderes als Ja sagen kann, ist dies doch schlicht und einfach Erpressung, und sollte wahrlich nicht der Stil sein, den eine Stadt mit ihren Vertragspartnern pflegt. Das ist ein schlechter und zudem unsensibler Stil. Hier muss

der Stadtrat einen Rückzieher machen oder der Grosse Stadtrat muss den Stadtrat durch eine Budgetkürzung zurückpfeifen.

Es ist unseriös, wenn der Stadtrat argumentiert, dass ein nun den Bootsbesitzern angekündigter neuer Bootsplatzpreis von Fr. 480.-- angemessen und im Vergleich mit anderen Bootsplätzen marktgerecht sei; dies besonders auch dann, wenn diese Vergleichsdarstellung einzig auf ein paar subjektiven Eindrücken und Einzelvergleichen von Stadträten oder Polizeibeamten beruht und nicht auf eine seriöse, alle zugehörigen Parameter berücksichtigenden Vergleichsanalyse abgestellt ist.

Wenn man beispielsweise Bootsliegeplätze am Untersee mit ausgebauten Hafenanlagen, Sanitäreinrichtungen, Überwachung der Boote, zur Verfügung stehenden Parkplätzen und einfachem und ungehinderten Bootszugang vergleicht mit den Bootsplätzen, welche die Stadt Schaffhausen anbietet, wo nebst dem zwingend mit Turnübungen verbundenen Zugang zu den Booten auch jeder Komfort einer Hafenanlage abgeht und zudem Vandalismus an den Booten auch immer wieder ein Dauerthema ist, verlangen Vergleichsberechnungen für die Gebühren von Bootsliegeplätzen umfassendere und seriöse Grundlagen.

Wenn zudem die Ankündigung der Gebührenerhöhung um 100% damit verbunden ist, dass der Stadtrat seiner Hoffnung offen Ausdruck gibt, dass einzelne Bootsbesitzer aufgrund dieser Situation ihren Platz aufgeben müssen oder sollen, dies getarnt als schmeichelndes Instrument für Wartende auf der Bootsplatzliste, so ist das für mich eine zynische Haltung, die einer Stadt Schaffhausen nicht würdig ist.

Gegen solches Tun müssen wir uns heute stellen, weshalb ich Ihnen beantrage, diese budgetierten Mehreinnahmen an Gebühren von Bootsliegeplätzen ersatzlos zu streichen und dem Stadtrat gleichzeitig die Empfehlung abzugeben, im Laufe des nächsten Jahres eine seriöse und die Rahmenbedingungen paritätisch berücksichtigende Vergleichsberechnung mit anderen Anlagen zu erstellen.

Des Weiteren soll er dann, sofern sich echter Nachholbedarf ergibt, eine Gebührenerhöhung in vernünftigem Mass in zeitlichen Staffeln von 5 Jahren aufholen. Es steht uns gut an Fehler des Stadtrates heute zu korrigieren.

Ich beantrage Ihnen deshalb hiermit konkret den Budgetposten von Fr. 207'000.-- zu reduzieren auf neu (wie bisher) Fr. 138'000.--. Es wäre ja schade, wenn ein in betroffenen Kreisen bereits als mögliches Gegendruckmittel angedrohtes Budgetreferendum tatsächlich die einzige Massnahme wäre, um diesen stadträtlichen Fauxpas aus der Welt zu schaffen. Ich bitte Sie um Zustimmung zu meinem Antrag. "

Christian Hablützel (SP):

"Ich unterstütze vollumfänglich den von Roland Schöttle gestellten Antrag und möchte noch Folgendes hinzufügen, das man ebenfalls gut in den Auftrag an den Stadtrat verpacken könnte. Ich kenne die Motive, die hinter dieser Erhöhung stehen, es gibt Personen, die 40 bis 50 Jahre auf einen Pfofen warten. Über diese monetäre Steuerung erhofft sich der SR eine Rückgabe von nicht mehr häufig gebrauchten Pfofen zugunsten der langen Warteliste. Ich bin klar der Meinung, dass eine solche Steuerung der Stadt Schaffhausen unwürdig ist. Wir haben ein Reglement, wo die Rückgabe der Pfofen geregelt ist, welches aber systematisch hintergangen wird. Es ist ordnungspolitisch bedenklich, wenn die Regeln nicht durchgesetzt werden. Ich

möchte den Antrag um Reduktion der Gebühren mit der Aufforderung an den Stadtrat koppeln, die Reglemente über die Vergabe der Pfosten rigoros durchzusetzen, Missbräuche der "unter der Hand Weitergabe" der Pfosten - was übrigens offiziell in der Zeitung inseriert wird - zu ahnden und rechtsstaatliche Verhältnisse wieder herzustellen.

Stadtpräsident Marcel Wenger:

"Das waren happige Vorwürfe, die Sie uns aufgetischt haben. Wenn man schon von Erpressung spricht, kommt mir das Budgetreferendum in den Sinn, das auch eine Erpressung war, nämlich eine ziemlich gründliche. Sie müssen das Wasserwirtschaftsgesetz einmal studieren; dort können Sie nachlesen, dass der Gemeinderat für die Festlegung der Gebühren zuständig ist, und nicht der Grosse Stadtrat. Sie müssen eine Volksinitiative machen und das Wasserwirtschaftsgesetz ändern. Ich bin überzeugt, dass die für den neu festgesetzten Betrag von Fr. 480.-- - und hier nehme ich gerne die Rüge entgegen, in den vergangenen Jahren zu wenig verlangt zu haben - auch einiges bietet.

Wir werden im Auftrag des Preisüberwachers das Thema erneut sorgfältig überprüfen, und ich werde Ihnen diesen Bericht gerne zustellen. Der Gesamtpreis liegt bei rund Fr. 780.-- pro Jahr, inklusive kantonaler Gebühr von Fr. 258.-- und Mehrwertsteuer sowie den Fr. 480.-- für die Stadt. Was macht die Stadt für diesen Betrag? Die Stadt muss die Pfosten inklusive Aufhängung unterhalten und neu herstellen - viele Pfosten sind alt und werden in den nächsten 4 Jahren erneuert; rund ein Fünftel der Pfosten muss neu eingerammt werden, wir müssen dieses Material einkaufen oder einmieten; vier Fünftel der Pfosten müssen in die bestehende Rohrpfahlanlagen eingebaut und verkeilt werden, eine Arbeit, die drei Männer, zwei Fahrzeuge und ein Boot beansprucht.

Nicht nur diese Investitionen werden von den Fr. 480.-- berappt, sondern auch die regelmässig zweimal jährlich stattfindende Unterhaltskontrolle, die Reinigung, Nachkeilen der Pfosten und Reparieren von mechanischen Defekten an der Zugseilanlage beinhaltet. Die Untersuchung im Auftrag des Preisüberwachers wird deutlich aufzeigen, dass die Stadt grosse Leistungen für den verlangten Preis erbringt und mit diesem bescheidenen Betrag einen exklusiven Platz an einem der schönsten Flüsse an einem der schönsten Ufer der Schweiz bietet.

Wenn Sie dem Stadtrat den Vorwurf machen, er habe *bisher* unsorgfältig gewirtschaftet, dann haben Sie Recht. Wir haben im November einem Interessenten berücksichtigen können, der 40 Jahre auf einen Platz gewartet hat - hoffentlich hat er nach so langer Wartezeit nicht einen Platz für einen motorlosen Weidling erhalten. Es ist klar, dass die Reglemente überprüft werden müssen; dass jedoch systematisch unfaire Vergabeentscheide gefällt worden seien, ist mir absolut neu.

Hätten Sie mir frühzeitig Ross und Reiter genannt, wäre eine vorgängige Abklärung möglich gewesen. Ich versichere Ihnen nochmals, dass Sie die Position optisch sehr wohl heute kürzen können, zuständig für die Gebühr ist allerdings der Stadtrat. Warten Sie den Bericht an den Preisüberwacher ab, dieser wird auch dem Grossen Stadtrat zugestellt, und belassen Sie das Budget wie es ist. "

Roland Schöttle (parteilos):

"Wir warten gerne auf diesen Bericht, aber warten Sie dann auch mit der Erhöhung bis das Resultat des Berichtes vorliegt? Das wäre ja der Sinn davon. Peter Möller hat gesagt, wir könnten nur zu einzelnen Positionen Beschlüsse fassen - ist diese

Position nun eine von denen, für die dies nicht zutrifft? Wir können doch die Grenze limitieren, innerhalb dieser sich der Stadtrat zu bewegen hat. Das ist meine hauptsächliche Rüge, und dass die Erhöhung von 100%, die fern jeglicher kaufmännischer Usanz liegt, rückgängig gemacht werden soll. Das ist eine unschöne Sache, die sich für die Stadt gebührt. Ich halte an meinem Antrag, diesen Budgetposten zu reduzieren, fest. “

Urs Tanner (SP):

”Unsere Fraktion ist in dieser Frage tief gespalten. Darum spreche ich jetzt als Gebührenzahler und Weidlingsbesitzer, der den Betrag von fast Fr. 1'000.-- gerne bezahlt, auch nächstes Jahr. In Büsingen würde man für einen solchen Platz Fr. 3'000.-- bezahlen. Wenn der freie Markt spielen könnte, würden sich die Preise in Schaffhausen auf Fr. 2'000.-- bis Fr. 2'500.-- erhöhen. Das Votum von Roland Schöttle war reiner Populismus, der komisch anmutet.

Ich bezahle das Geld auch nicht gerne, aber die Pfofen sind bestens unterhalten. Es wurde 20 Jahre lang geschlafen, dieser Kritik stimme ich zu, und die geltende Verordnung muss durchgesetzt werden. Christian Hablützel hat nicht die Vergabeentscheide durch die Stadt kritisiert, sondern die Untervermietung, die unter der Hand stattfindet. Bei einer Gebühr von rund Fr. 1'000.-- pro Jahr überlegen sich vielleicht doch rund 10% der Bootsplatzbesitzer, ob sie ihren Platz nicht doch zugunsten der Gemeinschaft zurückgeben. “

Bernhard Egli (OeBS):

”Wir könnten zwar theoretisch den Budgetposten kürzen, aber zuständig für die Gebührenerhebung ist der Stadtrat, und wir können ihn nicht dazu zwingen, andere Gebühren zu erheben. Ich betrachte mich als „corpus delicti“, mir ist es tatsächlich passiert, dass ich vor vielen Jahren auf der Warteliste der Vergabe auf Platz Nr. 2 stand. Drei Jahre später habe ich den damaligen Finanz- und Polizeireferenten Heinz Albicker gefragt, wie viele Pfofen pro Jahr frei werden. Die Antwort lautete auf 3 bis 4 pro Jahr. Somit sind 12 Pfofen vergeben worden, und ich stand immer noch auf Platz 2. Drei Monate später hatte ich einen Platz. “

Abstimmung:

Der Antrag von Roland Schöttle (parteilos) wird mit 25 : 7 Stimmen abgelehnt.

Christa Flückiger (SP):

Seite 48, 3410 314.500 Aussenanlagen (ausserordentlicher Unterhalt)

”Ich möchte zu diesem Konto einen Streichungsantrag stellen. Weshalb? Aus dem Bericht ist ersichtlich, dass dieser Betrag für eine Hochsprungmatte vorgesehen sein soll, das heisst konkret für eine Sprungmatte. Sie soll die heutigen mobilen Sprungmatten ersetzen, die nach jahrlangem Vandalismus, verbunden mit alljährlich wiederkehrenden teuren Reparaturenkosten sowie massiver Lärm- und Abfallbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner durch die fest platzierten Matten angeschafft wurden. Seit der Anschaffung der mobilen Anlage sind kaum mehr Vandalenakte oder übermässiger Lärm, insbesondere von nächtlichen Gästen, vorgekommen. Die heutige Lösung bewährt sich also bestens. Einziger Haken: Die mobile Anlage muss für das Training auf den Trainingsplatz transportiert werden. Dies wiederum hat in Trainerkreisen zu Interventionen an die Stadtgärtnerei geführt. Der Transport erweise sich (allerdings nur gerade bei besagten Trainern, keinesfalls bei den Lehrern) als zu aufwändig und zu schwer für die trainierenden Kinder, weshalb die nötigen Trainingsstunden nicht voll ausgeschöpft werden könnten. Man

hat sich dem Problem angenommen und auf Vorschlag des Anlagenwarts neue grössere Rollen für den Transport bestellt (eine Matte ist bereits umgerüstet). Ohne nun diese neue Version ausprobiert zu haben (die Matten befinden sich zurzeit im Winterschlaf) soll nun das Geld für eine Hochsprungmatte gesprochen werden, die wieder nach dem alten Muster aufgestellt werden soll. Zudem wären die aktuellen Matten plötzlich überflüssig, trotz einwandfreiem Zustand. Ich möchte beliebt machen, dass die neue Version im kommenden Frühjahr zuerst einmal ausprobiert wird; die Chancen stehen gut, dass der Transport durch den Umbau mit grösseren Rädern bestens funktionieren wird und erst nach der Saison 2009 entschieden wird, welches Verfahren gewählt wird. Mein Antrag lautet demnach wie folgt: Streichung des Betrages von Fr. 20'000.-- mit der Option einer Neuaufnahme im Budget 2010, falls sich die Lösung mit der Umrüstung nicht bewähren sollte. "

Abstimmung:

Der von Christa Flückiger (SP) wird mit 48 : 0 Stimmen einstimmig angenommen.

Dr. Raphaël Rohner (FDP):**Seite 49, 3480**

"Ich spreche zu einer Position, die es gar nicht gibt; es ist eine so genannte Eintagesfliege. Der Stadtrat hat 11.11.08 beschlossen, zulasten der Position 365.308 des Kontos 3480 einen einmaligen Defizitbeitrag von Fr. 30'000.-- an die Stiftung Sporthalle Schweizersbild zugunsten des Breitensportes zu sprechen (siehe Beilage 4). Dieser Antrag wurde für einen Tag ins Budget 09 aufgenommen und von der GPK wieder gestrichen. Ich beantrage Ihnen im Interesse des Breitensports diese Position erneut ins Budget aufzunehmen.

Alfred Zollinger (SVP):

"Die Opposition richtet sich nicht gegen den Betrag von Fr. 30'000.--, der für den Breitensport gesprochen werden soll. Es soll endlich Transparenz hergestellt werden, im Zusammenhang mit dem Schweizersbild, und dieser Betrag steht indirekt ebenfalls in Zusammenhang mit den in der Investitionsrechnung aufgeführten Fr. 250'000.--.

Der Stadtrat hat am 04.11.08 Fr. 30'000.-- Nachtragskredit zugunsten der Jahresrechnung 2008 der Stiftung Sporthalle Schaffhausen für die Dachsanierung gesprochen, und jetzt kommen schon wieder Fr. 30'000.-- für etwas anderes; was ist wohl das nächste? Wir sind in der GPK der klaren Meinung, dass nicht mehr an einem eckigen, sondern an einem runden Tisch über das weitere allgemeine, finanzielle und rechtliche Vorgehen verhandelt werden muss, bis zu einer allfälligen Rückgabe des Baurechts; es stellt sich hier nur die Frage, zu welchem Preis. Meines Wissens gibt es keine Heimfallentschädigung. Es kann nicht sein, dass die Stadt einmal, zweimal und dreimal Zahlungen leistet, sondern jetzt müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Bitte folgen Sie der GPK und lassen Sie diesen Betrag gestrichen. "

Abstimmung:

Der von Dr. Raphaël Rohner (FDP) gestellte Antrag wird mit 37 : 8 Stimmen abgelehnt.

Christoph Lenz (AL):**Seite 49, 3480 365.301 Beiträge an städt. Vereinigungen und Institutionen für Jugendsport-Förderung**

"Christa Flückiger hat soeben Fr. 20'000.-- gespart; ich habe eine hervorragende Verwendung dafür gefunden: Beitrag von Fr. 20'000.-- an städtische Vereinigungen und Institutionen für Jugendsport-Förderung. Wie Sie wissen, leisten Vereine einen wertvollen Beitrag zur Jugendarbeit, der nicht auf ausgebildeten Pädagogen basiert, sondern von engagierten Bürgern, die sich in ihrer Freizeit gerne für einen guten Zweck, für die Jugend und für unsere Zukunft einsetzen.

Wir können Vereinen nicht Helfer für Aktivitäten beispielsweise am Donnerstag von 19 bis 21 Uhr in einer Turnhalle stellen, aber wir können höhere Beiträge an Jugend- und Sportlager leisten oder ihnen ermöglichen, ihre Mitgliederbeiträge zu verkleinern, damit auch Kinder von Familien mit niedrigem Einkommen von den Angeboten profitieren können. Ich beantrage den Betrag von Fr. 50'000.-- auf Fr. 70'000.-- zu erhöhen. "

Oliver Mank (SVP):

"Wir haben heute Abend von Christoph Lenz schwierige Anträge gehört; dies ist allerdings ein Antrag, hinter dem ich voll und ganz stehen kann. Vereine, die sich in der Jugendarbeit engagieren, leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft, und es ist sinnvoll, dieses Angebot zu unterstützen und weiter auszubauen. Ich sehe die Erhöhung der Beiträge als Schritt in die richtige Richtung und begrüsse auch weitere Vorstösse, die generell das Potenzial von Vereinen, die Jugendarbeit leisten, besser erschliessen wollen. "

Abstimmung:

Der von Christoph Lenz (AL) gestellte Antrag wird mit 30 : 12 Stimmen angenommen.

Martin Egger (FDP):**Seite 49, 3480 Beiträge im Sportbereich**

"Ich möchte eine neue Position "Einnahmen Parkplatzbewirtschaftung Parkplatz KSS" schaffen und spreche von einem Betrag von Fr. 177'000.--, welcher der Erhöhung des Beitrages der Stadt Schaffhausen für die KSS entspricht. Ich gehöre zu den regelmässigen Besuchern der KSS und schätze das Angebot sehr. Zugegebenermassen fahre ich bei Regen mit dem Auto und nicht mit dem Velo in die KSS. Die KSS ist aber auch sehr gut mit dem öffentlichen Verkehr und zu Fuss in 15 Minuten vom Bahnhof erreichbar. Ich finde es verantwortbar und ökologisch sinnvoll hier eine Parkplatzgebühr für diejenigen zu erheben, welche mit dem Auto zur KSS fahren möchten. Andere Städte erheben ebenfalls solche Gebühren. "

SR Peter Kämpfer:

"Der Antrag, dass der Stadtrat Gebühren erheben soll, ist mir sympathisch; im Normalfall wird er dafür eher gerügt. In einem ersten Schritt haben wir mit der KSS vor kurzem die Leistungsvereinbarung (LV) abgeschlossen, in einem zweiten Schritt folgt der Baurechtsvertrag.

Wir haben im Zusammenhang mit diesen Verhandlungen abgeklärt, ob die Erhebung von Parkplatzgebühren im Vertrag einfließen sollte. Wenn die KSS allerdings auf ihrem Areal dies tut, unterstehen diese der Mehrwertsteuer. Das ist der Grund, weshalb wir das Areal aus dem Baurechtsvertrag ausklammern möchten, sodass die

Stadt die Parkplatzbewirtschaftung vornehmen kann. Die Einnahmen erscheinen nicht auf der vorgeschlagenen neuen Position, sondern auf dem Konto Parkplatzgebühren. Dies wird wohl kaum im Jahr 2009 bereits stattfinden.

Wir müssen für das ganze Quartier Breite ein Gesamtparkierungskonzept erarbeiten, mit blauer Zone, um die Auswirkungen des Parkierungsverkehrs im Quartier zu beschränken, und die KSS ist ein Teil dieses Konzeptes; dies ist auch im Gesamtverkehrskonzept so vorgesehen und muss umgesetzt werden. Ich hoffe, Sie können sich damit einverstanden erklären.

Martin Egger (FDP) zieht seinen Antrag zurück.

Iren Eichenberger (OeBS):

Seite 64, 5492 365.530 Beitrag an Gemeinnützigen Frauenverein für Kinderkrippe Breite

"Ich werde keinen Antrag stellen, aber ich stelle fest, dass unter der Kinderkrippe Breite keine Unterstützungsbeiträge mehr vorgesehen werden. Dagegen habe ich nichts einzuwenden. Ich frage mich aufgrund von Hinweisen, ob es gut ist, wenn sich die Stadt aus allen Angeboten zurückzieht, weil damit auch eine gewisse Aufsichtsfunktion verloren geht. Es ist mir ein Anliegen, dass in allen Kinderkrippen eine qualitativ gute Betreuung gesichert ist, und ich hoffe, dass der Heimreferent dazu etwas sagen kann. "

SR Urs Hunziker:

"Ich kann versichern, dass wir mit dem Vorstand des Gemeinnützigen Frauenvereins in Kontakt stehen und eine Leistungsvereinbarung über die Subventionierung der von ihnen angebotenen Plätze abschliessen möchten. Wir sind uns aber über den Stellenschlüssel noch nicht einig. Der Gemeinnützige Frauenverein hat uns versichert, im Moment noch ohne Subvention der Stadt überleben zu können. Trotzdem werden wir diese Vereinbarungen weiterführen, weil ich befürchte, dass der Verein die Krippe über kurz oder lang nicht mehr aus eigener Kraft betreiben kann. "

Christa Flückiger (SP):

"Als Präsidentin der Krippenkommission kann ich Ihnen versichern, dass die Qualitätssicherung gewährleistet ist, obwohl es so aussehen mag, dass die Stadt sich zurückgezogen hat, weil diese nicht gesichert sei. Der von der Stadt errechnete Vollkostenpreis beträgt Fr. 112.-- pro Kind und Tag, aber die Stadt bezahlt keine Mietzinse. Der Gemeinnützige Frauenverein hat jedoch sehr hohe Mietzinskosten zu berappen; daher nützt der Abschluss einer Leistungsvereinbarung gemäss geltender Subventionsverordnung dem Frauenverein *finanziell* überhaupt nichts. Wir müssen eine andere Lösung finden und stehen in Verhandlungen mit der Stadt. "

Dr. Paul Bösch (OeBS):

Seite 65, 5700 313.200 Nahrungsmittel, Getränke

"Bei diesem Budgetposten ist mir der letzte Satz vom Kommentar negativ aufgefallen. Hier lese ich wie folgt: Allerdings bedeutet dies eine weitgehende Abkehr von Bio und Regional. Für mich ist die Folge vom Spardruck mehr als fragwürdig, und ich bin der Meinung, dass das Essen im Altersheim zwar nicht einem Viersternhotel entsprechen muss, jedoch durchaus eine gute Qualität haben soll. Dazu gehört einerseits aus ökologischer Sicht (Stichwort Transporte) und im Sinne

der Förderung der regionalen Produzenten die Berücksichtigung des Herkunft aus der Region. Die Wahl von Bioprodukten bedeutet einen wichtigen Qualitätsaspekt, nicht zuletzt im Hinblick auf die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner. Deshalb möchte ich dem Stadtrat beliebt machen, diese Sparmassnahme rückgängig zu machen. Gerne hätte ich auch gewusst, in welchem Rahmen sich die darauf entstehende Mehrbelastung bewegt. “

SR Urs Hunziker:

”Der Einfachheit halber zitiere ich die Antwort des Heimleiters vom Altersheim am Kirchhofplatz, die auch in der GPK besprochen wurde: *Wir haben auch weiterhin Regional- und Bioprodukte direkt vom Produzenten gekauft. Bei Produkten von Grossisten mit teils signifikanten Aufschlägen bei Bioprodukten wurde entweder darauf verzichtet oder das Menu geändert. Unsere Bewohner hatten zu keiner Zeit Qualitätseinbussen. Es wird weiterhin ein Menü angeboten, das mit Bioprodukten hergestellt wird. Zukünftig werden wir auch beim Fleisch den Kauf von Hof prüfen.* Von der Heimleitung des Altersheim Wiesli wurden die Kosten aus einer kompletten Umstellung auf Bio- und Regioproducte mit einer Erhöhung von 25 bis 30% beziffert, was bei einem Budget von Fr. 390'000.-- einen Mehraufwand von Fr. 97'000.-- bis Fr. 117'000.-- pro Jahr. Es werden weiterhin Bio- und vor allem IP- und Regioproducte eingekauft, die Preise sind im zu Ende gehenden Jahr stark angestiegen. “

Urs Fürer (SP):

Seite 67, 5703 301.000 Besoldungen

”Ich habe gesehen, dass bei den Besoldungen eine Reduktion von Fr. 378'000.-- vorliegt. Es ist kein entsprechender Kommentar aufgeführt, der diese Reduktion erklären könnte oder werden auf dem Buckel des Personals einfach Einsparungen getätigt? “

SR Urs Hunziker:

”Die Antwort ist einfach, der Pflegebedarf im Altersheim Steig in den bekannten BESA-Punkten - nach dem die Stellenschlüssel bemessen werden - ist in der letzten Zeit zurückgegangen, nachdem er sich jahrelang erhöht hatte. Die entsprechenden Minderbudgetierungen sind eine Folge davon, der Betreuungsschlüssel hat sich nicht verändert. “

Dr. Paul Bösch (OeBS):

Seite 69, 5704 Kommentare zu Positionen: 301.000 432.007 435.150

Auch hier sind es wieder Kommentare, die bei mir Fragen zu den oben genannten Positionen aufgeworfen haben. Ich habe etwas Mühe zu verstehen, weshalb einerseits bei zwei Positionen geringere Einnahmen mit weniger BESA 3 und BESA 4 Bewohnerinnen und Bewohnern begründet werden, andererseits aber Mehrkosten durch eine Teilung der Station 1./2. Obergeschoss in zwei autonome Abteilungen ausgewiesen werden. Vielleicht stelle ich mir das zu laienhaft vor, aber für mich wäre es logisch, dass mit geringeren BESA-Stufen auch die Pflege einfacher wird. Trotzdem wird die Personalstruktur komplizierter. Muss ich etwa daraus den Schluss ziehen, dass die Pflegenden im Gegensatz zu den Gepflegten anspruchsvoller und komplizierter geworden sind? Das ist zugegebenermassen eine maliziöse Frage. Trotzdem hätte ich gerne eine Aufklärung betreffend der eingangs erwähnten Tatsachen. “

SR Urs Hunziker:

"Diese Frage erwischt mich auf dem linken Bein. Tatsache ist, dass im Altersheim Wiesli eine Station geteilt wurde, der Grund dafür liegt bei einer starken Zunahme der Demenzerkrankten, die eine höhere Belastung verursacht. Warum der Kommentar nicht korrespondiert, weiss ich nicht. Ich schlage vor, dass wir dieses Problem - sobald ich die genaue Antwort kenne - bilateral bei einem Café besprechen. "

Kurt Zubler (SP):**Seite 83, 7201 318.000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter**

"Wie vom GPK-Präsident ausgeführt, handelt es sich bei diesem Beitrag um den Abfallunterricht, der bereits von der Kindergärtnerinnen und auch von den Lehrpersonen bis zur Mittelstufe als Angebot abgerufen werden könnte. Dabei können die Lehrpersonen auf speziell geschultes Personal zählen, das ihnen einen fachlich einwandfreien Unterricht mit professionellen Informationen ermöglicht.

Gemäss Roger Paillard ist dies eine sinnvolle Ergänzung und ein Angebotssystem bei echtem Interesse. In der GPK war das Missverständnis entstanden, dass eine Teilnahme für die Schüler freiwillig sei, was natürlich nicht so gemeint war; freiwillig ist nur der Beizug dieser Abfallspezialisten seitens der Lehrkräfte, analog den Möglichkeiten, die zur Gewalt- oder Drogenprävention genutzt werden können.

Der Abfallunterricht ist auch nicht - wie fälschlicherweise angenommen - obligatorischer Teil des Lehrplans. Er wird aber von den Lehrpersonen im Zusammenhang mit Mensch und Umwelt in Sinne einer Sensibilisierung für Umweltfragen je nach Lehrperson eingebaut. Wie Sie alle wissen, ist Littering ein grosses Problem; darüber haben wir in diesem Rat bereits mehrmals diskutiert; Kinder müssten früh mit dieser Thematik konfrontiert und entsprechend sensibilisiert werden. Aber es werden viele Themen, die gesellschaftliche Probleme betreffen, an die Schulen herangetragen, wie beispielsweise Drogenkonsum und Gewalt.

Ich bin deshalb der Meinung, dass Angebote sehr sinnvoll sind, welche Lehrer für die vertiefte Behandlung solcher Probleme anfordern können. Es ist auch sehr positiv, dass das Tiefbauamt das Thema aufgenommen hat und die von den Kindergärtnerinnen bisher gemachten Erfahrungen fallen begeistert aus. Ich bitte Sie deshalb, den nicht sehr hohen Betrag von Fr. 15'000.-- wieder ins Budget aufzunehmen. "

Bernhard Egli (OeBS):

"Ich unterstütze Kurt Zubler voll und ganz und verstehe nicht, warum die GPK diesen Betrag gestrichen hat. Vielleicht können ja die Kinder den Eltern einmal etwas lernen, und alle profitieren davon. Es ist viel gescheiter, Kinder zu instruieren als teure Kameras aufzuhängen, um etwas herauszufinden. In der Stadt wurde mit dem PUSCH ein Pilotprojekt gestartet, der Kanton wird jetzt auch mitziehen und andere Gemeinden sollen die Möglichkeit ebenfalls erhalten. Es wäre jetzt ein falsches Signal, wenn die Stadt als Pilotgemeinde etwas abblasen würde, das der Kanton auch einführen will. "

Alfred Zollinger (SVP):

"Wir haben in der GPK darüber gesprochen. Die Antwort von Roger Paillard war, dass der Abfallunterricht im Lehrplan enthalten sei; mehr kann ich dazu nicht sagen. Deshalb war die GPK dagegen, dass - wenn ein Thema im Lehrplan enthalten ist - noch eine weitere Stelle (PUSCH) eingesetzt wird. Ich erinnere mich daran, dass

meine Töchter damals in der Primarschule bereits das Thema Littering in der Schule behandelt haben und das Trennen von Abfall thematisiert wurde. “

Kurt Zubler (SP):

”Herr Paillard hat mich auf eine Kommunikationspanne hingewiesen; die von ihm verfasste Antwort sei an das Tiefbauamt gegangen und von dort scheinbar in veränderter Form weitergegeben worden. Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Vielleicht könnte Katrin Hauser-Lauber etwas hinzufügen. Herr Paillard verstand die GPK falsch, sie wolle dieses Thema obligatorisch im Lehrplan aufnehmen – und dies ist Aufgabe des Stadtschulrates. Zurzeit ist dieser Abfallunterricht jedoch nicht Teil des Lehrplans. “

SR Urs Hunziker:

”Im Fach Mensch und Mitwelt ist Umweltbildung ein wichtiges Thema, obligatorisch im Lehrplan verankert ist die Umweltbildung, und zwar stufengerecht an das Alter der Schüler angepasst; der Abfallunterricht ist nicht explizit im Lehrplan enthalten.

Alfred Zollinger hat Recht, alle Schulen führen den von ihm erwähnten Abfallunterricht durch. Bei meinen regelmässigen Kindergartenbesuchen stelle ich immer wieder fest, dass die Kindergärtner ihre Znüni-Abfälle fein säuberlich trennen. Eine Weiterführung auf den höheren Schulstufen sollte sinnvollerweise stattfinden, im Rahmen von Abfallprojektwochen beispielsweise - wie Stefan Marti angesprochen hat. PUSCH wurde auf freiwilliger Basis von einigen Kindergärten benutzt und sehr gut aufgenommen. Vorgesehen wäre, dass das Angebot nächstes Jahr auf Primarstufe angeboten wird. “

Abstimmung:

Der von Kurt Zubler (SP) gestellte Antrag wird mit 25 : 20 Stimmen angenommen.

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zur Laufenden Rechnung.

DETAILBERATUNG INVESTITIONSRECHNUNG

IV. Investitionsrechnung Seite 103 bis 121

Die **1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP)**, verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, IV. Investitionsrechnung, Seite 103 bis 121.

Wortmeldungen zur Investitionsrechnung:

Katrin Hauser-Lauber (FDP):

Seite 107, 200 506.014 Informatikanschaffungen für die Kindergärten

”Die für Informatikanschaffungen benötigten Fr. 57'000.-- wurden von der GPK gestrichen. Ich beantrage diesen Posten wieder in die Investitionsrechnung aufzunehmen und frage Sie, weshalb die Kindergartenstufe die elektronische Kommunikation zu allen an der Schule beteiligten Stufen und zu den verschiedenen Behörden nicht offiziell nutzen darf oder soll. Es wird verlangt, dass alle Schnittstellen der verschiedenen Schulstufen zusammen arbeiten. In der heutigen Zeit verbinden sich diese Wege automatisch über den Computer. Diese kurzen Wege verbinden alle Lehrpersonen, darin einbezogen sind auch die Kindergärtnerinnen; diese schreiben zudem Elterninformationen und Unterrichtsvorbereitungen schon längst auf dem PC. Die Voraussetzungen dazu

sollten in der Volksschule für alle gleich sein. Die insgesamt 22 Computer für alle städtischen Kindergärten könnten genutzt werden und würden die wichtige Zusammenarbeit unter den Lehrpersonen ganz sicher fördern. Neben diesem für mich wichtigsten Teil kommen noch andere Gründe für die PC-Anschaffung auf der Kindergartenstufe hinzu:

- Das Kantonale Schulblatt steht auch für die Kindergärtnerinnen nur noch elektronisch zur Verfügung.
- Die Kindergärtnerinnen arbeiten zum Teil als Ausbilderinnen und die elektronische Verknüpfung zur PHSH ist deshalb notwendig.

Die kantonalen Kursadministrationen müssen ausschliesslich am PC erledigt und auf diesem Weg weitergeleitet werden. Mittlerweile werden auch die geforderten Beurteilungen im Kindergarten am PC verarbeitet und ausgedruckt. Für mich ist klar, dass dazu auch auf der Kindergartenstufe GMX- oder ähnlich Emailadressen ausgedient haben. Offizielle Adressen sind heute für alle Schulstufen wichtig. Ich bitte Sie meinem Antrag auf Wiederaufnahme von der Position 506.014 Informatikanschaffungen für die Kindergärtnerinnen über Fr. 57'000.-- zuzustimmen. Damit alle Kindergärtnerinnen ihren Amtsauftrag erfüllen können, wäre eine Gleichstellung mit den Lehrpersonen, die bereits einen Schulcomputer besitzen, angebracht. “

Bernhard Egli (OeBS):

”Ich habe ein Verständnisproblem: Wieso steht hier Anschaffung von Informatik, wenn die KSD doch gemäss meinen Informationen solche Arbeitsplätze im Leasingverfahren vermietet? Der Betrag wäre dann viel kleiner als die Anschaffung. “

SR Urs Hunziker:

”Zu dieser Frage konnte ich in der GPK bereits Stellung nehmen. Es ging hauptsächlich um das System “Fördern und Beurteilen” - welches auch elektronisch ausgefüllt werden kann - und ob das Ausfüllen der neuen Formulare auch von Hand gemacht werden könnte. Allerdings hat Katrin Hauser-Lauber jetzt auch andere sehr wichtige Aspekte erwähnt; alle Schulhäuser ausser den Kindergärten können elektronisch kontaktiert werden und sind mit dem Schulamt vernetzt; dies hätte in der GPK von mir deutlicher hervorgehoben werden sollen. Sämtliche Kindergärtnerinnen gehören einem Schulhausteam an, worauf sie auch sehr grossen Wert legen, und können das Kantonale Schulblatt auf dem Schulcomputer einsehen. Gesetzliche Grundlagen für das zurzeit vorhandenen Informatiksystem aus dem Jahr 1999/2000 bestehen zurzeit nur für Primar- und Orientierungsschulen, nicht aber für Kindergärten. Ein neues Konzept ist in Ausarbeitung. Zu Bernhard Egli: Die Schulcomputer werden nicht in der KSD geleast und einstweilen auch länger belassen als die von der KSD installierten Anlagen. “

Werner Schöni (SVP):

”Ich bin erschrocken über das Votum von Katrin Hauser-Lauber. Für mich sollte es selbstverständlich sein, dass auch Kindergärten mit PC ausgerüstet sind. Kindergärtnerinnen gehören gemäss Erziehungsrat zum bereits untereinander vernetzten Lehrerpool und eine entsprechende elektronische Ausrüstung ist für mich selbstverständlich. “

Christian Hablützel (SP):

”Ich stehe mit einer gewissen Fassungslosigkeit vor Ihnen. So wie die Jugendlichen den sozialen Tod sterben, wenn man ihnen das Handy wegnimmt oder in einem

gewissen Alter keines bekommen, so sind Berufsleute ohne Computer von jeglicher Entwicklung abgeschnitten. Es gibt in der Berufswelt keine Kommunikation, die ohne Elektronik funktioniert. Ich kann es mir überhaupt nicht vorstellen, dass Kindergärtnerinnen, besonders auch im Zusammenhang mit den erhöhten Anforderungen in diesem Bereich, davon ausgeschlossen werden sollen.

Ich spreche zu Ihnen als Geschädigter, weil ich eine Partnerin habe, die an einer Schule arbeitet, welche auf solchen elektronischen Luxus verzichtet hat. Dies führt dazu, dass ich zur Hause einige Computersysteme und Modem unterhalte, und während der Nacht reger Geschäftsverkehr betrieben wird, damit die Arbeit ordentlich erledigt werden kann. Das kann es wohl wirklich nicht sein, und ich bitte Sie dringend, diesen Budgetposten wieder ins Spiel zu bringen. “

Alfred Zollinger (SVP):

”Ich bin auch erschüttert, wenn ich höre, dass wir diese Computer selbst anschaffen und die ganze Verwaltung gezwungen ist, ihre Anlagen über die KSD zu leasen. Wir haben bei den Kindergärten unter 2000 315.000 Miete, Wartung und Lizenzen Informatik im Budget 09 neu Fr. 18’800.-- vorgesehen. Ich mache beliebt, den Betrag von Fr. 57’000.-- für die Anschaffung zu streichen und die benötigten Computer von der KSD zu leasen, die sich ja auch um den entsprechenden Unterhalt und die Programme kümmert. Kindergärten sind ein Teil der Verwaltung, und es kann nicht sein, dass hier ein spezielles Züglein gefahren wird. “

Kurt Zubler (SP):

”Alfred Zollinger bemüht sich einen Weg zur Ehrrettung der GPK zu finden, nachdem wir so viel Schelte erhalten haben. Es gibt aber noch einen anderen Grund, warum wir mit Überzeugung und 7: 0 Stimmen für die Streichung des Anschaffungsbetrages gestimmt haben. Die Begründung lautet völlig anders, und ich verweise auf den Kommentar im Budget: *Gemäss Lehrplan werden im Kindergarten vermehrt elektronische Tests erfolgen*. Das war der Stein des Anstosses; wäre die Begründung die von Katrin Hauser-Lauber vorgetragene gewesen, hätte die GPK nicht einmal nachgefragt. Ich lege der GPK jetzt nahe, auf ihren Entscheid zurückzukommen, aber nicht wie von Alfred Zollinger vorgeschlagen. Wenn alle Schulen zurzeit in einem System von gekauften Computern laufen, macht es jetzt bei den Kindergärten keinen Sinn, quasi per Verfügung etwas anderes vorzuschreiben. Das Problem muss global gelöst werden oder man muss entscheiden, dass auch die Schulen in Zukunft bei der KSD zu leasen sind. “

SR Urs Hunziker:

”Ich möchte zur Schulinformatik noch Folgendes hinzufügen: Die Schule richtet sich nach Konzepten, die der Erziehungsrat abgesegnet hat und die vorläufig eine Beschaffung der Computeranlagen vorsehen. Die Schulen sind auch für die Wartung zuständig, das heisst, jedes Schulhaus hat einen Informatikverantwortlichen, der nach kantonalem Reglement entschädigt wird. Dieses System können wir nicht einfach über Bord werfen. Es gibt von der KSD ein neues Konzept, welcher vorsieht, dass auch die Schulen in Zukunft Pflichtabnehmer der KSD werden.

Der Betrag von Fr. 18’800.-- auf der Position 2000 315.000 steht für die Beschaffung der notwendigen *Lizenzen*, die Kosten für die *Anschaffung* von Fr. 57’000.-- werden gemäss Richtlinien in der Investitionsrechnung aufgeführt. Ich bitte Sie dies zu belassen und auch den Betrag für die Software nicht zu streichen. “

Bernhard Egli (OeBS):

"Es gibt offensichtlich Beispiele, wo der Kanton dümmmer als die Stadt ist. An der Kantonsschule wurden beispielsweise vor kurzem neue Computer eingerichtet, die neuerdings von der KSD geleast werden. Es ist ein absoluter Blödsinn, nach zwei Jahren das System umzustellen. Vielleicht können wir uns finden, damit der Betrag nicht gestrichen wird und dem Stadtrat empfehlen, bei den Kindergärten nicht auch noch Informatikverantwortliche nach dem alten System zu beauftragen, wenn ein kompletter Konzeptwechsel für alle Schulen bevorsteht. Bitte lassen Sie den Betrag von Fr. 57'000.-- im Budget. "

Peter Möller (SP):

"Die jetzt an den Schulen bestehende Lösung kann sicher nicht kurzfristig geändert werden, hier sollte abgewartet werden. Wir haben über die Neubeschaffung von 22 Einzelplatzstationen zu befinden, die völlig andere Anforderungen wie die Computer an der Schule haben. Diese Neuanschaffung kann meines Erachtens problemlos über die KSD-Leasinglösung getätigt werden. "

Rainer Schmidig (EVP):

"Wir stehen vor einem Vertrauensproblem, das wir mit der aktuellen Situation haben und sprechen überall und immer wieder Geld, wissen aber nicht genau, wann das einmal ein Ende hat, vor allem ab wann wir endlich einen Nutzen davon haben. In der GPK habe ich klar zum Ausdruck gebracht, dass ich sofort für diesen Betrag stimme, sofern die Kindergärtnerinnen den PC für ihre Vorbereitungen benötigen. Geht es nur darum, Tests und Formular auszufüllen, ist es mir zuviel Geld. Wenn damit die Vernetzung und die Verbindung zur PHSH erfolgt, muss diese über die KSD installiert werden, da die PH bereits an der KSD angeschlossen ist. "

SR Urs Hunziker:

"Die PHSH ist an der PH Zürich angeschlossen. Wir versuchen eine möglichst günstige Schulinformatik zu betreiben. Die Geräte in der Orientierungsschule wurden im Jahr 2002 eingerichtet und letztes Jahr war die Tranche für deren Ersatz im Budget aufgeführt. Wir haben das Material wirklich gut ausgenutzt. Selbstverständlich können wir problemlos alle Geräte von der KSD leasen und den Informatikverantwortlichen kann gekündigt werden. Es soll jedoch niemand in diesem Saal glauben, dass es dann billiger kommt. Wir hatten bisher eine preisgünstige und gut funktionierende Informatik. Wenn Sie mir die nötigen Kredite für das KSD-Leasing sprechen, mache ich sofort mit. "

Martin Egger (FDP):

"Wir haben gestern im Kantonsrat lange über Informatik diskutiert. Ich bezweifle, dass es klug ist, jetzt die Informatikstrategie von Schule und Verwaltung über einen Investitionsbetrag zu definieren. Grundsätzlich sind wir uns einig, dass Computer auch in den Kindergärten zu den alltäglichen Kommunikationsgeräten wie ein Telefon gehören. Es ist aber falsch, mit diesem Budgetbetrag die Informatikstrategie definieren zu wollen. Die gestern im Kantonsrat geäußerte Idee, dass zuerst ein entsprechendes Konzept vorliegen müsse, erscheint mir sinnvoll, und dies ist gemäss IT-Ministerin, Regierungsrätin Rosmarie Widmer-Gysel, bereits in Arbeit. Ich kenne die Thematik aus meinem beruflichen Alltag, Verwaltungs- und Schulnetze sind unterschiedlich, zwei verschiedene Philosophien stehen dahinter. Rainer Schmidig hat das zurzeit noch fehlende Vertrauen in die Informatik erwähnt. Es muss wirklich zuerst ein Gesamtkonzept erstellt werden. Ich möchte deshalb den Antrag von Katrin Hauser-Lauber unterstützen. Dem Stadtrat soll die Möglichkeit gegeben werden, ein neues Gesamtkonzept zu präsentieren und optimale Lösungen für

Kindergärten, Schulen und für die Verwaltung zu entwickeln. Die Kantonsregierung hat diesen Auftrag ebenfalls angenommen und in diesem Sinne verstanden. “

Abstimmung:

Der von Katrin Hauser-Lauber (FDP) gestellte Antrag wird mit 30 : 15 Stimmen angenommen.

Bernhard Egli (OeBS):

Seite 107, 210 503.224 Schulhaus Breite, Gesamtsanierung Altbau

”Die GPK hat hier Budgetkredite gestrichen und im Gesamtkonzept Schulraumplanung integriert. Es ist unbestritten, dass ein neues Schulhaus auf der Breite gebaut werden muss. Gäbe es eine Möglichkeit, dies zeitlich vorzuziehen, damit mit dem dringenden Neubau nicht bis zum Abschluss der Gesamtschulraumplanung gewartet werden muss? “

SR Peter Käppler:

”Der gestrichene Betrag von Fr. 50'000.-- wird nicht mehr benötigt, er war für einen Neubau in Etappen vorgesehen. Wir haben im Budget 2009 eine erste Sanierungstranche von Fr. 57'000.-- und eine zweite im Budget 2010 vorgesehen. Die Gesamtsanierung des Altbaus beträgt Fr. 1,6 Mio. Für die Projektierung des neuen Primarschulhauses werden Fr. 150'000.-- eingesetzt; dieser Betrag wird gemäss GPK in die Anträge der VdSR Schulraumplanung einfließen. Der im Budget 2009 stehende Betrag wird erst dann benutzt, wenn dieses Schulhaus nach konkreten Angaben projektiert wird. “

Dr. Cornelia Stamm Hurter (SVP):

”Die SPK Schulraumplanung ist gestern auf die Vorlage eingetreten. Es besteht Einigkeit darüber, dass auf der Breite ohne Verzug etwas unternommen werden muss. Diese Information ist zur Beruhigung der Gemüter gedacht. “

Simon Stocker (AL):

Seite 111, 341 Sportplätze, 343 Garderobenanlagen

”Ich habe keinen Antrag, aber eine Frage zu stellen. Vielleicht ist nicht gerade auf den ersten Blick ersichtlich, dass ich ein begeisterter Fussballer bin. Was mich jedoch absolut unzufrieden macht, ist die Situation der Schaffhauser Fussballplätze und vor allem der Garderobenanlagen. Besonders schlecht sieht es in der Garderobe des Fussballplatzes Gruben aus. Ich bin seit einigen Jahren dort aktiv und habe wirklich gewisse gesundheitliche Bedenken. Vor allem schäme ich mich, wenn wir gegen gegnerische Mannschaften spielen. Der Schimmelpilz in der Dusche bedeckt grössere Flächen wie die “Plättli”. Ist im nächsten Budget endlich eine Sanierung vorgesehen oder ob allenfalls ein Antrag nötig ist? “

SR Peter Käppler:

”Wir haben uns heute zufälligerweise auch im Stadtrat über die Zukunft der Fussballplätze unterhalten und ein Konzept genehmigt. Der Grubenplatz bleibt weiterhin bestehen und im Budget 2009 sind unter der Position 3430 314.324 Fr. 10'000.-- für die Containersanierung vorgesehen, damit die Schimmelpilze nicht noch weiter wachsen. Es soll geprüft werden, ob ein einfaches Garderobegebäude die bisherige Lösung ersetzen kann. “

Christian Bächtold (FDP):**Seite 111, 350 Übrige Freizeitgestaltung, Position frei wählbar**

"Der Stadtrat beantragte den Betrag von Fr. 250'000.-- für die Dachsanierung der Schweizersbildhalle im Budget aufzunehmen. Leider hat die GPK diesen Betrag nicht aufgenommen. Wir haben heute mehrere Millionen für Kultur, Sport und Freizeitgestaltung bewilligt und die KSS-Genossenschaft erhält auch wieder einen Defizitbeitrag. Ich bitte Sie und beantrage hiermit, für die Dachsanierung Fr. 250'000.-- erneut ins Budget aufzunehmen. Wir sollten endlich ein positives Zeichen in das Schweizersbild senden und zum Ausdruck bringen, dass es der Stadt ernst ist, diese Halle weiter zu betreiben. Wir strafen mit der Streichung nicht nur den Breitensport, es werden auch zahlreiche Jugendliche benachteiligt. Diese Sanierung ändert an den weiteren Verhandlungen zwischen Stadt und Stiftung nichts. "

Alfred Zollinger (SVP):

"Wir spielen den Handball nicht gegen die Kultur aus, sondern sind daran interessiert, dass endlich eine Lösung gefunden wird, sei es finanzieller oder rechtlicher Art. Auch in der GPK wurde klar festgehalten, dass Unterhalts- oder Sanierungsbeiträge bei einem Baurecht grundsätzlich nicht Sache der Stadt sind. Sie haben gelacht über meine Aussage: Hüten Sie sich am Morgarten, ein nächstes rinnendes Baurechtsdach kommt bestimmt. Denken Sie daran, wenn wir hier Fr. 250'000.-- bezahlen, wird damit ein Präjudiz für die Zukunft geschaffen. Was machen Sie, wenn der nächste kommt? Stadtrat und Stiftungsräte müssen sich jetzt gemeinsam eine Lösung finden, und ich bin überzeugt, dass es eine solche gibt. Die Stadt ist interessiert, dass die Halle weiter betrieben wird, aber nicht in einer Einbahnstrasse. "

SR Peter Kämpfer:

"Es geht hier nicht um ein gegenseitiges Ausspielen verschiedener Sportarten. Dass die Halle nicht der Stadt gehört, macht die Sache nur noch schwieriger. Wenn die Schweizersbildhalle uns gehören würde, wäre die Dachsanierung eine gebundene Ausgabe.

Im Frühjahr entschied sich die Bevölkerung knapp gegen das NASPO und die Stadt hat sich mit Vertretern der Stiftung getroffen und versucht, ein Nachfolgeprojekt auf die Beine zu stellen. In diesem Zusammenhang wird auch über die zukünftige Funktion der Schweizersbildhalle diskutiert. Es macht keinen Sinn, wenn die Halle von einem anderen Betreiber wie dem NASPO-Nachfolgeprojekt betrieben wird. Hier müssen wir uns noch zusammenraufen.

Die Schweizersbildhalle weist ein ungedecktes Defizit auf; dies generiert wiederum ungedeckte Kosten, die irgendwann einmal gedeckt werden müssen. Das Dach ist ein weiteres grosses Problem. Kostenschätzungen seitens der Stiftung haben ergeben, dass eine Sanierung rund Fr. 250'000.-- beträgt, es ist eine Minimalsanierung. Der Stadtrat hat beschlossen in einem schnellen Verfahren die Sanierung sicherstellen.

Die Halle hat für die Stadt eine wichtige Bedeutung, zumal viele Spiele und Trainings von Junioren der Kadetten und des Volleyballclubs dort stattfinden. Die GPK ist nicht grundsätzlich gegen die Halle oder gegen den Handballsport, sondern wünscht eine ausführliche Vorlage mit zusätzlichen Details zuhanden des Parlaments. Der gesetzte Zeitrahmen sollte eine Dachsanierung im Frühjahr des nächsten Jahres - sobald der Spielbetrieb beendet ist - erlauben. Verschiedene Finanzierungspunkte sind noch abzuklären, wie beispielsweise eine Kostenbeteiligung des Kantons, da die

Halle der ganzen Region dient.

Andererseits ist die Situation der Besitzverhältnisse zu klären; entweder bleibt Halle im Besitz der Stiftung, damit sie das Verfügungsrecht weiterhin wie gewünscht behalten kann - und dies gilt natürlich dann auch für die Finanzierung - oder es muss eine ganz andere Lösung gefunden werden. Hier besteht noch Klärungsbedarf.

Alle Details müssen in der Vorlage transparent dargestellt werden, so lautet der Auftrag der GPK. Im kürzlich erschienen Zeitungsartikel entstand der Eindruck, die GPK wolle die Beiträge nicht sprechen oder sei gegen die Halle und werde vom Stadtrat dabei unterstützt, was in dieser Art nicht stimmt. “

Werner Schöni (SVP):

”Ich spreche aus meiner persönlichen Sicht und nicht im Namen der Fraktion; ich habe Verständnis für die GPK, vieles ist unklar. Man versucht, Probleme “auszusitzen”. Die Situation und Lage zwischen der Stiftung und der Stadt ist alles andere als einfach. Die Stiftung hat bereits kurz nach der Abstimmung klar und deutlich ihre Haltung bekannt gegeben, und daraus hätte die Stadt etwas machen können. Die Bedeutung der Halle für den Breitensport ist gross, und ich bin der Ansicht, dass der Stadtrat eine erhebliche Verantwortung mitträgt. Der GPK-Präsident verlangt einen Bericht, ich erwarte ein möglichst rasches Handeln zugunsten der Sportarten. “

Christian Hablützel (SP):

”Bitte folgen Sie dem Antrag der GPK, denn wir sind vom Heimfall bedroht. Der Heimfall hat einen bestimmten Schlüssel, nach dem gerechnet wird, und ich möchte die Halle nicht mit städtischen Geldern finanzieren und fünf Monate später zurückkaufen. Schaffen Sie klare Eigentumsverhältnisse oder unterbreiten Sie der Stiftung einen deutlich formulierten Leistungsvertrag. “

Martin Egger (FDP):

”Es herrscht Einigkeit, dass die Halle überregionale Bedeutung für Jugend- und Breitensport hat. Ich habe viele Leute getroffen, die nach der Abstimmung gesagt haben, sie hätten sich für den Jugend- und Breitensport ausgesprochen und seien enttäuscht über die Abfuhr an der Urne gewesen. Wir sollten ein Zeichen setzen, eine Vorlage wird bereits ausgearbeitet. Aber die Dachsanierung ist für die Aufrechterhaltung des Betriebes sehr wichtig und sollte deshalb gut geheissen werden. Ich werde den von Christian Bächtold gestellten Antrag im Sinne einer Unterstützung des Jugend- und Breitensports deshalb unterstützen. “

SR Peter Kämpfer:

”Zu Werner Schöni: Ich weiss nicht in welcher Funktion Sie heute Abend hier sind; aber Sie sind mit zwei anderen Mitgliedern des GrSR auch Stiftungsmitglied. Bitte setzen Sie sich auch innerhalb des Stiftungsrates für entsprechende Lösungen ein. Ich lasse den Vorwurf, der Stadtrat habe in dieser Sache seit der Abstimmung nichts unternommen, nicht gelten. Wir arbeiten sehr intensiv mit der Stiftung zusammen; aber es ist nicht einfach, wenn von einem Projekt in einer Agglomerationsgemeinde gesprochen wird und die Stadt einfach “spuren” muss, wenn grosse Summen Geld verlangt werden. Wir haben eine Verantwortung gegenüber der Einwohnergemeinde Schaffhausen, und dies hat nichts damit zu tun, ob wir für oder gegen den Hallensport sind. Es wäre schön, wenn auch von Seiten der Stiftung mit uns zusammengearbeitet würde. Ich bitte Sie uns in Ihrer Funktion als Stiftungsmitglied dabei tatkräftig zu unterstützen. “

Christoph Lenz (AL)

"Bitte folgen Sie dem Antrag der GPK. Ich finde es befremdend, dass das Dach einer Halle bereits nach 10 bis 12 Jahren saniert werden muss. Ich kenne kein Beispiel einer städtischen Halle, wo so etwas notwendig war. Ich möchte dazu in der Vorlage Detailinformationen nachlesen können. "

Abstimmung:

Der von Christian Bächtold (FDP) gestellte Antrag wird mit 35 : 8 Stimmen abgelehnt.

Susanne Günter (FDP):**Seite 114, 620 501.603 Oberbauerneuerung**

"Ich spreche zu „Ausbau zu einem Kreisel“, Knoten Gräfler: In der GPK habe ich bereits den Antrag auf Streichung gestellt, der jedoch nicht angenommen wurde. Der Ausbau des Kreisels beläuft sich auf rund Fr. 190'000.--. Ich appelliere an den gesunden Menschenverstand des Bauamtes. Da ich in der Nähe wohne, konnte ich die Beobachtung machen, dass vor allem Tieflader mit ihren 12 oder 16 Hartgummireifen grosse Mühe haben vom Schweizersbild Richtung Gräfler und Falkenegg Rondell zu gelangen. Bitte überprüfen Sie nochmals, ob solche Fahrzeuge wirklich den geplanten Kreisel passieren können. "

SR Peter Kämpfer:

"Unsere Leute haben sicherlich gesunden Menschenverstand, aber selbst Tieflader fahren macht niemand von uns. Abklärungen beim Stadtingenieur haben ergeben, dass es möglich ist. Es geht nicht nur um den Kreisel, sondern auch um die Sanierung der Strasse und zwei Platten bei der Bushaltestelle. Der Teilbetrag des Kantons wurde an der gestrigen Budgetsitzung genehmigt. Wegen der unübersichtlichen und unfallträchtigen Verkehrssituation (vier Strassen) erscheint der Bau eines Kreisels sinnvoll. Selbstverständlich muss für alle Schwertransporte gewährleistet sein, dass diese von der Lenkgeometrie her den Kreisel passieren können. Der Kostenaufwand für den Kreisel beläuft sich auf Fr. 50'000.--, die restlichen Fr. 140'000.-- sollten im Budget belassen werden. Ich beantrage Ihnen der vorgeschlagenen Gesamtlösung zuzustimmen. "

Bernhard Egli (OeBS):

"Dieser Kreisel ist nicht einmal "nice-to-have", sondern relativ problematisch. Diese Strasse kann durchaus saniert werden, die Verkehrssituation ist meines Erachtens sehr übersichtlich und es braucht keinen Kreisel. Die Hauptachse Richtung Schweizersbild ist klar, die Wohnstrasse Stettenerstrasse ist ebenfalls sehr übersichtlich. Ich beantrage eine Streichung von Fr. 50'000.-- für den Kreisel. "

Peter Möller (SP):

"Ich kann Susanne Günter beruhigen, die Tieflader müssen bereits einen Kreisel passieren, und ich gehe davon aus, dass der obere jetzt geplante Kreisel etwa die gleichen Dimensionen haben wird; es sollten deshalb keine grösseren Probleme entstehen. "

Alfred Zollinger (SVP):

"Der Kreisel Gräfler ist unbestrittenermassen eine Unfallstelle, mit der Hauptstossrichtung von der Kirche Richtung Schweizersbild, der rechts abzweigenden Stettenerstrasse und einer weiteren kleineren Strasse auf der rechten Seite. Aus Gründen der Verkehrssicherheit sind die Fr. 50'000.-- gut investiertes Geld. "

SR Peter Käppler:

"Ich bin überrascht vom Votum von Bernhard Egli. Wir planen nicht einfach Kreisel aus Lust an Kreisel, sondern weil es an dieser sehr unübersichtlichen Stelle Sinn hat, wie bereits vom GPK-Präsidenten ausgeführt. Die Schulen und Anwohner wünschen diesen Kreisel, wir haben keine "Kreiselitis". Für Fussgänger und Autofahrer ist es aus unserer Sicht die beste Lösung. "

Abstimmung:

Der von Bernhard Egli (OeBS) gestellte Antrag wird mit 30 : 10 Stimmen abgelehnt.

Christian Bächtold (FDP):**Seite 120, 942 700.801 Wasserquelle, Gesamtsanierung**

"Im Text wird vermerkt: Finanzvermögensliegenschaft, Abbruch und Instandstellungsarbeiten; im Kommentar steht: Vorbereitungsarbeiten für Baurechtsvergabe. Was ist mit diesem widersprüchlichen Text gemeint? Die Vorbereitung von Baurechtsverträgen kann ja wohl kaum Fr. 380'000.-- kosten. "

SR Peter Käppler:

"Es handelt sich um zwei Liegenschaften, auf denen heute Gebäude stehen. Parzelle an der Spielgutstrasse: Dort muss die Tankstelle abgebrochen und die Altlasten müssen saniert werden, damit eine Baurechtsvergabe möglich wird; Kostenhöhe: Fr. 210'000.--.

Liegenschaft des heutigen Männerheims Schönhalde, das nach Neuhausen umgezogen ist: Das Gebäude muss ebenfalls für eine zukünftige Ausschreibung im Baurecht abgebrochen werden. "

Kurt Zubler (SP):**Seite 121, 942 703.126 Wasserquelle, Sanierungskredit**

"Zu dieser späten Stunde möchte ich Sie mit einer Wasserquelle erfrischen. Die GPK hat den Sanierungskredit gestrichen und ich möchte Sie aus fünf Gründen ersuchen, dies zu revidieren. Die Liegenschaft "Zur Wasserquelle" wurde bereits zweimal mit allem Drum und Dran ausgeschrieben und mit grossem Bemühen angepriesen. Im zweiten Umgang wurde der Substanzwert um über Fr. 200'000.-- reduziert. Eine weitere Ausschreibung würde zu weiteren Kosten und Aufwänden der Verwaltung führen, der Substanzwert müsste allenfalls weiter reduziert werden.

Die Wirtschaftsförderung und weitere Kreise bemängeln, dass im Gegensatz zu Kaufobjekten zu wenige Mietobjekte im oberen Qualitätssegment auf dem Markt seien. Dies sei mitunter ein Problem, wenn hoch qualifizierte Personen in der Stadt Schaffhausen Wohnsitz nehmen und kein Wohneigentum erwerben wollen.

Sie werden mir deshalb sicher zustimmen, dass es durchaus angezeigt sein kann, dass die Stadt in diesem Segment selbst aktiv wird, wie das andere Städte längst erfolgreich vormachen. Das Baureferat hat berechnet, dass auf dem investierten Kapital eine Rendite von 5-6% zu realisieren sei. Die Investition kommt zur richtigen Zeit. Die wirtschaftlichen Perspektiven sind weltaufr, weltab, landauf und landab düster bis bewölkt. Der Ruf nach Investitionsprogrammen erschallt weit herum. Da erscheint es doch fast fahrlässig, eine geplante umsetzungsbereite und sinnvolle Investition zu streichen oder auf die lange Bank zu schieben.

Die lange Bank leitet über zum fünften Punkt: Mit der weiteren Aufschiebung der

Sanierung steht das Gebäude noch länger leer, was sich nicht rechnet und auch kein Ruhmesblatt für die Stadt ist. Unnötige Leerstände von Liegenschaften im städtischen Besitz machen sich gerade in der Altstadt sehr schlecht.

Mit der Genehmigung des Sanierungskredits möchte ich einen weiteren Fall Granatenbaumgut verhindern, und alle sich in Zukunft mit solchen Geschäften befassende Kommissionen davor bewahren, sich im Lauf des kommenden Jahres andauernd mit einer Wasserquelle befassen zu müssen, wie das in der GPK im Falle des Granatenbaumgutes während vier Jahren in stetiger Wiederholung passiert ist. “

Roland Schöttle (parteilos):

“Die gemeinsame Fassade und die dahinter getrennten Häuser machen mich stutzig. Der GPK-Präsident hat mich soeben informiert, dass das Hochbauamt ein Projekt ausgearbeitet habe, aber darüber noch nicht mit den Nachbarn gesprochen hat. Naheliegend wäre eine Arrondierung dieser zwei Liegenschaften, die eigentlich zusammen gehören. Ich kenne die bisher geführten Verhandlungen des Stadtrats nicht; eigentlich müsste er pro aktiv das Gespräch suchen und allenfalls Konzessionen machen. Was ebenfalls mitspielt ist das Handicap der Denkmalpflege, die grosse Hürden für eine rentable Sanierung auferlegt. Ob es das Gelbe vom Ei ist, wenn die Stadt Sanierungsarbeiten durchführt, nur damit etwas gemacht wird, bezweifle ich. Mir scheint, dass das Projekt nicht fertig durchdacht ist und noch nicht ans Ziel gebracht wurde. “

Alfred Zollinger (SVP):

“In der GPK wurde der Antrag mit 4:3 Stimmen gestrichen. Es ist nicht fahrlässig, der GPK zu folgen; fahrlässig erscheint mir eine Investition von Fr. 1,5 Mio. Was passiert danach? Wir verlangen eine nochmalige Überprüfung von verschiedenen Varianten, von der Eigennutzung bis zum Verkauf der Liegenschaft. Es soll eine Vorlage mit allen Details präsentiert und Gespräche mit den Nachbarn geführt werden. Wir wehren uns keinesfalls gegen eine Sanierung, sofern diese abgestimmt und möglich ist, aber einfach „carte blanche“ oder „plein pouvoir“ geben wollte die Mehrheit der GPK nicht. Bitte folgen Sie der GPK und streichen Sie Fr. 1,5 Mio. “

SR Peter Kämpfer:

“So einfach haben wir es uns im Bausekretariat und im Hochbauamt nicht gemacht. Wir haben das Objekt zweimal ausgeschrieben, nach der ersten Ausschreibung wurde ein zu hoher Substanzwert kritisiert, vor allem wegen der Investitionen. Der Stadtrat hat den Substanzwert für die zweite Ausschreibung auf Fr. 875'000.--. Das Resultat war identisch, der Substanzwert wurde von möglichen Interessenten als weiterhin zu hoch eingestuft.

Wir haben anschliessend ein Sanierungsprojekt ausgearbeitet. Die Liegenschaft ist im sanitären Bereich in einem sehr schlechten Zustand und wurde längere Zeit nicht als Wohnhaus, sondern als Büro genutzt, was zu gewissen Schäden führte. Es ist vorgesehen, das Ladengeschäft - an einem langjährigen Mietverhältnis interessiert - zu belassen und zwei 3 1/2-Zimmerwohnungen und eine 5 1/2-Zimmer Maisonnettewohnung einzurichten. Wenn ein Lift eingebaut wird - was die Vermietbarkeit erheblich erhöht - beläuft sich die Gesamtsanierung auf Fr. 1,5 Mio., ohne Lift Fr. 1,2 Mio. Die Nachbarn sind, wie von Roland Schöttle vorgeschlagen, kontaktiert worden, zeigen aber im Moment kein Interesse. Das Projekt liegt vor und wäre sofort umsetzbar. Wir sind von der Machbarkeit überzeugt.

Eine weitere Ausschreibung dauert 3-4 Monate, und dann stehen wir allenfalls erneut

vor der gleichen Ausgangslage und müssen gemeinsam mit der GPK das weitere Vorgehen besprechen.

Die Problematik eines Verkaufs liegt bei den heutigen Kompetenzen des Grossen Stadtrates in der obligatorischen Volksabstimmung; diese Lösung ist bei zukünftigen Käufern wenig beliebt, das versteht sich von selbst. “

Roland Schöttle (parteilos):

”Der eingesetzte Sanierungsbetrag mit Fr. 1,5 Mio. und Fr. 800'000.-- Substanzwert ergeben eine Gesamtinvestitionssumme von Fr. 2,3 Mio., da braucht es selbst bei drei Wohnungen rechte Zinsen. Müssten nicht vielleicht doch weitergehende Konzessionen gemacht werden, wenn Privatinvestoren ein kaufmännisch funktionierendes Modell präsentieren und den Kaufpreis tiefer ansetzen? “

Abstimmung:

Der von Kurt Zubler gestellte Antrag wird mit 28 : 21 Stimmen abgelehnt.

DETAILBERATUNG V, VI, VII, VIII, IX

V. Spezialfinanzierungen Seite 124 bis 134

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, V. Spezialfinanzierungen, Seite 118 bis 128.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Spezialfinanzierungen.

VI. Stiftungen und Legate Seite 136 bis 147

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, VI. Stiftungen und Legate, Seite 136 bis 147.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Stiftungen und Legate.

VII. Spezialverwaltungen Seite 152 bis 168

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, VII. Spezialverwaltungen, Seite 152 bis 168.

Bernhard Egli (OeBS):

Seite 152, KSD Kanton und Stadt Schaffhausen Datenverarbeitung

”Wir haben ein generelles Problem, dass die Informatikkosten teilweise rasant zunehmen, siehe unter Position 452.000 Leistungen für die Stadt. Von 2007 auf 2009 beträgt die Zunahme 55%, von 2008 auf das Budget 2009 27%. Der Entscheid, die Hardware bei der KSD zu verbuchen und die Endgeräte in den Verwaltungen zu leasen, war wohl richtig. Nun aber fehlt jeglicher Sparanreiz: Die KSD kann einfach alle Kosten und ihre Arbeiten weiter verrechnen, ob sie effizient ist oder nicht; die Verwaltungen bekommen einfach von der KSD einen Budgetposten aufgebremst, der nur schwer nachvollziehbar ist. Per November 2008 ist ein neuer Leiter der KSD angestellt worden; die KSD-Betriebskommission ist daran, mit dem neuen Chef und 3 externen Fachleuten die Strategie der KSD neu zu definieren. Ist der Stadtrat bereit, das Parlament in geeigneter Weise in Entscheidungen zur Neuorientierung der KSD einzubeziehen? “

SR Veronika Heller:

”In der Betriebskommission vertrete ich den Stadtrat, Werner Bianchi vom Controlling ist ebenfalls dabei sowie Andres Bächtold als Vertreter des Grossen Stadtrates. Die

konzeptionelle Vorarbeit dieser Kommission wurde gestern im Kantonsrat ausführlich vorgestellt und erläutert. Die GPK des Kantonsrates und des Grossen Stadtrates ist am 20. August 08 detailliert über den aktuellen Stand der Dinge dokumentiert worden. Der Stadtrat und der Regierungsrat haben sich am 18. November 08 getroffen. Über die Weiterentwicklung des umfassenden und komplexen Gesamtprojektes "Informatik Schaffhausen" werden beide Parlamente zu gegebener Zeit eine Vorlage erhalten, als Zeithorizont ist mit rund 2 Jahren zu rechnen. Dabei darf man nicht vergessen, dass auch der Bund seine Sicherheitsvorschriften an die Kantone massiv verschärft hat, das heisst der IT-Grundschutz muss garantiert sein, sonst wird man vom Bund "abgehängt"; dies wird in unterschiedlichen Kombinationen zu diversen Problemen führen, die gelöst werden müssen, damit diese Anforderungen erfüllt werden können. Beide Parlamente werden entsprechende Vorlagen erhalten und das Volk wird abschliessend entscheiden. "

Es erfolgen keine weiteren Wortmeldungen zu den **Spezialverwaltungen**:

- Holzschnitzelbetrieb
- Abwasserreinigungsanlage Röti
- Kehrrechtverbrennungsanlage Hard
- Multikomponentendeponie Pflumm

VIII. Stiftung Impuls Seite 171 bis 175

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, VII. Stiftung Impuls, Seite 171 bis 175

Es erfolgen keine Wortmeldungen zur Stiftung Impuls.

IX. Betriebe Seite 179 bis 190

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, IX. Betriebe, Seite 179 bis 190.

Christian Hablützel (SP):

Seite 179, Globalbudget 2009 Städtische Werke Schaffhausen

"Es ist das letzte Mal, dass ich etwas zu den Städtischen Werken sagen werde; ich bin stolz auf diese Werke, sie bringen eine Leistung, die ihresgleichen sucht. Aber die uns vorliegenden Unterlagen sagen überhaupt nichts aus. Es wäre sehr einfach, lesbare Daten für das Parlament zu bringen, und ich empfehle dringendst, die Städtischen Werke in Zukunft auch im Budget mit einer Bilanz zu rapportieren, erst dann macht nämlich eine Erfolgsrechnung Sinn. "

Stadtpräsident Marcel Wenger:

"Ich nehme diese Anregung gerne entgegen. Gleichzeitig erinnere ich Sie daran, dass dieses Parlament die Globalbudgetierung verabschiedet und der VK der Städtischen Werke die Kompetenz erteilt hat, das Detailbudget zu beraten. Im Übrigen möchte ich Sie daran erinnern, dass Sie auf Seite 16 im Geschäftsbericht die Detailbilanz haben, welche ich Ihnen heute aber nicht besser präsentieren kann, da der Geschäftsbericht für das Jahr 2008 noch nicht vorliegt. Selbstverständlich kann das Globalbudget detaillierter ausgestaltet werden, aber bitte bleiben Sie bei der in der AGSSF erarbeiteten Aufgabenteilung. "

DETAILBERATUNG SACHGRUPPENSTATISTIK UND GESAMTERGEBNIS VERWALTUNGSRECHNUNG

II. Sachgruppenstatistik Seite 7 bis 10

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, II. Sachgruppenstatistik, Seite 7 bis 10.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zu Sachgruppenstatistik.

I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung Seite 3

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen, I. Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung, Seite 3.

Es erfolgen keine Wortmeldungen zum Gesamtergebnis der Verwaltungsrechnung.

Thomas Jaquet/Zentralverwaltung gibt folgende Zahlen für das Budget 2009 bekannt:

Aufwandüberschuss Laufende Rechnung:	Fr. 865'300.--
Ausgabenüberschuss Investitionsrechnung:	Fr. 21'691'900.--
Finanzierungsfehlbetrag:	Fr. 16'311'300.--

Der **Ratspräsident** stellt fest, dass kein Rückkommensantrag gestellt wird.

BOTSCHAFT DES STADTRATES UND ANTRÄGE

Die 1. Vizepräsidentin, Christa Flückiger (SP), verliest die Botschaft Seite 1 bis 12 (bis zu den Anträgen) und die Anträge wie folgt:

ANTRÄGE

1. Der Voranschlag für das Jahr 2009 wird genehmigt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit a der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

2. Der Gemeindesteuerfuss wird auf 98% festgesetzt und gemäss Art. 11 Abs. 1 lit b der Stadtverfassung dem fakultativen Referendum unterstellt.

Daniel Preisig (JSVP):

"Ich beantrage Ihnen namens der SVP/JSVP den Steuerfuss um 2% auf 96% zu senken. Begründung: 2009 wird steuertechnisch ein gutes Jahr werden, die vorsichtige stadträtliche Budgetierung lässt Mehreinnahmen erhoffen. 2% Steuersenkung sind deshalb vertretbar. Mit der Anpassung auf 95% erreichen wir endlich das Ziel Neuhausen und die Stadt gleichzustellen. Die Stadt muss die Steuerstrategie des Kantons endlich mittragen. Wen die Stadt - mit etwa der Hälfte aller Kantonseinwohner - nicht am gleichen Strick zieht, verpufft die ganze Energie. Die Steuerfussreduktion ist auch ein klarer Auftrag an den neuen Stadtrat, in der Finanzpolitik das Steuer endlich herumzureissen. Es ist zu hoffen, dass er die Jammer-, Vertuschungs- und Ausredestrategie der letzten Jahre aufgibt und seine Energie darauf konzentriert die Stadt endlich weiterzubringen. Und zum Schluss noch dies: Steuersenkungen sind das beste Konjunkturprogramm. "

Dr. Raphaël Rohner (FDP):

"Wie angekündigt, auch von unserer Fraktion ein Antrag auf Reduktion des Steuerfusses. Ich habe Ihnen bereits gesagt, dass wir in Weiterverfolgung unserer Tradition von sauber substantzierten Anträgen in finanzpolitischen Angelegenheiten uns das sehr gut überlegt haben, wir stellen Antrag auf Steuerfussenkung von 1% auf 97%.

Die FDP/jfsh-Fraktion hat sich in der nun ablaufenden Legislatur konsequent, aber unter gleichzeitiger Beachtung des finanzpolitisch Machbaren und Vertretbaren, für eine Reduktion des Steuerfusses eingesetzt und damit zu einer Entlastung der Steuerpflichtigen unserer Stadt beigetragen. Die jeweils vom Stadtrat vorgelegten Rechnungen haben uns und unseren bürgerlichen Kollegen im Grossen Stadtrat jeweils insoweit Recht gegeben, als dass zwischen Budget und Rechnung stets trotz massvoller Steuerfussenkungen ein erhebliches - positives Delta - zu verzeichnen war und die zurückhaltenden, wenn nicht gar düsteren Prognosen des Stadtrates sich glücklicherweise nie als zutreffend erwiesen haben.

Wir wissen, dass sich die Krise auf den internationalen Finanzmärkten auch auf unser Land auswirkt. Die Wirtschaft, die noch vor wenigen Monaten mit einem realen Wachstum für die nächsten zwei Jahre ausgehen konnte, muss sich darauf einrichten, dass es hier zu einer deutlichen Korrektur kommen wird und die Erträge kaum in erwartetem Umfang eintreffen werden. Wir wissen daher auch, dass umso grössere Zurückhaltung bei den Prognosen in Bezug auf die Steuererträge für die kommende Zeit angebracht ist.

Immerhin hat das Staatsekretariat für Wirtschaft SECO in diesem Herbst in einer Veröffentlichung zu den Konjunkturtendenzen festgehalten, dass die Expertengruppe Konjunkturprognosen des Bundes zwar aufgrund der weltwirtschaftlichen Abkühlung eine konjunkturelle Verlangsamung prognostiziert, sie indessen ihre bisherige Wachstumsprognose von 1.3% für 2009 unverändert beibehält, selbstverständlich unter Hinweis auf die erhöhten Risiken. und diesen wollen wir mit unserem Antrag Rechnung tragen.

Es ist immerhin davon auszugehen, dass die Steuererträge von den natürlichen Personen im kommenden Jahr eher über den im Budget festgehaltenen Zahlen liegen werden, zumal sich die diesjährige positiv verlaufende Lohnrunde der Arbeitnehmenden auch diesbezüglich positiv auswirken wird. Bei den juristischen Personen ist aus angeführten Gründen mehr Zurückhaltung angebracht, zumal von den Grossbanken kaum grosse Steuererträge zu erwarten sind. Nachdem die Schweizer Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in den vergangenen Jahren indessen ihre Restrukturierungen erfolgreich abgeschlossen haben, gelten sie auf dem internationalen Markt als sehr konkurrenzfähig und werden sich daher auch in der Konjunkturflaute oder gar einer Rezession besser behaupten können als in den neunziger Jahren. Insgesamt wäre es denn auch hier falsch, eine zu grosse Zurückhaltung in Bezug auf die Steuereinnahmen zu üben.

Im Hinblick auf die nach wie vor für das erfolgreiche Bestehen im gesamtschweizerischen Standortwettbewerb, insbesondere aber auch in demjenigen mit den Nachbargemeinden im Kanton Zürich, zentrale Zielsetzung einer sukzessiven Reduktion des Steuerfusses auf das Niveau der Weinland-Gemeinden erachten wir auch in Berücksichtigung aller aufgeführten Überlegungen eine Senkung des Steuerfusses um 1% - mehr wäre schön gewesen aber liegt nicht drin - als vertretbar und richtig. Ich kann Sie diesbezüglich auch auf eine aktuelle

Publikation im gestrigen Tagesanzeiger hinweisen. Im Kanton Zürich sind die Gemeinden grösstmehrheitlich ebenfalls in dieser Richtung tätig; wir haben in Andelfingen eine Steuerfussreduktion zu gewärtigen, in Flurlingen 1%, in Laufen/Uhwiesen ebenfalls, und es ist sehr interessant festzustellen, dass selbst im Tagesanzeiger, der sich üblicherweise sehr kritisch bei Steuerfussenkungen äussert, doch davon ausgegangen wird, dass es sich bei einer massvollen Steuerfussreduktion - so wie wir dies heute beantragen - wohl mehr als nur vertreten lässt. In diesem Sinne bitten wir Sie unserem Antrag zu folgen. “

Christoph Lenz (AL):

”Es ist an der heutigen Budgetsitzung schon etwas mehr als ein “déjà entendu”; es ist eine alte Litanei, die von bürgerlicher Seite wieder ausgepackt wird, dass man die Steuern senken soll. Daniel Preisig hat gesagt, wir müssen in der Finanzpolitik das Steuer herumreissen. Dem stimme ich zu, in den letzten 8 Jahren hatten wir 8% Steuerfussenkung, ein ordentlicher Schwenker in die falsche Richtung.

Ich bin nicht damit einverstanden, dass bei einem Budget mit einer Million Fehlbetrag weitere Steuersenkungen vorgenommen werden und die Stadt aushungert wird. Seit 15 Jahren höre ich den Ruf von bürgerlicher Seite; Sie haben ihn lange Jahre damit begründet, Sie wollten neues Steuersubstrat nach Schaffhausen holen - dieses stammt aber vor allem von juristischen Personen.

Wenn Walter Hotz uns ein schwer verständliches Diagramm präsentiert und behauptet, bei tieferem Steuerfuss erhöhen sich die Steuereinnahmen, dann weiss ich nicht, welcher Logik dies folgt. Ich bitte Sie um Ruhe; Sie müssen mir nicht zuhören, aber Sie müssen mir zumindest den Raum lassen, ein Votum abzuhalten.

Des Weiteren behaupten Sie, mit Steuersenkungen Neuzuzüger nach Schaffhausen zu locken. Gemäss Statistik sind die Bevölkerungszahlen in den letzten 15 Jahren stagnierend. Ihre Steuersenkungsstrategie hat bei der Stadtbevölkerung keine Erfolge gezeitigt, sondern sie hat die Stadt ihrer wirtschaftlichen Handlungsfähigkeit nachhaltig beraubt. Wir haben heute einen aufgelaufenen Investitionsbedarf von Fr.120 Mio. bis Fr. 150 Mio. für die nächsten 5 Jahre; die Schulraumplanung schlägt bei einer Sparvariante mit rund Fr. 70 bis Fr. 80 Mio. zu Buche und die Sportstätten benötigen mindestens Fr. 10 Mio., die KSS leider ebenfalls Fr. 10 Mio., das Stadthausgeviert muss mit Fr. 8 bis Fr. 10 Mio. finanziert werden sowie das Rheinufer und das Altersheim Wiesli. Die Liste wäre unendlich weit fortsetzbar. Das Eigenkapitalkonto ist mit gerade mal Fr. 10 Mio. lächerlich bestückt - und jetzt kommen Sie und beantragen weitere Steuersenkungen, verbrennen das Eigenkapital der Stadt, und diese muss mit Fremdkapital die anstehenden Investitionen finanzieren. Ich bin insbesondere von der FDP enttäuscht, Sie haben heute den Kreis der konstruktiven Kräfte verlassen, und ich hoffe, dass Sie am Sonntag die Quittung dafür erhalten. “

Florian Hotz (jfs):

”Es ist tatsächlich so, dass durch Steuersenkung neues Steuersubstrat angelockt wird, dadurch mehr Wirtschaftskraft entsteht und sich die Steuereinnahmen erhöhen. Dies ist das so genannte Konzept der Lafferkurve, das wir gerne gemeinsam studieren können.

Es gibt tatsächlich Konzepte, die wissenschaftlich auch durch namhafte Grössen, die eher Eure Weltsicht teilen, anerkannt sind. Ich stelle fest, dass wir Angst haben; Angst davor, dass die Wirtschaft Schaden nimmt; Angst davor, dass wir die

kontinuierliche Entlastungspolitik - die bisher erfolgreich war - nicht weiterführen können. Ich möchte der Linken und der Mitte empfehlen, dass wir auch Angst haben sollten, diese Politik der Entlastung *nicht* weiterzuführen.

Von Seiten linker Ökonomen und von Politikern, die eher für Staatseingriffe plädieren, wird oft nach Fiskalimpulsen gefragt, das heisst der Staat muss konsumieren, investieren und der Wirtschaft unter die Arme greifen (Keynesianismus). Es gibt zwei Varianten, um diese keynesianischen Wirkungen zu erzielen: Neue Ausgaben generieren oder Steuern bei gleichen Ausgaben senken. England macht dies, mit einer linken Regierung, die USA plant massive Impulse; Sie alle kennen die Schuldenbremse in der Schweiz, die auch antizyklisches Verhalten vorsieht. Roland Schöttle hat dies ebenfalls das Gleiche ausgeführt. Impulsprogramme starten heisst jetzt Steuern zu senken und die Wirtschaft zu stützen. Zyklisches Verhalten ist vermutlich in der aktuellen Situation das falsche. Ich finde, dass 2% ein sehr guter Kompromiss sind. Warum? Weil dies - wie von Daniel Preisig ausgeführt - für fiskalpolitisch konservative Kräfte tragbar ist, 2% eine moderate Senkung darstellt und weil dies auch für SP-Leute, die für Impulse und Eingriffe in die Wirtschaft seitens des Staates sind, das richtige ist. Marx und Engels werden sich nicht im Grabe umdrehen; sie würden sich vielmehr freuen, wenn auch SP-Leute zustimmen würden. "

Peter Möller (SP):

"Obwohl ich nicht davon ausgehe, noch Leute überzeugen zu können, kann ich es nicht unterlassen, meine Ausführungen vorzubringen. Die Argumente für eine Steuerfussenkung habe ich wohl vernommen und muss dazu sagen: Nicht viel Neues unter der Sonne. Nicht erstaunlich ist, dass Sie die Studie der wohl selbst in Ihren Augen unverdächtigen Credit Suisse nicht zur Kenntnis nehmen wollen, dass nämlich den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Schaffhausen - wenn man alle relevanten Fixausgaben berücksichtigt und eben nicht nur die Steuern - mehr im Portemonnaie bleibt als in angrenzenden Gemeinden.

Und ich kann es nicht unterlassen auch eine Wiederholung anzubringen; ich bin überzeugt, dass sich eine lebenswerte attraktive Stadt nicht über den Steuerfuss definiert. Eine lebenswerte Stadt braucht durchgrünte Quartiere, zeitgemässe und gute Schulen, ein breites kulturelles Angebot, einen umweltfreundlichen und gut ausgebauten öffentlichen Verkehr. Damit dies sichergestellt werden kann, benötigt ein Gemeinwesen auch genügend finanzielle Mittel. Ihre Strategie des finanziellen Ausblutens der Stadt macht aus der Stadt Schaffhausen jedenfalls keinen attraktiven Wohnort. Interessant scheint mir zudem, dass auch die bürgerliche Mehrheit in der GPK keinen Anlass sah, dem Rat eine Senkung des Steuerfusses zu beantragen. Könnte dies wohl daran liegen, dass die GPK-Mitglieder aufgrund ihrer vertieften Auseinandersetzung mit dem Voranschlag zum begründeten Schluss kamen, dass eine Steuerfussenkung angesichts der Unwägbarkeiten und Aussichten nicht zu verantworten sei?

Zum Schluss hätte ich aber noch eine Frage an meine bürgerlichen Ratskolleginnen und -kollegen: Am Montag fand die Beratung des Voranschlages im Kantonsrat statt. Der Kanton budgetiert in der Laufenden Rechnung einen Überschuss von Fr. 2.5 Mio. und kann über ein stattliches Kapitalpolster verfügen. Nicht dass ich der Meinung wäre, es wäre angesichts der laufenden Steuergesetzesrevision nötig beim Kanton den Steuerfuss zu reduzieren, aber dass Sie und die bürgerlichen Fraktionen dies nicht forderten, scheint mir doch ziemlich inkonsequent zu sein. Denn auch davon hätten ja die von Ihnen heute vielfach erwähnten Steuerzahlerinnen und -

zahler der Stadt Schaffhausen profitiert. Abschliessend appelliere ich an Sie den Steuerfuss unverändert zu belassen und damit dem Antrag des Stadtrates und der GPK zu folgen. “

Edgar Zehnder (SVP):

”Es wäre absolut unbegreiflich gewesen, wenn man bei einer Steuergesetzrevision gleichzeitig eine Steuerfusssenkung verlangt hätte. Dies hätte wohl niemand begriffen. “

Peter Möller (SP):

”Ich möchte zu Edgar Zehnder sagen, dass diese Steuergesetzrevision natürlich auch für die Stadt gilt. Seien Sie konsequent; wenn Sie beim Kanton verzichten, tun Sie dies bitte bei der Stadt auch. “

SR Veronika Heller:

”Wenn mich noch etwas erschüttern könnte, wäre es schon erschütternd, wenn ein Kantonsrat und Grossstadtrat sagt, eine kantonale Steuergesetzrevision sei eine kantonale Angelegenheit. Wir haben den Brief der kantonalen Steuerverwaltung mit der Berechnung der kantonalen Steuerausfälle der GPK ausgehändigt, zusammen mit Hemmental beläuft sich der Betrag auf rund Fr. 4,2 Mio., bei den Steuereinnahmen der juristischen Personen gibt es bei den Grossbanken einen Totalausfall und bei den Neuzuzügern oder Neuzuziehenden gehen wir davon aus, die Ausfälle in etwa kompensieren zu können. Wie sich die Situation im nächsten Jahr entwickelt kann Ihnen niemand voraussagen.

Es ist unbegreiflich. Der Kanton hat einen Steuerfuss von 112% - die Steuerpflichtigen der Stadt Schaffhausen haben diesen ebenfalls zu bezahlen - und hier findet man keinen Grund für eine Steuerfusssenkung.

Die Stadt ist nicht auf Rosen gebettet, und hier findet man eine Steuerfussreduktion sei zumutbar. Vor nicht allzu langer Zeit fand die Volksabstimmung über den Zusammenschluss mit Hemmental statt; fast die Hälfte der Hemmentaler Bevölkerung hat sich für das Minus von rund 14 Punkte überhaupt nicht interessiert. Das ist schon interessant.

Ich komme an dieser Stelle auf mein altes Thema zurück: Es gibt jemanden, der daran ein Interesse hat, das ist der Regierungsrat des Kantons Schaffhausen - oder mindestens Teile davon. Wenn Sie mit der Stadt so weiter machen - wir im Stadtrat wollen es nicht - kann ich nur wiederholen, was ich in der GPK bereits gesagt habe: Schreiben Sie der Regierung des Kantons Zürich einen Brief und ersuchen Sie um Aufnahme. Dann haben Sie nämlich den Steuerfuss der Gemeinden von Zürich und einen ganz komfortablen Finanzausgleich. Ich bitte Sie den Steuerfussantrag abzulehnen. “

Abstimmung:

Drei Anträge werden untereinander ausgemehrt:

1. Antrag SVP/JSVP/EDU: 96%
2. Antrag FDP/jfsh: 97%
3. Antrag SR und GPK: 98%

Der Grosse Stadtrat heisst in der Eventualabstimmung mit 27 : 19 Stimmen den von der FDP/jfsh-Fraktion gestellten Antrag (97%) gut.

Hauptabstimmung:

Der Grosse Stadtrat heisst mit 26 : 23 Stimmen den Antrag des Stadtrates und der GPK von 98% gut. **Der Gemeindesteuerfuss wird somit auf 98% festgesetzt.**

3. Die Lohnsummentwicklung wird gemäss Art. 19 Abs. 2 Personalgesetz mit 3.5% festgelegt. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

4. Folgende Ausgabe wird gemäss Art. 11 Abs. 1 lit d der Stadtverfassung einzeln dem fakultativen Referendum unterstellt:

Einmalige Ausgaben der Investitionsrechnung

721.506.208 Anschaffung zentrale Abfallentsorgungsstellen Fr. 300'000.--

Kein Gegenantrag, so beschlossen.

5. Der Stadtrat wird ermächtigt, die im Jahre 2009 benötigten fremden Mittel zu beschaffen. *Kein Gegenantrag, so beschlossen.*

SCHLUSSABSTIMMUNG

Der Grosse Stadtrat heisst den Voranschlag 2009 der Einwohnergemeinde Schaffhausen und die angepassten Anträge gemäss festgehaltenem Abstimmungsergebnis mit **30 : 14 Stimmen** gut.

Das Geschäft ist erledigt.

SCHLUSSWORT DES RATSPRÄSIDENTEN

Neu eingereichter persönlicher Vorstoss:

Postulat von Christoph Lenz (AL): Vereine, die Jugendarbeit leisten, stärken

Die nächste Ratssitzung findet am Dienstag, 9. Dezember 08, um 16.00 Uhr statt, mit einer einstündigen Pause von 18.00 bis 19.00 Uhr.

Die heutige Ratssitzung ist aufgrund ihrer Dauer eine dreifache Sitzung.

Der **Ratspräsident** beendet die Sitzung um 23:57 Uhr.

Die Ratssekretärin:

Gabriele Behring-Hirt

Schaffhausen, 18.12.08